

PROTOKOLL

über die 12. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr

am Donnerstag, 21. Jänner 1999, im Rathaus, 1. Stock hinten,

Gemeinderatssitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 14.00 Uhr

-

Anwesend:

VIZEBÜRGERMEISTER/IN:

Friederike Mach, Dr. Leopold Pfeil, Leopold Tatzreiter

STADTRÄTE:

Gerhard Bremm, Roman Eichhübl, Gunter Mayrhofer, Ing. Dietmar Spanring

GEMEINDERÄTE:

Kurt Apfelthaler, Helga Feller-Höller, Martin Fiala, Ing. David Forstenlechner, Mag. Michaela Frech, Monika Freimund, Günter Fürweger, Walter Gabath, Roswitha Großalber, Ing. Wolfgang Hack, Wilhelm Hauser, Ing. Klaus Hoflehner, Stephan Keiler, Mag. Gerhard Klausberger, Maria Koppensteiner, Andreas Kupfer, Engelbert Lengauer, Helmut Oberreiter, Walter Oppl, Hans Payrleithner, Claudia Pramendorfer, Edith Radmoser, Elfriede Reznar, GR Rudolf Schröder, Siegfried Stieglitz, Beatrix Toman, Ingrid Weixlberger

VOM AMT:

MD. SR Dr. Kurt Schmidl, MD-Stv. Präs. Dir. Dr. Gerhard Alphasamer, OMR Mag. Helmut Lemmerer, Mag. Helmut Golda

ENTSCHULDIGT:

Bürgermeister Hermann Leithenmayr, Dr. Wilfrid Wetzl

PROTOKOLLFÜHRER:

T A G E S O R D N U N G

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der Beschlußfähigkeit und Bekanntgabe der Protokollprüfer
2. Behandlung von allfälligen Anfragen
3. Mitteilungen des Bürgermeisters
4. Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. § 54 Abs. 3 StS
5. Verhandlungsgegenstände
6. Aktuelle Stunde

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. Pkt. 4 der Tagesordnung:

FW-15/98 Reparaturarbeiten am Teleskop-Hubrettungsfahrzeug SR 706 A der Freiwilligen Feuerwehr Steyr

VerkR-7536/83 Verkehrslichtsignal- und Blinklichtanlagen im Bereich der Stadt Steyr; Aufteilung der Betriebs- und Erhaltungskosten gem. § 32/1 StVO 1960;

Jahresabrechnung 1997.

VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE

BERICHTERSTATTERIN VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

- 1) Fin-100/98 Darlehensaufnahme für das Rechnungsjahr 1998.
- 2) Bau2-6446/86 FAZAT Steyr; Schaffung von weiteren Räumlichkeiten für den weiteren FHS-Studiengang; Finanzierungszusage.
- 3) Ha-7655/91 Finanzierung der Öffentlichkeitsarbeit sowie Schulungs-, Informations- und Sekretariatsaufgaben der im Gemeinde- rat der Stadt Steyr vertretenen Gemeinderatsfraktionen.
- 4) Fin-3/99 Styria Hotelbetriebsges.m.b.H., Eisenstraße 18, 4400 Steyr; Projekt „Ein Zug für Steyr“; Förderung.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

- 5) Agrar-2000/92 Jagdausschuß; Entsendung von Mitgliedern der Gemeinde.
- 6) VerkR-5629/92 Änderung des Vertrages mit dem Österr. Wachdienst Chwoyka & Co KG, zur Überwachung der gebühren- pflichtigen Kurzparkzonen.
- 7) BauStr-10/98 Umbau VLSA Johannesgasse und Bahnhofstraße; Verlegung eines Koordinationskabels bis zur Werndlstraße; Auftragserweiterung; Dringlichkeitsbeschluß.

BERICHTERSTATTER STADTRAT GERHARD BREMM:

- 8) Bau6-5062/92 Erweiterung der Mülldeponie der Stadt Steyr; Durchführung der Untergrunderkundung mittels Aufschlußbohrungen und geoseismischen Messungen; Antrag auf Zustimmung zur Vergabe und Mittelfreigabe.

-

BERICHTERSTATTER STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

BauT-9/98 Errichtung Kanalisation Löwengutsiedlung BA 07; Vergabe der Tiefbauarbeiten sowie maschinellen und elektrotechnischen Ausrüstungen.

BauH-169/98 Maßnahmen zur Ortsbildpflege 1998 - 3. Teil

„Innere Stadt“ und „Ennsdorf“ - „Steyrdorf“ und „Wehrgrabengebiet“.

- 11) BauH-203/96 Kirchliche Ensembles in Steyr; Pfarre

Fin-59/98 Christkindl, Loretto-Kapelle, Brunnenstube,

Fin-60/98 Gesamtsanierung Pfarre Tabor, Kirchendachsanierung, Marienkirche, Schmerzenskapelle, Renovierung.

- 12) GHJ2-82/98 Ankauf eines neuen Dienstfahrzeuges.

- 13) BauStr-10/98 Verkehrsdrehscheibe Bahnhof; zusätzliche Straßenbauten; Vergabe der Arbeiten.

- 14) BauStr-15/98 Busbahnhof Hessenplatz; Vergabe der Arbeiten.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

- 15) Fin-136/95 Jugend-Kulturhaus Steyr; Fertigstellung.

- 16) Fin-128/98 Museum Industrielle Arbeitswelt; Projektförderung.

17) Fin-14/97 Museum Industrielle Arbeitswelt; Bauvorhaben; Gewährung einer außerordentlichen Subvention.

18) Fin-282/98 Mitgliedsbeitrag für den Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung für das Finanzjahr 1999; Akontozahlungen.

19) Präs-719/98 Nachtdienstzulage für die Buslenker der Stadtwerke.

Vizebürgermeisterin

Friederike Mach:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates. Ich darf sie alle sehr herzlich begrüßen und eröffne die heutige Sitzung. Begrüßen möchte ich natürlich auch die Damen und Herren aus der Bevölkerung und der Presse. Ich stelle fest, daß die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde und die Beschlußfähigkeit gegeben ist. Als Protokollprüfer sind mir Frau Kollegin GR Ingrid Weixlberger und Herr GR Engelbert Lengauer gemeldet. Sie nehmen beide die Funktion an. Entschuldigt sind Bürgermeister Hermann Leithenmayr und GR Dr. Wetzl. Herr GR Martin Fiala und Herr GR Klaus Hoflehner kommen um ca. 1 Stunde später.

Wir kommen nun zu Punkt 2, „Behandlung von allfälligen Anfragen“.

Herr Gemeinderat Ing. Wolfgang Hack richtete mit Schreiben vom 14. 1. 1999 folgende Anfrage an Herrn Bürgermeister Hermann Leithenmayr. Ich möchte in seiner Vertretung diese Anfrage vorlesen und auch beantworten:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Schüler der Handelsakademie haben über Auftrag der Stadtwerke Steyr eine Busfahrgastbefragung betreffend der geplanten Änderungen der Linienführung der Stadtbusse durchgeführt.

Die Ergebnisse sind für die Innenstadt und ihre Kaufleute katastrophal in ihren Auswirkungen.

- 16 % weniger Besucher mit dem Bus,

- 44 % der Umsteiger kommen nicht mehr auf den Stadtplatz und in Summe bedeutet dies einen Kaufkraftabfluß von ca. 26 Mio. Schilling pro Jahr für die Innenstadt.

- 60 % fordern einen zusätzlichen Shuttlebus, da der von den Verkehrsbetrieben angedachte 15 Minutentakt ganz offensichtlich zu wenig ist.

Leider wurden mit diesen wissenschaftlich fundierten Ergebnissen unsere schlimmsten Befürchtungen übertroffen und eine allgemeine Unruhe und Verunsicherung ist bei der Steyrer Bevölkerung zu bemerken.

Wir freuen uns, daß auch die Ennsleiten News in ihrer Ausgabe vor Weihnachten sich dieses Themas intensiv angenommen haben (speziell noch die zukünftige Linienführung der Linie 3 a Ennsleite - Neuschönau - Stadtplatz) und darin ist sehr klar und eindeutig von „teuflischer Plan, Schilda in Steyr, Alptraum, Irrsinn“ etc. zu lesen.

Ich kann mir nicht vorstellen, daß dies Realität werden kann und bitte Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, um Beantwortung folgender Fragen:

Wer ist wirklich verantwortlich für die Linienführung der städtischen Busse in Steyr? Es war mir trotz intensiver Nachfragen nicht möglich, einen Verantwortlichen für die Bus-Linienführung ausfindig zu machen.

Wie ist die Stellungnahme des Verantwortlichen zu dieser Problematik?

Was gedenkt der Verantwortliche zu tun, um die negativen Auswirkungen für die Innenstadt so gering als möglich zu halten?

Wie verläuft der korrekte Vorgang bei einer Bus-Linienführung und wer sind die damit befaßten Personen und Fachleute?

Wie ist deren Stellungnahme?

Welche Ausgleichsmaßnahmen sind vorgesehen?

Ich danke für die Beantwortung dieser für die Steyrer Innenstadt äußerst wichtigen Fragen.“

Hiezu kann ich wie folgt Stellung nehmen:

Frage 1:

Wer ist wirklich verantwortlich für die Linienführung der städtischen Busse in Steyr?

Frage 2:

Wie ist die Stellungnahme des Verantwortlichen zu dieser Problematik?

Frage 4:

Wie verläuft der korrekte Vorgang bei einer Bus-Linienführung und wer sind die damit befaßten Personen und Fachleute?

Frage 5:

Wie ist deren Stellungnahme?

Dazu kann ich Ihnen sagen, daß bei der Beantwortung dieser Fragen zu unterscheiden ist zwischen innerorganisatorischen Zuständigkeiten und solchen, welche außerhalb des Einflußbereiches des Magistrats der Stadt Steyr bzw. der Stadt Steyr liegen.

Innerorganisatorisch ist von dem Faktum auszugehen, daß gem. § 1 Stadtwerke-Statut die Verkehrsbetriebe Bestandteil der Unternehmung Stadtwerke Steyr sind.

Hinsichtlich der Linienführung für die Verkehrsbetriebe bedeutet dies, daß die Festlegung der Linienführung, der Haltestellen und sonstiger vergleichbarer Maßnahmen als Teil des ordentlichen Geschäftsbetriebes der Stadtwerke (Verkehrsbetriebe) in die Zuständigkeit der Stadtwerke fällt (Aufrechterhaltung der Betriebsbereitschaft von Anstalten und Betrieben, § 51 Abs. 3 Z. 1 lit. d StS 1992).

Die politische Zuständigkeit liegt gem. der Geschäftseinteilung des Stadtsenats bei Herrn StR Roman Eichhübl.

In der Praxis wird folgende, allen im Gemeinderat vertretenen politischen Parteien bekannte Vorgangsweise, gewählt:

Aufgrund von Anfragen aus der Bevölkerung bzw. politischen Mandataren sowie regelmäßig durchgeführten Fahrgastzählungen erstellt die Unternehmensleitung der Stadtwerke Steyr Vorschläge über neue bzw. geänderte Linienführungen, welche im Ausschuß für kommunale Betriebe und Freizeiteinrichtungen eingehend diskutiert werden. Die Beschlüsse dieses Ausschusses sind als Empfehlungen an die Unternehmensleitung der Stadtwerke zu werten, entsprechende weitere gesetzeskonforme Anträge und Maßnahmen zu veranlassen.

Die Unternehmensleitung der Stadtwerke stellt einen Antrag an die Kraftfahrlinienbehörde (Amt der OÖ. Landesregierung, Abteilung Verkehr). Dieser Antrag wird von der Kraftfahrlinienbehörde unter anderem auch der Stadtgemeinde Steyr zur Stellungnahme übermittelt. Werden gegen die geplanten Linienführung keine Einwände erhoben, so erteilt die Landesregierung einen positiven Bescheid, nach dessen Rechtskraft eine Konzessionsurkunde ausgestellt bzw. abgeändert wird, die auf die Stadt Steyr lautet.

Diese Vorgangsweise ist durchaus rechtskonform, da entsprechende Entschlüsse und Entscheidungen betreffend die Verkehrsbetriebe bis zu dem Zeitpunkt keine Außenwirkung haben, als die Verkehrsbetriebe offiziell bei der Kraftfahrlinienbehörde entsprechende Anträge stellen. Gegenüber der Kraftfahrlinienbehörde tritt die Unternehmung Verkehrsbetriebe zulässig durch das jeweils außenvertretungsbefugte Organ oder sonstige beauftragte Personen, das ist der gewerberechtliche Geschäftsführer, auf.

Da die Anfrage der ÖVP in der Einleitung die geplante Änderung der Linienführung der Stadtbusse expliziert erwähnt, muß ich darauf hinweisen, daß bereits in dem von Herrn Prof. Stickler erarbeiteten Verkehrskonzept für die Stadt Steyr eine Verlegung des Verkehrsknotens zum Bahnhof vorgeschlagen und dieses Verkehrskonzept auch vom Gemeinderat beschlossen wurde.

Frage 3:

Was gedenkt der Verantwortliche zu tun, um die negativen Auswirkungen für die Innenstadt so gering als möglich zu halten?

Frage 6:

Welche Ausgleichsmaßnahmen sind vorgesehen?

Hiezu kann ich folgendes dazu sagen:

Die Unternehmensleitung der Stadtwerke Steyr überlegen derzeit neue, gegenüber dem vorliegenden Linienvorschlag geänderte Linienführungen. Diese werden den Mitgliedern des Ausschusses für kommunale Betriebe u. Freizeiteinrichtungen in der Sitzung am 1. 2. 1999 vorgetragen und einer Entscheidung zugeführt werden. Damit ist eine politische Willensbildung auf Ausschußebene, die alle Für und Wider einer Linienführung bzw. Haltestellenfestlegung und auch deren wirtschaftlichen Auswirkungen auf das jeweilige Ortsgebiet einbeziehen kann, möglich. Die Empfehlungen des Ausschusses für kommunale Betriebe und Freizeiteinrichtungen sind sodann an die zuständigen Organe weiterzuleiten, die ihrerseits - nach Abwägen der Argumente - ihre Entscheidungen zu treffen haben.

Ist das ausreichend genug beantwortet? Danke.

Eine weitere Anfrage richtet die Liberale Gemeinderatsfraktion mit Datum vom 12. 1. 1999 an mich. Diese lautet:

„Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin!

Mit 1. 1. 1999 trat ein neues Sozialhilfegesetz in Kraft, wobei der § 31 Abs. 5, welcher sich mit den Aufgaben der regionalen Träger beschäftigt, folgende Bestimmung enthält:

Zur Erleichterung des Zugangs zu sozialer Hilfe sowie zur besseren Erfassung drohender und bestehender sozialer Notlagen haben die regionalen Träger im Einvernehmen mit der Landesregierung für die Errichtung von dezentralen Sozialberatungsstellen vorzusorgen.

Das Land Oberösterreich hat die Sozialhilfeverbände und Städte mit eigenem Statut nunmehr ersucht, bis spätestens Ende Jänner d. J. bekanntzugeben, welche Einrichtungen seitens der regionalen Sozialhilfeträger als derartige dezentrale Sozialberatungsstellen vorgesehen werden bzw. welche Planungen es zur etwaigen Neuerrichtung dieser Sozialberatungsstellen gibt.

Da es in Steyr, im Hinblick auf die neue Gesetzeslage, einen Grundsatzbeschluß für einen solchen Gesundheits- und Sozialservice gibt, welcher als privater Verein geführt wird und vor bereits mehr als einem halben Jahr seine Beratungstätigkeit aufgenommen hat, kann davon ausgegangen werden, daß dieser Gesundheits- und Sozialservice ident mit der vom Land OÖ. geforderten Sozialberatungsstelle ist.

In diesem Zusammenhang ergeht an sie als zuständige Sozialreferentin der Stadt Steyr folgende Anfrage:

Haben Sie dem Land Oberösterreich offiziell mitgeteilt, daß dieser Gesundheits- und Sozialservice als die im § 31 Abs. 5 geforderte Sozialberatungsstelle seitens der Stadt Steyr anerkannt wird?

Wenn ja: Wann erfolgte diese offizielle Mitteilung an das Land OÖ.?

Wenn nein: Welche Gründe gibt es, daß diese offizielle Mitteilung an das Land OÖ. bis heute nicht erfolgt ist?

Ich ersuche Sie höflichst, diese Anfrage bei der nächsten Gemeinderatssitzung vom 21. 1. 1999 zu beantworten?“

Hiezu kann ich folgendes mitteilen:

Ein Schreiben des Landes Oberösterreich, in welchem die Sozialhilfeverbände und die Städte mit eigenem Statut ersucht werden, bis spätestens Ende Jänner d. J. bekanntzugeben, welche Einrichtungen seitens der regionalen Sozialhilfeverbände als dezentrale Sozialberatungsstellen vorgesehen werden bzw. welche Planungen es zur etwaigen Neuerrichtung von Sozialberatungsstellen gibt, ist im Magistrat Steyr nie eingelangt.

Aus diesem Grund ist auch keine diesbezügliche Mitteilung der Stadt Steyr an das Land OÖ. erfolgt.

Wir haben uns noch einmal telefonisch erkundigt, es ist nie etwas ausgesendet worden und daher wird auch keine Rückantwort erwartet.

Gemeinderätin

Mag. Michaela Frech:

Kann ich dazu eine Zusatzfrage stellen?

Vizebürgermeisterin

Friederike Mach:

Ja gerne.

Gemeinderätin

Mag. Michaela Frech:

Ich habe mit dem Büro von Landesrat Ackerl, mit der Frau Martin telefoniert und die hat eben gesagt, daß genau dieses Schreiben an alle ergangen ist.

Vizebürgermeisterin

Friederike Mach:

Ich kann ihnen gleich die Antwort darauf geben, daß ich gestern mit der Frau Martin telefoniert habe und, daß das nirgends verlangt wird. Es ist gestern vom Dr. Starzengruber noch angerufen worden und es wird nirgendwo etwas erwartet. Ich kann ihnen nur diese Antwort geben, aber ich glaube, wir haben ja im Frühjahr einen Sozialausschuß und da können wir darüber sprechen. Vielleicht wissen dann mehr. Wir müssen jetzt einmal warten, was vom Land kommt. Wir haben ja noch gar nichts bekommen, daß wir eine Meldung machen müssen. Das werden wir einmal abwarten und da können wir dann im Sozialausschuß diskutieren.

Noch eine Anfrage richtete die Liberale Gemeinderatsfraktion mit Datum vom 14. 1. 1999 an Herrn Vizebürgermeister Dr. Pfeil.

Ich ersuche nun Herrn Vizebürgermeister Dr. Pfeil die Anfrage zu verlesen und auch zu beantworten.

Vizebürgermeister

Dr. Leopold Pfeil:

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste. Die Anfrage des Liberalen Forums vom 14. Jänner 1999, eingegangen am 18. Jänner 1999, lautet wie folgt:

Anfrage gem. § 12 Abs. 2 des Stadtstatutes der Stadt Steyr sowie § 10 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Steyr.

„Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister!

Mit 65 Unfällen mit Personenschaden je 10.000 Einwohner im Jahr 1997 ist Oberösterreich jenes

Bundesland mit der höchsten Unfallrate! Innerhalb Oberösterreichs weisen dabei Wels-Stadt und Steyr-Stadt die höchsten Unfallraten auf. Während jedoch Wels zumindest keine enormen Steigerungsraten in den letzten Jahren aufweist, zeigt die Verkehrsunfallentwicklung in Steyr-Stadt in den letzten Jahren einen sehr stark ansteigenden Trend.

Die Zahl der Unfälle erhöhte sich nämlich von 269 im Jahr 1995 auf 378 im Jahr 1996 und um 442 im Jahr 1997. Dies entspricht einer Zunahme an Verkehrsunfällen mit Personenschaden um rund 160 % in 2 Jahren.

Die Auswertung der Unfälle in Steyr zeigt dabei einen außergewöhnlich hohen Anteil an Alleinunfällen und Richtungsunfällen im Ortsgebiet. Die Auswertung der Verkehrsbeteiligung der Verunglückten ergibt einen hohen Anteil der „schwachen“ Verkehrsteilnehmer: Fußgänger, Radfahrer und Mofafahrer.

Anmerkung: Die oben genannten Daten stammen aus der Unfallstatistik des Landes OÖ für 1997, welche gemeinsam mit dem Kuratorium für Verkehrssicherheit herausgegeben wurde.

In diesem Zusammenhang ergeht an sie, als Verkehrsreferent, folgende Anfrage:

Nach Aussage von Experten ereignen sich die Hälfte aller Verkehrsunfälle an immer wiederkehrenden Stellen, sogenannten Unfallhäufungsstellen. Durch eine systematische Sanierung dieser Straßenstellen wäre nach Expertenmeinung eine Verringerung der Unfallzahlen um 25 % realistisch!

Was die Sanierung von Unfallhäufungsstellen anbelangt, so ist es nach Auskunft des Landes OÖ Usus, daß sich die Verkehrssachverständigen des Landes mit den jeweiligen Bezirkshauptmannschaften in Verbindung setzen, um durch Lokalaugenscheine zu eruieren, wo Sanierungserfordernisse gegeben sind. Verkehrsexperten vertreten die Auffassung, daß gerade der Prävention im Verkehrs-unfallbereich größtes Augenmerk zukommen müßte und fordern daher eine Sicherheitsbegutachtung für alle Neuplanungen durch unabhängige Verkehrsplaner, sogenannte Verkehrssicherheitsaudits.

Frage 1:

a) Gab es für 1997 bzw. 1998 einen Lokalaugenschein bei dem die Sanierungserfordernisse von Unfallhäufungsstellen unter Inanspruchnahme von Sachverständigen eruiert wurden?

Wenn ja: Was war das Ergebnis dieser Erhebung? Welche Maßnahmen wurden dabei als notwendig erachtet? In welchem Ausmaß kam es in der Folge zur Umsetzung dieser Sanierungsmaßnahmen?

Wenn nein: Was sind die Gründe, daß in Steyr derartige Lokalaugenscheine nicht durchgeführt und keine systematischen Maßnahmen zur Sanierung dieser Unfallhäufungsstellen gesetzt werden?

Frage 2:

Gibt es in Steyr eine Sicherheitsbegutachtung für Neuplanungen bzw. gab es diese beispielsweise bei der Verkehrsdrehscheibe Bahnhof sowie dem Radfahrkonzept?

Wenn nein: Was sind die Gründe, daß derartige Sicherheitsbegutachtungen, welche der Prävention von Verkehrsunfällen dienen, in Steyr nicht durchgeführt werden?

Ich ersuche sie höflichst, diese Anfrage bei der nächsten Gemeinderatssitzung vom 21. 1. 1999 zu beantworten.“

Mit freundlichen Grüßen

GR Mag. Michaela Frech

Zur Anfragebeantwortung: Im März des Jahres 1998, wurde vom Amt der OÖ Landesregierung, Abteilung Bau- und Straßenverkehrstechnik dem Kuratorium für Verkehrssicherheit und vom Institut für Verkehrstechnik und Unfallstatistik der Bericht Unfallstatistik 1997 OÖ. herausgegeben. Das ist dieses Werk hier. März 1998. Ich glaube, die meisten von ihnen kennen es.

Die von Frau Mag. Frech angeführte Unfallstatistik des Landes Oberösterreich zeigt auf den ersten Blick tatsächlich einen sehr unerfreulichen Anstieg der Unfallzahlen zwischen 1995 und 1997 von 269 auf 442 Unfälle pro Jahr in Steyr. Jeder Unfall ist zuviel, und ich bin mit allen von ihnen einer Meinung, daß alles uns in der Macht stehende, gemacht werden muß, daß diese Zahlen gesenkt werden können. Nur eignet sich eine traurige Unfallstatistik sehr wenig, um politische Punkte sammeln zu wollen, vielmehr ist hier die etwas anstrengendere Arbeit in den Ausschüssen gefragt. Der Verkehrsausschuß der Stadt Steyr hat nämlich als oberste Überlegung bei seinen Entscheidungen immer die Sicherheit der Verkehrsteilnehmer im Auge. Ich finde mich hier in angenehmer Übereinstimmung mit allen abstimmungsberechtigten Mitgliedern des Verkehrsausschusses der Stadt Steyr. Diesbezüglich haben wir noch nie ein Problem gehabt. Um einen exakten Vergleich zwischen den einzelnen Städten und Bezirken durchzuführen, ist natürlich vorher eine Abstimmung über die Standards der Statistik zu führen. Auch die unterschiedliche und geänderte Behandlung der Meldepflicht von Verletzten aus den Krankenhäusern und Ärzten hat besonders die Anzahl der verletzten Personen im angesprochenen Zeitraum in die Höhe schnellen lassen.

Die relativ hohen Unfallzahlen sind aber auch insbesondere aus dem Anstieg des motorisierten Individualverkehrs und der damit resultierenden enormen Verkehrsdichte im Stadtgebiet erklärbar. Wie in der Anfrage bereits angesprochen, bilden die Alleinunfälle, d.h., daß beispielsweise ein Fahrradfahrer ohne Fremdeinwirkung, durch welche Ursache auch immer, stürzt, diese Dinge sind früher nicht angezeigt worden, selbstverständlich werden alle diese Unfälle jetzt angezeigt und die Alleinunfälle führen diese Statistik an, und Unfälle im Richtungsverkehr, das ist dann wieder auf die enorme Verkehrsdichte zurückzuführen, den weitaus größten Anteil. Nach Auskünften der Bundespolizeidirektion sind dabei Auffahrunfälle im täglichen Kolonnenverkehr in den Stoßzeiten besonders erwähnenswert.

Von den in der Unfallstatistik angeführten 13 Unfallhäufungsstellen sind die ersten 6 unfallträchtigsten Bereiche allesamt auf Bundesstraßen gelegen. Eine Entschärfung dieser unfallgefährdeten Bereiche wäre sehr häufig oder sehr oft mit einer wesentlichen Verminderung der Kapazität der betreffenden Straßenzüge verbunden, was gerade in Steyr fatale Folgen nach sich ziehen würde. Zu bemerken ist auch, daß in der Statistik nicht exakte Punkte, z. B. Kreuzungen, angeführt werden, sondern sich die Aufzeichnungen auf bestimmte Streckenabschnitte beziehen. So wird z. B. auf Seite 37 dieses Berichtes der gesamte Bereich der B 122 von der Kreuzung Schlüsselhof, Zufahrt Pöchhacker, von Straßenkilometer 31,10 bis 33,39 mit 50 Unfällen mit Personenschaden im Jahr 1997 als unfallhäufigster Punkt angeführt. Selbstverständlich sind diese 2,29 Kilometer die meistbefahrendste Strecke in Steyr. So quälen sich derzeit ca. über 40.000 Fahrzeuge über diesen Abschnitt und über den, in diesem Abschnitt beinhalteten Ennsknoten. Ich lade sie alle sehr herzlich ein, die Sicherheit aber auch Flüssigkeit des Verkehrs, gerade in diesem Bereich, durch machbare Verkehrsprojekte zu unterstützen. Gerade das Projekt „Kreisverkehr“ auf dem Tabor, Fußgängerüber- oder -unterführungen und Lösungen des Problems des Linksabbiegers in die Posthofstraße, fordern ein gemeinsames Vorgehen bei Bund und Land.

Alle anderen Unfallhäufungsstellen weisen eine Anzahl von unter 10 Verkehrsunfällen im Jahr 1997

auf, der Großteil zwischen 3 und 4 Verkehrsunfälle, und entziehen sich damit einer seriösen, statistischen Bewertung. Ich darf ihnen das hier so zeigen. Die ersten 6 Unfallhäufungspunkte beziehen sich allesamt auf diese Streckenabschnitte, auf Bundesstraßen. Alle anderen, so bedauerlich es ist, sind Gemeindestraßen und wo es eben zu Einzelunfällen kommt. Aber hier sind keine Häufungspunkte dabei. Die Anzahl der Unfälle mit Todesfolgen hat sich von 4 im Jahre 1995, auf 0 im Jahre 1996, auf 5 im Jahre 1997 und dann wieder auf 0 im Jahre 1998 geändert. Auch hier ist für uns alle leicht einsichtig, wie mit Statistik in diesem Bereich manipuliert werden kann. Wir haben demnach eine Senkung der Unfälle mit Todesfolgen auf das Jahr 1998, in einem Jahr, um sage und schreibe 500 %. Natürlich muß man hier berücksichtigen, zwei schwere Verkehrsunfälle wie wir sie 1997 gehabt haben und wir sind wieder auf der Zahl von 500 %. Welche Tücken das Rechnen mit Zahlen auf sich hat, haben sie Frau Frech mit ihrer Anfrage bewiesen. Ich darf sie nochmals wörtlich zitieren: „Die Zahl der Unfälle erhöhte sich nämlich von 269 im Jahr 1995 auf 378 im Jahr 1996 und 442 im Jahr 1997. Dies entspricht einer Zunahme an Verkehrsunfällen mit Personenschäden um rund 160 % in nur zwei Jahren.“ Bei dieser relativ einfachen Schlußrechnung kommen bei mir 64,31 % heraus. Selbst mein 10jähriger Junior konnte diese einfache Rechnung auf Anhieb lösen. Das war für ihn nicht schwierig.

Durch die besondere topographische Situation in Steyr ist das Straßennetz auch nicht beliebig erweiterbar. Dies bedeutet, daß sich ca. 24 000 KFZ durch Straßenzüge zwängen, die aber auch nicht für dieses Verkehrsaufkommen ausgelegt sind.

Bei konkreten Unfallhäufungspunkten wird in der Regel ein Lokalaugenschein unter Teilnahme von Vertretern der Bundespolizeidirektion Steyr, der Fachabteilung Planung sowie eines Vertreters des Straßenerhalters und der Behörde durchgeführt. An den Bundesstraßen B 115 und B 122, gleichzeitig sind dies die Hauptverkehrsrouten durch Steyr, sind jeweils die Stellungnahmen der Bundesstraßenverwaltung als Straßenerhalter maßgeblich. Also Bundesstraßenverwaltung.

Als Beispiel für die Sanierung eines Unfallhäufungspunktes darf der Schutzweg über die B 122 in Höhe der Taborkirche (im Nahbereich der Kreuzung mit der Rooseveltstraße) genannt werden. Hier wurden nach Anbringung eines zweiten Blinklichtes sowie der Errichtung einer Mittelinsel als Querungshilfe keinerlei Verkehrsunfälle mehr verzeichnet.

Vor einigen Jahren war der so genannte Kreisverkehr die unfallträchtigste Kreuzung der Stadt. Auch hier konnten durch geeignete Maßnahmen, wie Abbiegeverbote, die durchaus sehr kontroversiell diskutiert wurden, dieser gefährliche Kreuzungspunkt entschärft werden.

Ein weiterer Unfallhäufungspunkt als Beispiel ist die Linksabbiegebeziehung von der Ennser Straße in die Karl Holub-Straße. Hier wird im Einvernehmen mit der Bundesstraßenverwaltung durch die Errichtung einer Verkehrsinsel, durch einen Fahrbahnteiler, das Linksabbiegen unmöglich gemacht. Erfahrungsgemäß sind derartige gewohnheitsmäßige Verkehrsbeziehungen nur durch bauliche Einrichtungen zu verhindern.

Linksabbieger auf verkehrsreichen Straßen wie Bundesstraßen, sind immer ein Sicherheitsproblem. Da sind wir uns alle, auch im Verkehrsausschuss, einig. Hier liegt in der Tat aber noch einiges vor uns und ich lade sie jetzt schon alle ein, dass dann aber nicht mehr Einzelinteressen, Lobbyismus eine Rolle spielt, sondern, dass die Sicherheitsaspekte auch hier Ausschlag geben.

An vielen Stellen scheint aber eine 100%ige Sanierung von Unfallhäufungsstellen aus verschiedensten Gründen jedoch nicht möglich. Jeweils im Einzelfall ist abzuwägen, ob die zu erzielende Verbesserung der Verkehrssicherheit mit dem erforderlichen Aufwand sowie mit der eventuell in Verbindung stehenden Veränderung des Verkehrsflusses im Einklang steht.

Ergänzend zu der eklatanten Steigerung der Verkehrsunfälle möchte ich nochmals darauf hinweisen, weil es mir schon besonders wichtig ist, daß vom Landeskrankenhaus Steyr seit einiger Zeit sämtliche Verkehrsunfälle, wie zum Beispiel auch Alleinunfälle von Radfahrern, zur Anzeige gebracht werden,

was in der Vergangenheit nicht in diesem Ausmaß praktiziert wurde. Auch diese nunmehr übliche Praxis hat besonders in letzter Zeit natürlich zu einem gewaltigen Anstieg in der Statistik geführt.

Zur Frage 2 der Anfrage des Liberalen Forums darf bemerkt werden, daß eine zusätzliche Sicherheitsbegutachtung von Straßen-Neuplanungen nicht durchgeführt wird. Die Projektierung und Planung von neuen Straßenzügen, wie auch die der Verkehrsdrehscheibe Bahnhof, orientiert sich jeweils an dem derzeitigen Stand der Verkehrsplanung und Technik. Selbstverständlich fließen in solche Planungen auch alle Aspekte der Verkehrssicherheit ein.

Zum Abschluß darf aber erfreulicherweise berichtet werden, daß lt. inoffizieller Meldung der Bundespolizeidirektion Steyr, weil der endgültige Bericht liegt noch nicht vor, im ersten tatsächlich vergleichbaren Zeitraum die Unfallzahlen im Jahr 1998 um 10 % gesenkt werden konnten. Die Bundespolizei wird im übernächsten Verkehrs-ausschuß, am 25. März, wenn dann alle Daten vorliegen, darüber berichten.

Eines möchte ich auch noch erwähnen. Dieses Jahr ist in Oberösterreich das Jahr der Verkehrssicherheit. Wir werden auch hier in Steyr, Anfang Herbst, einen Aktionstag diesbezüglich abführen. Ich lade sie jetzt schon recht herzlich zur Teilnahme ein. Danke schön.

Vizebürgermeisterin

Friederike Mach:

Danke. Ist das ausreichend beantwortet worden.

Gemeinderätin

Mag. Michaela Frech:

Warum gibt es diese Sicherheitsbegutachtungen für Neuplanungen nicht?

Vizebürgermeister

Dr. Leopold Pfeil:

Da müssen sie die Bundesstraßenverwaltung bzw. den Gesetzgeber fragen, ob das vorgesehen wird wie eine Umweltverträglichkeitsprüfung oder nicht. Da müssen sie bei ihrer Vorsitzenden im Bund intervenieren, daß das geändert wird, auf Bundesebene. Wir in Steyr können jetzt nicht eine Prüfung auf Bundesebene einführen, die es sonst nirgends gibt.

Gemeinderätin

Mag. Michaela Frech:

Aber für unsere Neuplanungen können wir das sehrwohl.

Vizebürgermeister

Dr. Leopold Pfeil:

Sie haben die Verkehrsdrehscheibe Bahnhof angesprochen. Wie sie wissen ist das ausschließlich eine Bundesplanung bzw. eine Bundesstraße. Da sind wir der verkehrte Ansprechpartner. Wenn sie dort eine Sicherheitsverträglichkeitsprüfung haben wollen, dann machen sie es. Solange sie es noch gibt, weil nach der nächsten Wahl weiß man eh nicht ob sie bundespolitisch noch vertreten sind.

Gelächter

Vizebürgermeister

Dr. Leopold Pfeil:

Na ja, die Umfragedaten sind ja nicht so gut. Ich würde jetzt versuchen noch zu intervenieren, vielleicht können sie da noch etwas machen.

Vizebürgermeisterin

Friederike Mach:

Danke. Ein weitere Anfrage richtete die Liberale Gemeinderatsfraktion mit Datum vom 14. 1. 1999 an Herrn Stadtrat Ing. Dietmar Spanring.

Ich darf nun Herrn StR Ing. Spanring ersuchen, die Anfrage zu verlesen sowie auch zu beantworten:

Stadtrat

Ing. Dietmar Spanring:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates, werte Presse. Ich darf nun die Anfrage vorlesen:

„Sehr geehrter Herr Stadtrat!

Bei einer Podiumsdiskussion am 24. 3. 1998 im AKKU - veranstaltet von der KUPF und dem Verein Kraftwerk - waren Vertreter von SPÖ, ÖVP, GAL und LIF sowie sie persönlich als zuständiger Kulturstadtrat anwesend.

An diesem Abend wurden Maßnahmen für eine zukunftsweisende Kulturpolitik am und vom Podium aus diskutiert. Zentrales Anliegen der anwesenden Kulturschaffenden war dabei das Thema Reformen im Kulturbereich.

Unter anderem wurde den Vertretern der anwesenden Kulturinitiativen seitens der am Podium sitzenden Kommunalpolitikern versprochen, daß es zu einem Kulturgespräch kommen werde, zu dem die Stadt Steyr alle regionalen Kulturschaffenden einladen würde, um einen Dialog über diese Reformen bzw. die Bedürfnisse der Kulturschaffenden zu führen.

Trotz mehrmaliger Ankündigung im Steyrer Amtsblatt hat diese Veranstaltung aber bis heute nicht stattgefunden.

In diesem Zusammenhang ergeht daher folgende Anfrage an Sie als zuständigen Kulturreferenten:

Frage 1:

Was sind die Gründe dafür, daß das eingangs zitierte Kulturgespräch - trotz mehrmaliger Urgenzen des LIF im Kulturausschuß - bis heute nicht stattgefunden hat?

Frage 2:

Nennen sie bitte den genauen Termin, an dem dieses Kulturgespräch nunmehr stattfinden wird!

Frage 3:

Leider gibt es bis heute kein Kulturleitbild bzw. Kulturkonzept für Steyr. Sprechen sie sich als Kulturreferent für ein solches Leitbild bzw. Konzept aus?

Wenn ja: Gibt es dazu bereits konkrete Planungsschritte und wie sehen diese aus?

Wenn nein: Nennen sie bitte die Gründe, die ihres Erachtens gegen ein solches Kulturleitbild bzw. -konzept sprechen!

Ich ersuche sie höflichst, diese Anfrage bei der nächsten Gemeinderatssitzung vom 21. 1. 1999 zu beantworten.“

Ich beantworte:

Zu Frage 1: Was sind die Gründe dafür?

Antwort:

Der Vorschlag eines „Kulturgespräches“ wurde vom gemeinderätlichen Kulturausschuß einvernehmlich aufgegriffen.

Ein diesbezüglicher Aufruf des stadträtlichen Kulturreferenten - vier Mal im „Amtsblatt der Stadt Steyr“ veröffentlicht - fand jedoch bei den Kulturvereinen, Ensembles usw. nur zehn Interessenten. Eine Zahl, die für eine erfolgreiche und Zielführende Veranstaltung sicherlich zuwenig war.

In der Sitzung des gemeinderätlichen Kulturausschusses vom 30. November 1998 wurde daher einvernehmlich vereinbart, die Vorgangsweise der früheren Kulturgespräche zu wählen:

Einladungsschreiben nach einer entsprechend vorbereiteten Liste der Kulturverein, Kulturinitiativen und -alternativen usw. unterzeichnet vom stadträtlichen Referenten und dem Vorsitzenden des gemeinderätlichen Kulturausschusses.

Weitere Einzelheiten - wie vor allem der Termin dieser Zusammenkunft - werden in der Sitzung des gemeinderätlichen Kulturausschusses am 25. Jänner 1999 geklärt werden (Punkt 9 der

diesbezüglichen Tagesordnung).

Damit ist auch die Frage 2 der Liberalen Gemeinderatsfraktion beantwortet.

Frage 3: Leider gibt es bis heute kein Kulturleitbild bzw. Kulturkonzept.

Antwort:

Der Ruf nach einem sogenannten Leitbild oder Konzept hat in fast allen Lebensbereichen, bis in die engere Gegenwart, Tradition, ist in vielen Fällen aber nur zu einer Alibihandlung verkommen und dadurch für mich vom Terminus negativ behaftet.

Jüngstes Beispiel: Selbst die vielgepriesene Magna-Mitarbeiter-Charta erwies sich schlußendlich als leere Hülse. Ich bin aber selbstverständlich, gerade in der Kulturpolitik, für die Formulierung mittel- und längerfristiger Perspektiven, wenn es um wichtige Weichenstellungen für die Zukunft unserer Stadt und Region geht. Neben der Wahrung des kulturellen Erbes und seiner qualitativ hochstehenden Pflege gilt es also, die Kreativität und das Innovationspotential lokaler und regionaler Initiativen, Gruppen und Institutionen zu fördern. Ein Steyr spezifisches kulturelles Corporate identity zu entwickeln. Der, im Herbst vergangenen Jahres, mit Steyr Galeristen durchgeführte Gedankenaustausch, ein noch ausstehendes Treffen mit Steyrer Künstlern und das, unter Punkt 1), im Frühjahr geplante Kulturgespräch, nur beispielhaft angeführt, sollen nachhaltige Impulse für diese Entwicklung, wie auch immer sie dann heißt, bringen.

Vizebürgermeisterin

Friederike Mach:

Danke Herr Ing. Spanring.

Meine Damen und Herren, nun kommen wir zu Punkt 3), Mitteilungen des Bürgermeisters.

Enorm fleißig waren die Steyrerinnen und Steyrer auch im abgelaufenen Jahr wieder bei der Sammlung von wieder verwertbaren Altstoffen. Nicht weniger als 7.460 Tonnen betrug die Gesamtmenge, die innerhalb von nur 12 Monaten im Altstoffsammelzentrum sowie den einzelnen Sammelcontainern zusammenkam.

Die mit Abstand größten Sammelmengen wurden bei Kartonagen, Papier und Glas erzielt, wobei diese Fraktionen gegenüber dem Vergleichsjahr 1997 jedoch rückläufig waren. Mehr als im Vorjahr gesammelt wurde bei den Leichtstoffen, Metall sowie den Problemstoffen.

Das Jahresergebnis 1998 zeigt einmal mehr, daß die Steyrerinnen und Steyrer überaus gewissenhaft die wieder verwertbaren Altstoffe trennen und sammeln.

Ein Hoch gibt es auch bei den Gewerbe-Neuanmeldungen in Steyr.

Das massive Hoch, das die Stadt Steyr seit einigen Jahren im selbständigen Gewerbebereich verzeichnen kann, hält an. So wurden 1998 neuerlich 210 Gewerbe-Neuanmeldungen registriert, zusätzlich 65 weitere Betriebsstätten angemeldet sowie 18 Standortverlegungen nach Steyr durchgeführt. Nach Abzug der Endigungen und Standortverlagerungen errechnet sich für 1998 ein beachtlicher weiterer Nettozuwachs von 88 Gewerbebetrieben bzw. selbständigen Gewerbeberechtigten.

Zusammen mit den jährlichen Zunahmen seit 1995 verfügt die Stadt Steyr exakt um 375 Gewerbebetriebe bzw. Gewerbeberechtigte mehr als noch vor vier Jahren. Ein klarer Beweis für die hohe Attraktivität als Unternehmensstandort mit überdurchschnittlich großer Kaufkraft und bestens ausgebildeten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Einen neuen Tourismusrekord haben wir auch zu verzeichnen.

Was sich schon im November positiv abgezeichnet hat, ist eingetroffen. Für Steyr war das abgelaufene Jahr 1998 ein absolutes Tourismus-Rekordjahr, das uns sowohl bei den Nächtigungen als auch bei den Ankünften Steigerungen von jeweils über 10 Prozent brachte.

Mit insgesamt 76.593 Nächtigungen haben wir die für uns jahrelang nicht erreichbar scheinende 70.000er-Grenze mehr als deutlich überschritten und die Rekordnächtigungsziffern von 1997 exakt um 10,4 % gesteigert.

Dieses erfreuliche Ergebnis wurde natürlich auch durch die Landesausstellung positiv beeinflusst, für eine Verbesserung in dieser Größenordnung ist die Landesausstellung allein aber nicht verantwortlich.

Vielmehr macht sich das intensive Werben um Gäste auf den verschiedenen Tourismusmessen sowie das Bemühen der Hotellerie und Gastronomie um jeden einzelnen Gast bezahlt. Und auch der verstärkte Geschäftstourismus wirkt sich positiv aus.

Bei den 1998 registrierten 42.304 Ankünften betrug die Steigerung gegenüber dem Vorjahr 10,9 %! Und mit insgesamt 780 Stadtführungen wurde auch in diesem Bereich wiederum ein überdurchschnittlich hoher Wert erzielt, den üblicherweise nur Tourismusgroßstädte, wie etwa Salzburg, vorweisen können.

Ja, bis jetzt habe ich nur erfreuliche Mitteilungen gemacht, jetzt kommen unerfreuliche Mitteilungen und das betrifft die 100 Kündigungen bei SAT.

Ein Umstand, den wir meiner Meinung nach auch als Stadt nicht einfach zur Kenntnis nehmen können, obwohl mir natürlich bewußt ist, daß wir als Stadtverwaltung praktisch keinen direkten Einfluß auf die Unternehmensentscheidungen nehmen können.

Ich habe aber trotzdem heute in meiner Funktion als Geschäftsführende Vizebürgermeisterin eine offizielle Stellungnahme an die Medien abgegeben sowie zusätzlich in einem Brief Frank Stronach persönlich mitgeteilt, daß wir als Stadt erwarten, daß er zu seinem Wort steht und die von seinen Managern ausgesprochenen Kündigungen wieder zurücknimmt.

Ich habe weiters darauf hingewiesen, daß nicht zuletzt seine persönlichen Aussagen über den Standort Steyr bei den Mitarbeiter wie auch bei den Verantwortlichen der Stadt die Hoffnung geweckt haben, daß nach den vielen Jahren des sogenannten "Gesundshrumpfens" die Unternehmenszukunft der Steyr Antriebstechnik nicht nur abgesichert sei, sondern, daß durch neue Arbeitsaufträge von oder durch Magna das Unternehmen SAT sogar wieder expandieren werde und zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen würden.

Ich habe weiteres festgestellt, daß wir es nicht glauben können, daß das Bekenntnis von Frank Stronach zu SAT und die von ihm abgegebene Beschäftigungsgarantie für die Mitarbeiter am Standort Steyr plötzlich nicht mehr gilt. Denn, daß sich das Unternehmen in wirtschaftlichen Schwierigkeiten befindet, war Magna auch schon beim Kauf des Unternehmens bekannt, und Frank Stronach hat nicht zuletzt deshalb in der Öffentlichkeit so klare Aussagen getroffen.

Die Stadt hoffe daher, daß nicht jene Recht behalten, die den Verkauf von Steyr-Daimler-Puch an

Magna schon damals als "Todesurteil" für SAT und den Werksstandort Steyr bezeichnet haben.

Und ich habe abschließend festgehalten, daß wir kurzfristig ein Machtwort von Frank Stronach erwarten, mit dem er die Kündigungen zurücknimmt. Vor allem aber auch erwarten, daß er endlich klar und deutlich sagt, was er mit SAT vor hat und wie sich Magna die Zukunft dieses Unternehmens vorstellt. Denn die Belegschaft wie auch die Stadt haben lange genug geduldig gewartet und gehofft, daß Frank Stronach zusätzliche Arbeit und Aufträge in die Steyrer Werkshallen bringt. Jetzt heißt es Farbe bekennen und klipp und klar zu sagen, wann die angekündigten Aufträge bzw. die zusätzliche Arbeit am Standort Steyr wirksam werden.

Damit meine Damen und Herren sind meine Berichte beendet. Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt 4), Beschlüsse des Stadtsenates. Sie sind ja den jeweiligen Gemeinderatsmitgliedern zugegangen. Eine listenmäßige Aufstellung der gefaßten Beschlüsse liegt dieser Einladung bei. Ich ersuche diese zur Kenntnis zu nehmen.

Nun kommen wir zu Punkt 5), Behandlung der Verhandlungsgegenstände. Ich darf dazu den Vorsitz an Herrn Vizebürgermeister Dr. Pfeil übertragen.

Vizebürgermeister

Dr. Leopold Pfeil:

Ich übernehme den Vorsitz und gebe zur Berichterstattung Frau Vizebürgermeisterin Mach das Wort.

BE: Vizebürgermeisterin

Friederike Mach:

Danke. Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, sehr geehrtes Präsidium. In meinem ersten Antrag geht es um die Darlehensaufnahme für das Rechnungsjahr 1998. Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet:

Fin-100/98

Darlehensaufnahme für das Rechnungsjahr 1998.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Finanzen vom 04. Januar 1999, wird folgender Darlehensaufnahme in der Höhe von insgesamt S 44.000.000,-- zugestimmt:

Darlehensgeber: Raiffeisenbank St. Ulrich-Steyr reg. Gen.m.b.H.

Betrag und Laufzeit: S 44.000.000,-- mit einer Laufzeit von 20 Jahren

Konditionen: Bindung an den 6-Monats-VIBOR/EURIBOR mit einem Aufschlag von +/- 0,0 % bzw. an die Sekundärmarkttrendite für Emittenten gesamt mit einem Abschlag von 0,25 % bei halbjährlicher Wahlmöglichkeit zu den Zinssatzanpassungsterminen.

Weiters wird der Geschäftsbereich für Finanzen ermächtigt, im Rahmen der nachstehend angeführten

Höchstbeträge am Geldmarkt, nach Einholung entsprechender Angebote, Barvorlagen bei verschiedenen Kreditinstituten aufzunehmen.

ab Barvorlagen-

Rahmen

23.500.000,--

21.150.000,--

18.800.000,--

16.450.000,--

14.100.000,--

11.750.000,--

9.400.000,--

7.050.000,--

4.700.000,--

2.350.000,--

0,--

Die Verzinsungen der Barvorlagen erfolgen zum jeweils gültigen Geldmarkcindikator (VIBOR bzw. EURIBOR) der jeweiligen Laufzeiten (z. B. 3-Monats-, 6-Monats-VIBOR/EURIBOR) zuzüglich einem geringen Aufschlag. Die Barvorlagen können auch über den jeweiligen Jahresultimo aushaften.

Die o.a. Beträge stellen Maximalbeträge dar. Bei einem geringeren Bedarf wird der Geschäftsbereich für Finanzen ermächtigt die jeweiligen Volumina entsprechend zu verringern.

Sollten aus wirtschaftlichen Gründen (Ausnützung von Prüffristen, Zahlungszielen, etc.) Teile der mit diesen Darlehen bzw. Barvorlagen finanzierten Ausgaben erst im Rechnungsjahr 1999 zur Auszahlung gelangen, können Teile dieser Darlehen bzw. Barvorlagen auch auf Rechnung 1999 zugezählt werden.

Aus verwaltungstechnischen Gründen können die o.a. Maximalbeträge auch auf mehrere Schuldscheine bzw. Barvorlagen aufgeteilt werden.

Weiters wird der o.a. Geschäftsbereich ermächtigt, die Darlehensbedingungen entsprechend den Ausschreibungsgrundlagen bzw. Angeboten festzulegen.

Ich möchte nur sagen, der Zinssatz beträgt momentan 3 %.

Vizebürgermeister

Dr. Leopold Pfeil:

Danke sehr. Zu Wort gemeldet hat sich Herr StR Eichhübl. Ich erteile es ihm. Bitte sehr.

Stadtrat

Roman Eichhübl:

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, werte Herrn Vizebürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren des Gemeinderates, werte Besucher, geschätzte Vertreter der öffentlichen Medien. Es wäre jetzt wirklich für mich sehr verlockend, im Zusammenhang dieses vorliegenden Antrages, der ja in das Finanzjahr 1998 zurückblendet, ebenfalls einen Blick zurückzumachen um sozusagen eine Budgetdebatte neu zu entfachen und um ihnen, meine Damen und Herren des Gemeinderates, noch einmal im Detail zu erklären, warum wir Freiheitlichen damals dem Budget 1998 die Zustimmung nicht gegeben haben. Keine Angst, ich werde das nicht tun, denn bekanntlich richten wir Freiheitliche unseren Blick lieber nach vorne. Ich werde mich daher in meiner Wortmeldung auf die eine Darstellung einschränken, daß nämlich wir, aus bekannten Gründen, das Budget 1998 abgelehnt haben und daher bei der Abstimmung zu diesem vorliegenden Antrag, trotz der Tatsache, daß hier offensichtlich von Herrn Lemmerer sehr günstige Konditionen, was die Darlehensaufnahme betrifft, uns der Stimme enthalten. Ich danke ihnen.

Vizebürgermeister

Dr. Leopold Pfeil:

Danke. Frau GR Frech bitte.

Gemeinderätin

Mag. Michaela Frech:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, sehr geehrte Gäste. Das Liberale Forum hat sich beim Voranschlag 1998 der Stimme enthalten, als logische Konsequenz auch dem Nachtragsvoranschlag für das Jahr 1998 und in der Folge werde ich mich daher auch der Darlehensaufnahme für das Rechnungsjahr 1998 der Stimme enthalten.

Vizebürgermeister

Dr. Leopold Pfeil:

Danke. Gibt es weitere Wortmeldungen zum Tagesordnungspunkt? Schlußwort?

Vizebürgermeisterin

Friederike Mach:

Kurz. Ja, wir müssen das selbstverständlich zur Kenntnis nehmen. Nur geht mir das nicht ganz ein, weil die Anträge sind ja im Großen und Ganzen mit Mehrheit, und überhaupt die größeren Summen einstimmig, beschlossen worden. Also brauchen wir dazu Geld und daher müssen wir ein Darlehen aufnehmen. Aber wir nehmen das natürlich zur Kenntnis.

Vizebürgermeister

Dr. Leopold Pfeil:

Wir kommen nun zur Abstimmung. Wer ist für diesen Antrag? SPÖ, ÖVP, GAL. Wer ist dagegen? Wer übt Stimmenthaltung? 8 (7 FPÖ - außer GR Dr. Wetzl entschuldigt und GR Ing. Hoflehner kommt später, 1 LIF). Danke. Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen. Der nächste Punkt bitte.

Vizebürgermeisterin

Friederike Mach:

Beim nächsten Punkt geht es um die Schaffung von weiteren Räumlichkeiten für den Studiengang und um die Finanzierungszusage.

Es ergeht der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

Bau2-6446/86

FAZAT Steyr; Schaffung von weiteren Räumlichkeiten für den weiteren FHS-Studiengang; Finanzierungszusage

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB für Präsidial- und Rechtsangelegenheiten vom 29.12.1998 erklärt die Stadt Steyr unwiderruflich, bei Genehmigung eines 2. Fachhochschulstudienganges (für internationales Logistikmanagement) in Steyr die hierfür erforderlichen, entsprechend ausgestatteten, für den Studienbetrieb geeigneten Räumlichkeiten in ausreichender Zahl und Ausstattung termingerecht zur Verfügung zu stellen.

Weiters verpflichtet sich die Stadt Steyr, bei Genehmigung dieses 2. Fachhochschulstudienganges in Steyr zu den laufenden Kosten des Studienbetriebes einen Zuschuß zu den durch jährliche Bundesbeiträge nicht gedeckten Kosten in Höhe von 50 % - höchstens jedoch 1,5 Mio. Schilling jährlich - zu leisten. Diese Finanzierungszusage wird weiters davon abhängig gemacht, daß sich auch das Land Oberösterreich zu einer entsprechenden 50%igen Beteiligung an diesen Kosten verpflichtet.

Ich ersuche um Diskussion bzw. um Zustimmung.

Vizebürgermeister

Dr. Leopold Pfeil:

Danke. Eine Wortmeldung. Herr GR Stieglitz bitte.

Gemeinderat

Siegfried Stieglitz:

Sehr geehrte Damen und Herren. Vorwegschicken möchte ich, daß wir diesem Antrag die Zustimmung geben werden, jedoch eine Kritik möchte ich schon anbringen. Wenn wir den Amtsbericht lesen, werden hier 900 m² Gebäude zu einem Kostenpreis von 25 Millionen Schilling errichtet. Auch wenn es jetzt nur einmal kalkulatorisch hineingegeben wurde. Das bedeutet, daß es Errichtungskosten pro m² von S 27.777,-- sind. Das sind beinahe S 28.000,--. Unsere Kritik, die wir hier anbringen, die öffentliche Hand baut viel zu teuer. Ich habe mir erlaubt, aus der Privatwirtschaft Vergleichszahlen heranzuziehen. Bürogebäude, schlüsselfertig, werden zur Zeit zu S 13.000,- netto errichtet. Das war meine Wortmeldung. Danke.

Vizebürgermeister

Dr. Leopold Pfeil:

Danke. Herr Payrleithner bitte.

Gemeinderat

hans Payrleithner:

Wertes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, geschätzte Gäste. Als Vorstandsmitglied von FAZAT erlaube ich mir ein paar Bemerkungen zu diesem Amtsbericht. Wie dem zu entnehmen ist, handelt es sich hier ja nur um einen Grundsatzbeschluß und nicht vielleicht um eine fixierte Kostenzusage, um eine konkrete, und daher darf ich vielleicht noch anmerken, daß im FAZAT-Vorstand, der ja auch mit dem Herrn Bürgermeister, der leider heute nicht anwesend ist, besetzt ist, über die Vorgangsweise auch Einhelligkeit vorherrscht nämlich, daß dieses Gebäude, das nach der Fertigstellung doch eher ein häßlicher Fleck mitten in diesen Gebäuden darstellt, entfernt werden soll. Allerdings sind wir uns nicht ganz einig über die weitere Vorgangsweise gewesen, ob dieser, hier in diesem Amtsbericht angesprochene, Gebäudekomplex auch dort errichtet werden soll. Es war nämlich eher dann so, daß wir gemeint haben, es stehen auch andere Varianten zur Verfügung. Z. B. das Gelände des Gaswerkes, das ja demnächst frei werden soll, frei werden wird, auf diesem Platz, manche sagen, wo jetzt die Baracke steht, dieses Gebäude errichtet werden soll, die Bauweise doch etwas zu dicht sein wird und dieses Gebäude nicht hineinpassen wird. Daher glaube ich, daß es da noch intensiver Gespräche und Diskussionen in den zuständigen Gremien beim FAZAT bedarf um eine gute Lösung, vor allem auch eine gefällige Lösung, zu finden, die sich in das Gesamtensemble im Wehrgraben, Museum Arbeitswelt und im fertiggestellten Gebäude vom FAZAT einfügen soll.

Vizebürgermeister

Dr. Leopold Pfeil:

Danke. Als nächste zu Wort gemeldet hat sich Frau Frech. Ich erteile es ihr.

Gemeinderätin

Mag. Michaela Frech:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Presse. Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, daß die Kollegen der freiheitlichen Gemeinderatsfraktion einen anderen Amtsbericht haben als den, den ich da vor mir habe. Da geht es nicht darum, ob Private günstiger bauen oder die Stadt teurer baut. Es geht darum, daß wir einen Grundsatzbeschluß fassen, ob wir einen weiteren Fachhochschulstudienlehrgang für Steyr wollen oder nicht, weil dieser Grundsatzbeschluß des Gemeinderates Voraussetzung für eine Genehmigung dieses Lehrganges durch den Fachhochschulrat ist. Um nichts anderes geht es hier. Hier geht es um ein Bekenntnis. Wollen wir als Stadt Steyr einen weiteren Fachhochschulstudienlehrgang ja oder nein. Und, im Falle dieses Grundsatzbeschlusses, wenn wir den fassen, verpflichten wir uns dazu die Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen. Wie die dann genau aussehen werden, das müssen wir in den jeweiligen Gremien noch genau behandeln. Weiters verpflichten wir uns dazu, 50 % der durch den Bund nicht gedeckten laufenden Kosten zu übernehmen, wobei dabei eine Höchstsumme von 1,5 Mio. Schilling vorgegeben ist. Ich kann nur sagen, ich hoffe, daß dieser Antrag auf einen Grundsatzbeschluß für die Errichtung des zweiten Fachhochschulstudienlehrganges erteilt wird, weil das für unser Steyr wirklich eine Chance ist. Wir haben jetzt den einen Lehrgang, Produktions- und Managementtechnik, der eine technische Ausrichtung aufweist und der auch mit einem technischen Studientitel abschließt, und wir haben dann mit diesem internationalen Logistikmanagement eine weitere kaufmännische Schiene, der eben dann mit einem Magister abschließt. D.h., wir können damit auch zusätzlich für die bestehenden berufsbildenden Schulen in Steyr eine Weiterbildung anbieten. Und gerade im Hinblick darauf, daß es gestern diese unerfreuliche Meldung gegeben hat, daß 100 Arbeitnehmer von SAT gekündigt werden sollen, müssen wir auf die Zukunft setzen, auf Forschung, Bildung und deshalb, denke ich mir, darf es darüber überhaupt keine Diskussion geben, daß sich der gesamte Gemeinderat der Stadt Steyr für diesen Grundsatzbeschluß ausspricht, weil das kann nur eine Investition in die Zukunft sein und wird sich für uns alle lohnen. Danke.

Vizebürgermeister

Dr. Leopold Pfeil:

Danke. Gibt es weitere Wortmeldungen? Ich sehe, das ist nicht der Fall. Schlußwort bitte.

Vizebürgermeisterin

Friederike Mach:

Ich möchte mich meiner Vorrednerin anschließen. Es geht auch darum, der Antrag auf Genehmigung des zweiten Studienganges muß im Februar 1999 vom Trägerverein zur Vorbereitung und Errichtung von Fachhochschulen in Oberösterreich an den Fachhochschulrat Österreich, Dr. Schelling, eingereicht werden. Der mögliche Beginn ist eigentlich im Herbst 2000. Bis Herbst 2002 kann der Studienbetrieb durch Anmietung von Räumlichkeiten sichergestellt werden. Ab Herbst 2002 sind zusätzliche Räumlichkeiten notwendig. Aber ich glaube, es ist wirklich wichtig, daß wir heute diesen Grundsatzbeschluß fassen, um eben den 2. Studienlehrgang in Angriff nehmen zu können. Wir

wissen ja alle, daß wir dann auch mehr Sicherheit für unsere Stadt haben, daß der Fachhochschulstudienlehrgang in Steyr bleibt. Mit einem alleine haben wir ja keine Sicherheit. Man müßte ja eigentlich drei haben um sicher zu sein und darum müssen wir das heute beschließen, daß das bis Februar eingelangt ist. Ich ersuche den Gemeinderat um Zustimmung.

Vizebürgermeister

Dr. Leopold Pfeil:

Wir kommen zur Abstimmung. Wer ist für diesen Antrag? Danke. Gegenprobe. Wer ist dagegen? Stimmenthaltung? Einstimmigkeit ist zu protokollieren. Ich bedanke mich. Für die nächsten beiden Tagesordnungspunkte gebe ich den Vorsitz an den Kollegen Tatzreiter weiter, weil ich mich selbst an der Diskussion beteiligen möchte.

Vizebürgermeister

Leopold Tatzreiter:

Ich übernehme den Vorsitz und bitte die Vortragende den Tagesordnungspunkt 3) vorzubringen.

Vizebürgermeisterin

Friederike Mach:

Der nächste Punkt betrifft die Finanzierung der Öffentlichkeitsarbeit sowie Schulungs-, Informations- und Sekretariatsaufgaben der im Gemeinderat der Stadt Steyr vertretenen Gemeinderatsfraktionen. Es ergeht der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

Ha-7655/91

Finanzierung der Öffentlichkeitsarbeit sowie Schulungs-, Informations und Sekretariatsaufgaben der im Gemeinderat der Stadt Steyr vertretenen Gemeinderatsfraktionen.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Zur Finanzierung der Öffentlichkeitsarbeit sowie Schulungs-, Informations- und Sekretariatsaufgaben der im Gemeinderat der Stadt Steyr vertretenen Gemeinderatsfraktionen erhält jede im Gemeinderat vertretene Fraktion für das Rechnungsjahr 1999 über einen durch die jeweilige Fraktion an den Magistrat der Stadt Steyr gesondert zu richtenden Antrag einen Finanzierungsbeitrag in der nachstehenden Höhe.

Diese Beträge errechnen sich aus den für das Rechnungsjahr 1998 festgelegten Ansätzen.

Eine Valorisierung dieser Beträge hat jährlich gemäß dem Verbraucherpreisindex 1986 - nunmehr für das Jahr 1999 - zu erfolgen. Als Ausgangsbasis für die Berechnung der Wertänderung dient die Indexziffer vom Dezember 1996. Die angeführten Beträge verändern sich im selben Ausmaß, in dem die für den Dezember des Jahres 1997 verlautbarte Indexziffer von der für Dezember 1996 verlautbarten Indexziffer abweicht.

Im Einzelnen würden sich demnach für die einzelnen Gemeinderatsfraktionen nachstehende Förderungsbeiträge ergeben:

SPÖ

S 242.936,00 (Sockelbetrag)

S 411.570,00 (pro Mandat S 22.865,--)

S 308.664,00 (Fraktionsumlage

S 17.148,-- pro Mandat)

S 963.170,00

FPÖ

S 242.936,00 (Sockelbetrag)

S 205.785,00 (pro Mandat S 22.865,--)

S 154.332,00 (Fraktionsumlage

S 17.148,-- pro Mandat)

S 603.053,00

ÖVP

S 242.936,00 (Sockelbetrag)

S 137.190,00 (pro Mandat S 22.865,--)

S 102.888,00 (Fraktionsumlage

S 17.148,-- pro Mandat)

S 483.014,00

GAL

S 242.936,00 (Sockelbetrag)

S 45.730,00 (pro Mandat S 22.865,--)

S 34.296,00 (Fraktionsumlage

S 17.148,-- pro Mandat)

S 322.962,00

LIF

S 242.936,00 (Sockelbetrag)

S 22.865,00 (für ein Mandat)

S 17.148,00 (Fraktionsumlage für ein

Mandat)

S 282.949,00

SPÖ 963.170,00

FPÖ 603.053,00

ÖVP 483.014,00

GAL 322.962,00

LIF 282.949,00

Gesamtbetrag 2.655.148,00

Die Finanzierung gelangt nur über Antrag der jeweiligen Gemeinderatsfraktion, der an den Magistrat der Stadt Steyr zu richten ist, zur Auszahlung.

Die Gemeinderatsfraktionen sind verpflichtet, die widmungsgemäße Verwendung der Mittel in der von ihnen gewählten Form nachzuweisen. Zu diesem Zweck steht jeder Fraktion einmal pro Jahr zumindest eine halbe Seite des Amtsblattes der Stadt Steyr zur Verfügung.

Durch die gegenständliche Finanzierung der Öffentlichkeitsarbeit sowie Schulungs-, Informations- und Sekretariatsaufgaben der im Gemeinderat der Stadt Steyr vertretenen Gemeinderatsfraktionen wird die Auszahlung der Beiträge für die Schulung der Gemeindefunktionäre, die aufgrund eines Erlasses des Amtes der OÖ. Landesregierung jährlich zu leisten ist, nicht berührt und bleibt daher weiterbestehen.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von

2.655.148,00

werden bei der VSt. 1/0000/757000 freigegeben.

Ich ersuche um Zustimmung bzw. um Diskussion.

Vizebürgermeister

Leopold Tatzreiter:

Danke Frau Vizebürgermeisterin. Zu Wort gemeldet hat sich Dr. Pfeil. Bitte.

Vizebürgermeister

Dr. Leopold Pfeil:

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen. Nach der massiven Erhöhung der Politikergehälter bzw. der Aufwandsentschädigungen im letzten Jahr kommt es jetzt still und heimlich im Jänner dieses Jahres zu einer neuerlichen Anhebung im Fraktionssystem. Ohne, daß irgendwo, irgendwann einmal eine Diskussion stattgefunden hat, hat man diese 20%ige Kreditsperre, zu der wir uns Ende 1995 bekannt haben, einfach aufgehoben und hat zusätzlich auch gleich die Valorisierung dazu gerechnet. Wir haben diese Fraktionsfinanzierung sehr ernst und ausführlich im Jahre 1992, unter damaliger Vorsitzführung von Vzbgm. Sablik, gemacht und es war damals ein sehr strittiger Punkt die Grundausrüstung, der sog. Sockelbetrag für die kleineren oder Kleinstparteien. Wir haben damals gesagt, gut probieren wir es einmal ein paar Jahre und dann werden wir weiter sehen. Wir haben nun durch die Ausweitung auf 5 Gemeinderatsfraktionen folgende Situation, wenn man jetzt diese Zahlen nüchtern betrachtet, daß ein GR der SPÖ, also einer von der Mehrheitsfraktion, dem Steuerzahler hier S 53.509,44 wert ist, einer der FPÖ, da ist er schon ein bißchen mehr wert, S 67.005,88, der ÖVP S 80.502,33, der GAL S 161.481,-- und das Liberale Forum, ein GR ist uns dann S 282.949,-- wert. Hier muß man wohl sehr diskutieren, ob das zeitgerecht ist, ob das Sinn und Absicht des Steuerzahlers ist ob er uns das gewähren läßt. Ich denke, er wird uns irgendwann einmal dafür die Rechnung präsentieren, daß hier die Politikverdrossenheit und die Reserviertheit, ich sage es vorsichtig, gegenüber den Politvertretern eben langsam aufgibt. Es gibt jetzt mehrere Möglichkeiten. Aber man hat uns ja die Möglichkeit nicht gegeben, daß wir hier ernsthaft, im Rahmen der Fraktionsobmännerbesprechung, oder wie wir es damals gemacht haben, in einer Untergruppe, daß wir uns zusammentreffen und uns zusammenreden, wie wir für alle Seiten, zu einer befriedigenden Lösung kommen. Das hat es nicht gegeben. Ich hätte hier viele Ideen. Nirgends, weder im Club im Nationalrat noch im Landtag, noch in den anderen mir bekannten Städten ist mir diese Form der Grundfinanzierung, wo es bis auf ein GR-Mandat heruntergeht, bekannt. Überall gibt es eine Sockelfinanzierung ab Grundmandaten von 2 oder 3, weil die Zukunft geht natürlich in der Richtung, es werden sich naturgemäß viel mehr, weniger politische Parteien, sonder Interessensgruppierungen um ein politisches Mandat bemühen. Da wird es dann die Raucher und die Nichtraucher geben, es wird die Autofahrer- und die Radfahrerpartei geben. So wird es kommen und dann, vor allen Dingen wenn wir ein GR-Mandat, ca. 700 Stimmen, die sind relativ locker erreichbar, wenn man ein bißchen Werbung betreibt, wird man grundausrüstet, auf sechs Jahre, mit einem Grundbetrag von S 282.942,-- nach Stand 1999. Ich denke, das sollte man diskutieren. Wir haben diesbezüglich einen Abänderungsantrag vorbereitet.

Abänderungsantrag

zum vorliegenden Antrag Nr. 3, HA-7655/91, der Verhandlungsgegenstände des Gemeinderates vom 21. Jänner 1999.

Gemäß § 42, Pkt. 8 des StS in Verbindung mit § 9 der Geschäftsordnung des Gemeinderates wird

folgender Abänderungsantrag zum in Behandlung befindlichen Sachantrag Nr. 3 gestellt:

Die Freiheitliche Gemeinderatsfraktion beantragt folgende Abänderung aus dem in Verbindung befindlichen oben zedierten Antrages:

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Sockelbetrag für die im Gemeinderat vertretenen Fraktionen beträgt ab dem Finanzjahr 1999

S 121.468,--.

Eine Valorisierung der Beträge gemäß dem Verbraucherpreisindex bleibt davon unbeeinträchtigt.

Natürlich, wir haben kein Problem, wenn dieser Antrag, das haben wir auch schon im Stadtsenat gesagt, verschoben, wenn hier eine Arbeitsgruppe eingesetzt wird um diese Entwicklungen im finanziellen Bereich Einhalt zu gewähren. Auch wenn sie im Budget vorgesehen sind, aber es war ja nie Gegenstand von Verhandlungen und deshalb nehme ich das nicht als gegeben an.

Ich darf den Abänderungsantrag dem Vorsitzenden übergeben. Ich ersuche alle Kolleginnen und Kollegen ernsthaft zu prüfen, ob wir nach dem letzten Jahr, gerade auch unter dem Aspekt der Entlassungen von gestern, der Kündigungen, daß wir uns heute eine gewaltige Erhöhung in der Fraktionsfinanzierung leisten sollen oder nicht. Ich danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

Vizebürgermeister

Leopold Tatzreiter:

Ich danke Herrn Vzbgm. Dr. Pfeil. Als nächster hat sie GR Kupfer von der GAL gemeldet. Bitte sehr.

Gemeinderat

Andreas Kupfer:

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, geschätzte Vizebürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Gäste. Die Stoßrichtung der FPÖ ist natürlich sonnenklar. Noch dazu auch nicht wirklich neu. Diese Argumentation die wir jetzt vorgetragen gehört haben, habe ich zwar noch nicht in den letzten Jahren gehört, aber man kann sie nachlesen. Diese Argumentation gibt es seit 1992 und wenn ich mich nicht irre, haben nicht einmal alle dem neuen System damals zugestimmt. Die Halbierung des Sockelbetrages geht natürlich auf Kosten der kleinen Fraktionen, das ist ganz klar, und ist eine absolut willkürliche und beliebige Maßnahme, die ich genauso machen könnte und sagen könnte, wir halbieren die Fraktionsumlage. Was sie hier machen ist, daß sie das System infrage stellen, weil sie sich damals auch mit diesem System nicht anfreunden konnten. Das ist das Problem und das geht auf die Kosten der Kleinen und ist ein Zeichen für das Demokratieverständnis der FPÖ. Für ein Demokratieverständnis das hier nicht neu ist aber es wieder einmal in aller Öffentlichkeit demonstriert, auch wenn es nicht so ausgesprochen wurde, gegen die Kleinen sein aber die Großen bedienen.

Wir stehen grundsätzlich zu diesem System. Wir haben es damals auch miterarbeitet und finden dieses System auch gut. Es hat sich bewährt. Es gibt eine gewisse Transparenz auch für die Bevölkerung und die Öffentlichkeit. Aber unsere Kritik an diesem gegenständlichen Amtsvorschlag geht in eine andere Richtung, wobei sich unsere erste Kritik mit der von Dr. Pfeil deckt.

Uns stört, daß die Reduktion um diese 20 %, die in den letzten 3 Jahren durchgeführt wurde, dieses Mal nicht mehr in diesem Amtsvorschlag drinnen ist und, daß dieser Amtsvorschlag ohne Diskussion vorgelegt wurde. Es hat weder bei den Budgetverhandlungen noch in einer Fraktionsobleutekonferenz noch im Finanzrechtsausschuß, ich wiederhole die Worte von Dr. Pfeil, eine Diskussion darüber gegeben, über einen Punkt der höchst sensibel ist. Hier fehlt mir jegliches Verständnis, für die Mehrheitsfraktion, warum sie das nicht getan hat. Es war ja zu erwarten, wenn in den letzten Jahren diese gute Regelung, diese -20 % immer gemacht worden sind, warum man nicht an die einzelnen Fraktionen herangetreten ist und bereits bei den Budgetverhandlungen oder bei den Fraktionsobleuten diese Diskussion zu führen. Es hat seit drei Jahren keine Diskussion gegeben und der zweite Punkt, es gibt auch keinen aktuellen Anlaß für eine Erhöhung. Wir haben vor zwei Jahren Kommunalwahlen gehabt. Wahlen, die für alle Parteien höchstwahrscheinlich die größten Kosten gebracht haben. Wir haben 1996/97 mit diesem Geld haushalten können. Wir sind alle höchstwahrscheinlich damit ausgekommen und haben diese Ausgaben damit abdecken können. Es gibt überhaupt keinen Grund oder Anlaß, diese Reduktion jetzt aufzuheben und sozusagen wieder S 500.000,-- bis S 600.000,-- uns darauf zu schlagen. Es gibt auch sicherlich in der Bevölkerung dafür kein Verständnis, auch wenn zugegeben die Wirtschaftslage und die Situation der Stadt Steyr keine schlechte Situation ist. Man soll es nicht krankreden, man soll aber auch nicht Beispiele wie die von SAT in eine Diskussion bringen, die, glaube ich, überhaupt nichts damit zu tun haben.

Wir stehen zu diesem System aber nicht zu diesen 20 %. Wir glauben, daß es auch ein gutes Zeichen sein könnte, wenn wir, wie in den letzten Jahren, auf diese Mittel verzichten. Wir haben aus diesem Grund auch einen Abänderungsantrag eingebracht, weil wir glauben, daß es fairer und gerechter ist diese Mittel für Projekte aufzuwenden, die bei den Budgetverhandlungen keinen Platz gefunden haben, für die wir alle gekämpft, für die wir uns geäußert haben, wo es überraschenderweise dann auch Gelder vom Land OÖ gegeben hat. Es geht uns um das Kinderschutzzentrum. Wir glauben, daß wir mit diesen S 500.000,-- Mehrkosten + S 500.000,- vom Land einen Teil oder einen Großteil dieses Kinderschutzzentrums finanzieren könnten und darum stellen wir auch folgenden Antrag:

Abänderungsantrag

gemäß § 9 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Steyr wird folgender Abänderungsantrag zum Antrag „Finanzierung der Öffentlichkeitsarbeit sowie Schulungs-, Informations- und Sekretariatsaufgaben der im Gemeinderat der Stadt Steyr vertretenen Gemeinderatsfraktionen“ gestellt.

Begründung: Die Grünen - GAL Steyr sehen keinen Anlaß von der, in den letzten Jahren üblichen und bewährten Reduktion der Parteienförderung, um 20 % abzugehen.

Im Budget der Stadt Steyr für 1999 sind für Parteienfinanzierung S 3.000.000,-- vorgesehen. 1998 wurden in Summe S 2.093.966,-- für die Finanzierung der Parteien aufgewendet. Für den gegenständlichen Antrag des Stadtsenats sind Mittel in der Höhe von S 2.655.148,-- beantragt. Somit ist eine Differenz im Vergleich zu 1998 in der Höhe von S 561.182,-- gegeben.

Die Grünen stellen folgenden Antrag:

Der Gemeinderat möge beschließen:

Die Förderungsbeträge für das Jahr 1999 werden in der selben Höhe wie 1998 (genau wie in den Jahren 1996 und 1997) ausbezahlt. Das ergibt eine Summe von S 2.093.966,--.

Der Differenzbetrag (S 561.182,--) wird für die Installierung eines Kinderschutzzentrums Steyr verwendet.

Vizebürgermeister

Leopold Tatzreiter:

Danke Herr GR Kupfer. Nächster ist Herr StR Eichhübl. Bitte.

Stadtrat

Roman Eichhübl:

Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates. Zu dem, was unser Fraktionsobmann Vzbgm. Dr. Pfeil bereits zum Ausdruck gebracht hat möchte ich aus persönlichen Überlegungen noch eines hinzufügen, was eigentlich sie, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, veranlassen müßte, unserem Abänderungsantrag die Zustimmung zu geben. Und zwar darf ich jetzt tatsächlich einen kurzen Blick in das Jahr 1988 zurück machen und ihnen folgendes in Erinnerung rufen. Hier, in diesen Räumlichkeiten, wurden sehr starke Maßnahmen ergriffen um den finanziellen Spielraum der Bevölkerung, der Bewohner unserer Stadt, einzuengen. Ich darf hier nur einige Beispiele anführen. Es gibt seit dem 1.1.1999, aufgrund der Beschlußfassung des GR, eine Erhöhung der Kanalanschluß-, Wasseranschluß-, Wasserbezugs-, Kanalbenützungsgebühr. Da ist es ja sogar soweit gegangen, daß man einen Beschluß bis hinaus in das Jahr 2003 gefaßt hat, was diese Anhebung in diesem Bereich betrifft und was auch Anlaß dafür war, daß wir Freiheitlichen sehr vehement dafür aufgetreten sind. Das waren einmal 4 Bereiche. Dann darf ich fortsetzen: 5. die Bestattungsgebühren wurden angehoben, 6. die Tarife für die Benützung des öffentlichen Gutes über den Gemeingebrauch hinaus, wo wir Freiheitlichen auch in der ersten Erhöhungsphase, weil diese wesentlich zu hoch waren, dagegen aufgetreten sind. 7. die Müllgebühren, die in einem nicht unerheblichem Ausmaß auch in Etappen bereits beschlußmäßig einer Erhöhung zugeführt worden sind und wo wir Freiheitlichen ebenfalls dagegen aufgetreten sind und schließlich 8. wird es demnächst eine weitere Erhöhung geben, nämlich im Bereich der Kindergartentarife. Genau das ist es, meine Damen und Herren, was ich ihnen in Erinnerung rufen möchte und was sie, wie gesagt, veranlassen müßte, dem Antrag der freiheitlichen Gemeinderatsfraktion auf Einsparung in diesem Bereich die Zustimmung zu geben. Denn es kann ja bitte wirklich nicht so sein, daß sich die Politiker an die vorderste Front stellen, daß sich die Mandatäre auf die vorderste Front stellen, der Bevölkerung den Gürtel enger schnallen und selbst keinen Beitrag dazu leisten.

Was die Äußerung vom Kollegen Kupfer betrifft, bin ich eigentlich verwundert, denn er hat ja vorweg, bevor sich überhaupt der Stadtsenat dieser Thematik in einer Sitzung angeeignet hat, seine Äußerung über die Öffentlichkeit gemacht, wo er sehr vehement dagegen auftritt, daß sich, wie er berichten läßt, die Parteien sehr unverschämt bedienen und bezeichnet das als schamlos, um ihn hier wortwörtlich zu zitieren. Herr Kupfer, ich glaube, daß ihre Haltung in diesem Fall, zumindest für mich, nicht sehr klar ist. Sie wollen auf der einen Seite eine Einsparung machen, aber auf der anderen Seite selbst keinen Beitrag dazu leisten. Wenn, dann eher einen geringen Beitrag. Sie bekennen sich zur Finanzierung der Fraktionen, die hier im GR vertreten sind, das machen wir bis zu einem gewissen Maße auch, aber ich glaube, daß es halt doch ein Unterschied ist, wenn eine 9-Mann-Fraktion ...

Gemeinderat

Andreas Kupfer:

Es sind auch Frauen da.

Stadtrat

Roman Eichhübl:

... ihre Tätigkeit aufrechterhalten muß und diese 9-Mann-Fraktion, richtigerweise auch einige Frauen natürlich, herinnen ihre Beschäftigung finden. Herr Kupfer, ich danke ihnen für diesen Einwand, aber sie wissen schon was ich meine und von was ich ausgehe und im Vergleich dazu eben eine 2-Mann-Fraktion, ohne Frau, wesentlich weniger Finanzbedarf haben wird um entsprechend für die Bevölkerung, von der sie gewählt wurden, ihre Tätigkeiten aufrecht zu erhalten. Frau Vzbgm. ich habe jetzt ihre Äußerung nicht verstanden, vielleicht können sie diese laut wiederholen. Ich bin sehr gerne bereit auch das in meine Ausführungen mit einzubinden. Bitte, ich höre.

Vizebürgermeisterin

Friederike Mach:

Ich habe gesagt, wir sind ja dann pro Mandatar am billigsten.

Stadtrat

Roman Eichhübl:

Ja, das ist auch anzuerkennen. Frau Vizebürgermeisterin, das anerkennen wir auch. Wenn sie davon sprechen, daß sie bereit sind sehr billig für die Bevölkerung zu arbeiten, dann nehme ich auch an, daß auch sie und ihre Fraktion dem Abänderungsantrag der Freiheitlichen beitreten werden. Ich bin schon auf die Abstimmung gespannt. Ich danke ihnen vorerst für ihre Aufmerksamkeit.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

GR Hoflehner trifft um 15.27 Uhr ein.

Vizebürgermeister

Leopold Tatzreiter:

Danke. Weiter zu Wort gemeldet hat sich StR Bremm. Bitte.

Stadtrat

Gerhard Bremm:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, sehr verehrte Gäste. Indem das Mandat von meiner Fraktion, der ich angehöre am billigsten ist, kann man natürlich schon leicht reden und hat natürlich noch mehr die Berechtigung zu diesem Punkt zu reden. Man könnte es in Wirklichkeit einfacher machen und sagen, setzen wir die Linie so linear, daß wirklich vom Billigsten aus gesehen, weil wir wollen ja nicht erhöhen, jedes Mandat gleich viel wert ist. Das wäre nämlich das Gerechteste, wenn man einen Gerechtigkeitssinn in sich hat und für das Verständnis zeigt. Ich glaube, daß die Diskussion, wie sie geführt wird, zwar nicht neu ist, wir haben das bei verschiedenen Dingen erlebt, wie es um Erhöhungen gegangen ist. Wir erleben es heute wieder. Die Größeren gehen auf die Kleineren los. Die Kleinen versuchen sich so weit wie möglich schadlos zu halten und versuchen bei den Größeren irgendwo Abstriche zu machen. Eine ganz interessante Diskussion. Ich werde noch darauf zurückkommen. Zu einem, Kollege Eichhübl, du brauchst nicht auf die Abstimmung gespannt sein, du warst ja im Stadtsenat dabei. Vielleicht, daß die anderen Herrschaften gespannt sein werden. Du warst ja dabei und es ist nichts Neues von euch gekommen. Wir werden nicht die Steigbügelhalter für euch sein, um hier gegen die kleinen Fraktionen oder das Demokratieverständnis, das ein bißchen mangelhaft ist, unterstützen. Mit uns wird das nicht möglich sein. Du brauchst also nicht gespannt sein, wir werden dieses Abstimmungsverhalten an den Tag legen, wie wir das im Stadtsenat auch gemacht haben. Auch die Grünen brauchen sich hier nicht freuen, daß sie vielleicht politisches Kleingeld erben können. Eines, was von dir lieber Roman natürlich auch nicht in Ordnung ist, ist, daß du die Debatte der Gebührenerhöhung vom Dezember 1998, im Bezug der Schulungsbeiträge und Fraktionsumlage, in Verbindung bringst. Das ist nämlich eine Darstellung, die nicht in Ordnung ist. Du bist zwar Weltmeister in dem Bereich Dinge zu verdrehen. In diesem Kreis kennen sich aber wirklich alle aus und es gelingt dir sowieso nicht, da Verwirrung hineinzubringen.

Zu einem Punkt auch noch, es gibt keinen aktuellen Anlaß, Herr Kupfer, für Erhöhungen. Ich geben ihnen vollkommen Recht. Ich glaube, man sollte das wirklich auch so darstellen, berichten und interpretieren, wie es wirklich gewesen ist und die ganze Debatte hier auch noch einmal versuchen, die Erhöhung der Politikerbezüge ein bißchen mit ins Spiel zu bringen um das auch vielleicht noch einmal aufzuwärmen. Da fällt mir dazu ein, da wird wirklich so diskutiert und gehandelt, nach dem Motto, „Wasser predigen und Wein trinken“, wenn ich an dich denke, lieber Roman Eichhübl. Ich verurteile das nicht, aber du warst der 1. in den Startlöchern, der darauf gewartet hat, daß die Freistellung der Stadträte auch dementsprechend honoriert wird, weil mit den ursprünglichen Bezügen wärst du nämlich nicht in die Hauptberuflichkeit gegangen. Nur zu dem. Ich halte es dir nicht vor. Ich glaube, daß das eine ordentliche Entlohnung ist, die hier vom Land OÖ festgelegt wurde. Aber dann das immer „herumbröseln“, das ist in Wirklichkeit nicht in Ordnung. Weißt du. Da muß man selbst mit gutem Beispiel vorangehen.

Vizebürgermeister

Dr. Leopold Pfeil:

Herr Bremm, legen sie immer ihre Gehälter offen?

Stadtrat

Gerhard Bremm:

Herr Doktor, wenn sie ihre offen gelegt haben, dann mache ich es auch.

Diskussion verschiedener Mandatare

Vizebürgermeister

Leopold Tatzreiter:

Am Wort ist Kollege Bremm bitte.

Stadtrat

Gerhard Bremm:

Erst nach ihnen. Sie sind der Vizebürgermeister, sie gehen mit gutem Beispiel voran. Sie legen einmal alles her, was sie überall verdienen, was sie alles haben, dann wird der Kollege Bremm ihnen folgen. Meine Bezüge sind überall nachvollziehbar, weil ich kann eh nichts verschieben oder verstecken. Ich bin nämlich überall lohnsteuerpflichtig. Das zu den Politikerbezügen, daß man das auch noch einmal erwähnt hat.

Zur Sache selbst möchte ich schon betonen, daß wir noch einmal in Erinnerung rufen, wieso es zur besagten Kreditsperre im Jahr 1995 für das Budget 1996 gekommen ist. Es war einfach der Umstand, daß die budgetäre Situation der Stadt Steyr dementsprechend angespannt war und sich hier der Gemeinderat mit dem auseinandergesetzt hat und zu dem Ergebnis gekommen ist, bei allen Subventionen, für Kulturvereine, für Sportvereine und natürlich auch für Subventionen der Parteien, der Fraktionen hier eine Kreditsperre von 20 % festzulegen und zu beschließen, um die schwierige Phase auch durchzustehen, ohne daß man die anderen Projekte und Finanzierungen gefährdet. Daß wir auch mit gutem Beispiel vorangegangen sind, wo man sagen mußte, dies und jenes ist momentan nicht leistbar. Diese Kreditsperre ist für Sportvereine im Jahr 1997 aufgehoben worden, weil wir in der glücklichen Lage waren, daß sich die wirtschaftliche Situation in Steyr, und ich brauche mich da nicht verbreitern, es hat ja bei der Budgetdebatte unser Bürgermeister und Finanzreferent die Situation deutlich erläutert und hat auch hier erklärt, wie die budgetäre Situation für die Stadt aussieht. Aus diesem Grund ist es möglich gewesen, die 20%ige Kreditsperre bei den Vereinen aufzuheben. Es hat sich in den vergangenen Jahren noch einmal das Budget äußerst positiv entwickelt. Der Nachtragsvoranschlag ist uns ja noch in Erinnerung, nicht zur Freude aller, das wissen wir auch noch, weil wenn man Erfolg hat, will man ja nicht so daran teilhaben, man kann sich ja nur im Mißerfolg baden. Das ist zwar ein bißchen eine verkehrte Polarisierung, aber es ist so. Wir haben auch gesehen, daß wir uns wirklich in unserer Finanzsituation erholt haben, daß eine Stabilisierung gegeben ist, daß die wirtschaftliche Ertragskraft der Stadt auch dementsprechend gut ist. Aus diesem Grund wird für heuer die Kreditsperre, die bei den Schulungsbeiträgen und Fraktionsumlagen für die im GR vertretenen Fraktionen bezahlt wird, aufgehoben. Also, wir erhöhen hier nicht einen Betrag um 20 % sondern wir kehren zu dem Zustand von 1995 zurück. Wir kehren zu einer Vereinbarung zurück, die zwischen den Parteien 1992 getroffen wurde. Das ist ja alles ein Parteiabkommen. Ob alle zugestimmt haben, ist für mich jetzt nicht nachvollziehbar, aber auch das gehört zum Demokratieverständnis, wenn eine Mehrheit entscheidet, daß das dann auch für alle Gültigkeit hat und dann das auch so zu akzeptieren ist. Die Indexanpassung ist auch Bestandteil

dieser Vereinbarung und zu diesem Umstand kehren wir zurück. Ich glaube, das ist Sache und das soll man auch sagen. Es nehmen sich jetzt nicht die größeren Fraktionen, die heute diesen Beschluß fassen werden, wieder mehr Geld heraus, sondern wir stellen einen Zustand, aufgrund unserer guten wirtschaftlichen Situation, wieder so her, wie wir ihn 1992 beschlossen haben und wie er noch 1995 gegolten hat. Ich ersuche hier wirklich in diesen Dingen die Sachpolitik und die Sachdiskussion in den Vordergrund zu stellen und nicht zu versuchen, politisches Kleingeld zu sammeln. Ich glaube, der Bürger ist mündig genug, daß er das auch weiß und genau erkennen kann, was hier Sache ist und was nicht. Ich ersuche auch die kleinen Fraktionen nachzudenken und diesem Antrag zuzustimmen. Ich glaube, daß das nicht unbedingt der Sachlichkeit dient wenn wir sagen, streichen wir dort ein bißchen etwas herunter und geben wir es dem Mutter-Kind-Zentrum. Da gibt es viele Einfälle, jeder hat Wünsche. Ich könnte auch sehr konstruktive Vorschläge bringen, daß wir Geld einsparen und für den Sport einsetzen. Also, da gibt es sicher eine Menge Ideen. Ich glaube, daß man das eine mit dem anderen nicht verbinden kann sondern, daß man jede einzelne Sache für sich selbst ausdiskutieren muß und dann auch dementsprechend Beschlüsse darüber fassen soll.

Vizebürgermeister

Leopold Tatzreiter:

Danke StR Bremm. Nächste ist GR Mag. Frech, bitte sehr.

Gemeinderätin

Mag. Michaela Frech:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Ja, ich möchte natürlich auch ein paar Worte zur Parteienfinanzierung, zum Populismus der FPÖ und zu Milchmädchen- bzw. zu Milchburschenrechnungen ausführen. Ich glaube, jedem von uns sollte bewußt sein, daß Demokratie Geld kostet. Die Frage dabei ist allerdings immer, wieviel und in welcher Verteilung. Worüber ich persönlich nicht glücklich bin ist, daß wir als Gemeinderäte oder Fraktionen selbst darüber entscheiden, wieviel wir an Fraktionsgeldern bekommen. Diese Regelung hat es auch früher bei den Bezügen gegeben. Da war es ja genauso, daß die Aufwandsentschädigung der Gemeinderat selbst beschlossen hat, nämlich die Höhe, wie viel er als GR-Mandatar als Aufwandsentschädigung bekommt. Inzwischen ist das durch die neue Bezügeregelung des Landes nicht mehr so. Im Bereich der Fraktionsgelder ist es leider immer noch so, daß wir darüber entscheiden, was uns zusteht und was nicht. Diese Situation halte ich nicht für eine gute Ausgangslage, weil sie, und das haben wir jetzt in der Diskussion gesehen, zu vielerlei Arten von Populismus und Milchmädchenrechnungen führt. Ich denke mir, der Fehler in dieser Geschichte ist im Voranschlag 1996 passiert, wo man diese 20%-Regelung gemacht hat, diese 20%-Kürzung. Unter anderem vermute ich einmal auf die GR-Wahl bzw. Landtagswahl im Jahr 1997.

Vizebürgermeister

Dr. Leopold Pfeil:

Da haben wir wirklich kein Geld gehabt.

Gemeinderätin

Mag. Michaela Frech:

Gut, aber aus dieser Geschichte herauszukommen ist natürlich schwierig, weil alles was man dann tut im Prinzip als Erhöhung gesehen wird und nicht als eigentlich zurückzukehren zum alten Stand. Wenn allerdings der Herr Vizebürgermeister Pfeil davon spricht, daß jeder Gemeinderat dem Steuerzahler gleich viel wert sein sollte, so klingt das auf den ersten Blick ja wunderbar. Nur, dann würde ich auch sagen, er soll auch gleichviel leisten. Dann führen wir auch einmal einen Leistungsbezug ein, dann wird es vielleicht schon anders aussehen.

Ich glaube, es ist auch unleugbare Tatsache, man kann natürlich Zahlen, sie haben es ja heute gebracht, immer wieder verwenden wie man sie haben will. Nach der Rechnung die sie uns heute gebracht haben, daß die SPÖ pro Gemeinderat dem Steuerzahler am billigsten kommt und das Liberale Forum, als 1-Frau-Fraktion, am teuersten. Na ja gut, wenn sie so rechnen, dann müßten wir uns eigentlich wünschen, daß es bei der nächsten GR-Wahl nur mehr die SPÖ gibt, weil dann haben wir nur mehr einen einzigen Sockelbetrag.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

Gemeinderätin

Mag. Michaela Frech:

Dann haben wir allerdings eine Alleinherrschaft. Nach ihrer Logik wäre die Alleinherrschaft das Billigste.

Gelächter

Diskussion verschiedener Mandatare

Gemeinderätin

Mag. Michaela Frech:

Sie haben damit angefangen Herr Dr. Pfeil. Sie reden von Polemik ...

Diskussion zwischen Vzbgm. Dr. Pfeil und GR Mag. Frech

Gemeinderätin

Mag. Michaela Frech:

Herr Vizebürgermeister könnten sie bitte um Disziplin beim Herrn Vizebürgermeister sorgen. Ich bin am Wort.

Ordnungsruf

Gemeinderätin

Mag. Michaela Frech:

Sie haben mit dieser Rechnung begonnen, daß die größten Fraktionen umgerechnet pro GR-Mandat am billigsten kommen und ich habe jetzt nur die Rechnung weiter geführt. Hätte wir nur 36 SPÖ Gemeinderäte, hätten wir nur einen einzigen Sockelbetrag und dann wäre das für den Steuerzahler letztlich am billigsten. Die Alleinherrschaft würde am billigsten und die Demokratie am teuersten kommen. Wenn das ihr Zugang zur Demokratie ist, er mag ihnen nicht genommen werden, aber ich denke mir, man sollte das auf einer sachlichen Grundlage behandeln.

Noch ein Punkt. Wenn sie schon damit kommen, daß das Liberale Forum oder die Grünen so viel kosten, dann möchte ich schon festhalten, daß das Liberale Forum von allen Fraktionen am wenigsten kostet und die ÖVP genau so viel bekommt wie zwei Fraktionen LIF und GAL zusammen. Das sollte man schon auch einmal festhalten.

Stadtrat

Gunter Mayrhofer:

Das sind ja doppelt so viel.

Gelächter

Gemeinderätin

Mag. Michaela Frech:

Jetzt komme ich zum Punkt. Worum geht es eigentlich bei dieser sog. Parteien- oder Fraktionsfinanzierung? Es geht um Öffentlichkeitsarbeit, es geht um Sekretariatsaufgaben. Ich glaube, jedem von ihnen muß klar sein, daß die Grundinfrastruktur unabhängig oder relativ unabhängig von der Größe der Fraktion ist. Eine Aussendung einer Zeitung beispielsweise an jeden Steyrer Haushalt kostet für die GAL genau so viel wie für das LIF oder die SPÖ, weil sie es an jeden Bewohner schicken muß. Also von da her, glaube ich, ist diese Rechnung welche die F da aufgestellt hat, ja, sie ist halt populistisch und schaut halt schön aus, aber im Prinzip bringt sie nicht sehr viel. Was ich auch etwas eigenartig finde, von ihnen Herr StR Eichhübl ist, daß sie so darauf beharren die 9-Personen-Fraktion muß natürlich um einiges mehr bekommen. Ich darf sie daran erinnern, daß die FPÖ bis zum Jahr 1991 als 1-Mann-Fraktion hier herinnen gesessen ist und ich wüßte gerne ihre Wortmeldung zum damaligen Zeitpunkt. Aber wie gesagt, die Zeiten ändern sich.

Was ich etwas eigenartig bei ihrem Abänderungsantrag finde, geschätzter Herr Vzbgm. Dr. Pfeil, das ist, sie wollen eine Halbierung des Sockelbetrages. Und zwar kommt dann nach ihrer Rechnung S 121.468,-- heraus. Auf diesen Betrag können sie aber nur gekommen sein, indem sie nicht den Sockelbetrag hergenommen haben der im letzten Jahr gegolten hat, nämlich die Kürzung dieser 20 %, sondern sie haben schon die Erhöhung vorweggenommen und haben diesen Sockelbetrag dann herangezogen. Im Endeffekt läuft es nur darauf hinaus Kleingeld zu kassieren, politisches Kleingeld zu kassieren, in Summe ungefähr wieder das Gleiche wie vorher zu bekommen, gut in der Öffentlichkeit dazustehen und die Kleinen ein bißchen zu schrumpfen, weil natürlich die Kleinen klarerweise durch diesen Sockelbetrag um einiges verlieren würden. Aber man kann es sich ja immer richten wie man es braucht.

Zwischenruf: Überhaupt wenn man in Opposition ist.

Gemeinderätin

Mag. Michaela Frech:

Sie haben sich noch nicht ganz entschieden wo sie stehen. Das müssen sie noch ausmachen ob Opposition oder Regierung.

Ich glaube, das Problem bei der ganzen Angelegenheit, und das ist der einzige Punkt wo ich Dr. Pfeil in der Diskussion Recht geben möchte, ist wirklich der, daß wir erst heute und hier, außer die Stadtsenatsmitglieder, die Möglichkeit haben, über dieses Thema überhaupt zu diskutieren. Ich glaube, daß hier heraußen auch der falsche Ort ist, das zu tun. Das hätte man in einem Gremium machen sollen, in der Fraktionsobleutekonferenz. Sie sagen zwar immer noch, Herr Dr. Pfeil, Fraktionsobmänner, aber es gibt jetzt auch eine Obfrau, um sie daran zu erinnern.

Gelächter

Gemeinderätin

Mag. Michaela Frech:

Sie haben immer gerne die Männer. Wir haben auch in keinem Ausschuß darüber gesprochen und ich glaube, daß es gut gewesen wäre, in einer sachlichen Atmosphäre über dieses Thema zu diskutieren. Da gebe ich also dem Dr. Pfeil und auch meinem Kollegen Kupfer durchaus Recht. Ich selbst habe mir auch überlegt, wie gehe ich jetzt damit um. Ich bin nicht glücklich darüber, das sage ich ihnen offen und ehrlich, daß wir jetzt da diese 20%-Kürzung aufheben, nämlich vor allem auch aufheben ohne vorherige Diskussion darüber und zusätzlich auch noch die Valorisierung in Anspruch nehmen. Glücklich bin ich darüber nicht. Ich habe mir nun überlegt, was ich dabei mache. Natürlich kann man politisches Kleingeld damit kassieren und man kann sehr populistisch bei diesem Thema agieren. Das wollte ich aber nicht. Jetzt gab es mehrere Varianten. Die eine Variante, einen Abänderungsantrag zu stellen und zu sagen, wir machen 1999 die gleiche Regelung wie 1998. Sprich, es ändert sich nichts, wir behalten die 20%-Kürzung bei, so wie im letzten Jahr, und es gibt auch keine Valorisierung. Die andere Variante wäre ein politischer Kompromiß, zu sagen, wir kürzen um 10 % statt der 20 % und verzichten auch auf die Anpassung an den Verbraucherpreisindex. Das wäre zumindest ein Signal,

daß wir nicht sofort diese 20%-Kürzung aufheben sondern zumindest noch 10 % weiter kürzen.

Dann könnte man natürlich eines tun und dazu bin ich eigentlich geneigt. Aufgrund dessen, daß wir vorher nicht darüber diskutiert haben, einen Antrag zur Geschäftsordnung zu stellen, lt. § 8 Abs. 2, nämlich die Zuweisung, Vorberatung dieses Themas an den zuständigen Ausschuß und Absetzung von der Tagesordnung, weil ich nicht glaube, daß gerade bei diesem sensiblen Thema und bei den Auswirkungen dieses Themas es sehr günstig ist wenn man jetzt einfach „husch Pfusch“ etwas macht und dann noch zwei Abänderungsanträge liegen hat.

Dann gibt es noch eine Möglichkeit und die klingt für mich etwas interessant. Sie ist vielleicht unüblich, aber vielleicht könnten wir das Ganze auch in die Eigenverantwortlichkeit von uns Politikern legen. Nämlich in die Eigenverantwortlichkeit, wie gehen wir mit diesem Geld um und vor allem Herr Dr. Pfeil, sie müssen es nicht nehmen. Sie können gerne darauf verzichten, setzen sie ein Signal. Aber nach dem Motto zu leben, sie weint oder er weint, aber er nimmt, das halte ich nicht für gut. Dann haben sie auch den Mut, wenn sie gegen diese Regelung stimmen, auf diesen Betrag zu verzichten. Ich denke mir, das ist eigentlich für mich ein dankbarer Weg. Die Auszahlung erfolgt ja nur auf Antrag, wie wir wissen, und jede Fraktion soll für sich selbst entscheiden, wie sie damit umgeht. Schöpft sie diesen Rahmen vollkommen aus oder nicht. Nimmt sie diese zusätzlichen 20 % für soziale Projekte, wie beispielsweise, die Grünen sagen für das Kinderschutzzentrum oder für ein anderes soziales Projekt oder läßt sie es überhaupt unangetastet oder führt es auf einen anderen Weg dem Steuerzahler wieder zu. Ich glaube, wir sollten das vielleicht auch, anlässlich der heutigen Situation, in die Eigenverantwortlichkeit der Fraktionen legen, wie sie damit umgehen. Sie können ja darauf verzichten, sie können den Antrag auf Auszahlung von 20 % weniger stellen, sie können natürlich auch den Antrag stellen, Herr Vzbgm. Pfeil, daß sie nur den halben Sockelbetrag bekommen. Ich denke mir, das wird wohl alles möglich sein. Wir verlangen immer von den anderen Eigenverantwortung, aber auch wir, als Politiker, sollten diesen Weg vielleicht gehen und wie gesagt, es zwingt sie niemand das zu nehmen.

Ich bin gegen diesen Abänderungsantrag der FPÖ, weil er einfach im Endeffekt eine Augenauswischerei ist. Darum möchte ich mich auch gar nicht näher damit befassen. Den Antrag der Grünen finde ich im Prinzip sehr positiv. Nur, ich halte auch wenig davon hier Parteienfinanzierung mit einem Sozialprojekt zu verquicken, weil natürlich dann wieder die Diskussion los geht, na ja, die einen hätten gerne das Kinderschutzzentrum, die anderen hätten vielleicht gerne die Kinderbetreuung und dann streiten wir wieder herum. Aber wie gesagt, dem könnte ich noch am ehesten nahetreten, aber vielleicht in einer anderen Form.

Mein Weg für heute wird einfach der sein, daß ich sage, legen wir das in die Eigenverantwortung von uns allen und schauen uns an, was in einem Jahr herausgekommen ist. Wer hat es ausgeschöpft, wer nicht, was hat derjenige damit gemacht. Dann kann das jeder nach seinem Gewissen entscheiden ohne hier jetzt irgendwelche Entscheidungen treffen zu müssen. Danke.

GR Martin Fiala trifft um 15.45 Uhr ein.

Vizebürgermeister

Leopold Tatzreiter:

Danke. Nächster ist zum zweiten Mal StR Eichhübl. Bitte.

Stadtrat

Roman Eichhübl:

Geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates. Wie ich jetzt entnommen habe, als ich herausgegangen bin, aufgrund einiger sehr leise gemachter Anmerkungen, daß sie sicherlich Verständnis dafür haben werden, daß ich mich ein zweites Mal zu dieser Thematik zu Wort melde. Deshalb, weil ich ja von meinen Vorrednern, einerseits meinem Kollegen Bremm und andererseits von der Frau Mag. Frech direkt angesprochen wurde bzw. auch die Freiheitliche GR-Fraktion. Ich darf gleich, die Frau Frech ist inzwischen hinausgegangen, dann werde ich vorher das beantworten, was Kollege Bremm in Richtung meiner Person gesagt hat und dann zur Kollegin Frech kommen, denn sie sollte schon hören, was ich ihr zu sagen habe.

Der Kollege Bremm hat sich hier herausgestellt und hat so als Übertitel seiner Wortmeldung gemeint, man sollte die Sachdiskussion in den Vordergrund stellen und nicht Polemik betreiben. Kollege Bremm, ich muß ganz offen sagen, daß ich von dir schon etwas enttäuscht bin, daß du heute hier her gehst und in einer öffentlichen GR-Sitzung mich deswegen angreifst, weil ich es vorgezogen habe, aufgrund der gesetzlichen Veränderungen, meine Tätigkeit als Stadtsenatsmitglied seit 1.8.1998 hauptberuflich auszuüben. Ich bin überrascht darüber. Es zwingt mich auch dazu dir schon einiges sehr deutlich zu sagen. Und zwar das eine, was deine Rechenkunststücke betrifft, weil du gemeint hast, ich habe ja gewartet darauf, weil ich habe ja als hauptberufliches Stadtsenatsmitglied unter dem Strich mehr bekomme, dann ist die Rechnung nicht ganz richtig, Kollege Bremm. Denn jeder wird sich ausrechnen können, daß ich mit dem Bezug in der Firma AVEG von etwa S 35.000,-- brutto und brutto der angehobenen Bezüge für nebenberufliche Stadträte doch etwas mehr unter dem Strich herausbekommen hätte, als mit dem Bezug, was ich jetzt als hauptberuflicher Stadtrat habe. Aber ich glaube, daß das eine ehrliche Lösung war und zwar deshalb, Kollege Bremm, und du kannst durchaus meinem Beispiel folgen, aber ich werde dir schon sage, warum du das nicht machst, wenn ich hergehe und, so wie es auch vorgesehen ist, daß man aufgrund dieser Formulierung beziehungsweise auf diese Anhebung der Bezüge, gemeint hat, daß die Stadtsenatsmitglieder in Linz, Wels und Steyr ihre Hauptberuflichkeit ausüben sollen, ich z. B. nur einen Arbeitsplatz freigemacht habe, auf den größten Teil meiner Abfertigung verzichtet habe und, wie gesagt, auch auf ein höheres Gesamteinkommen verzichtet habe. Aber wie gesagt Kollege Bremm, du bist gerne eingeladen, dasselbe zu tun. Ich sage dir, warum du das nicht machen wirst. Na, ist ja ganz klar. Du hast deinen Bezug in deiner Firma, der ja nicht so gering sein dürfte, ich meine, ich bin es dir nicht neidig, aber ich habe einmal gehört, so um die S 60.000,-- liegt der, dann bist du freigestellter Betriebsrat und hast natürlich die Möglichkeit dann Tätigkeit als Stadtsenatsmitglied so locker nebenbei zu machen, hast dort S 55.000,-- dafür und dann bist du noch im Kammervorstand, wo man ja auch, glaube ich, eine Entschädigung im Monat bekommt, die wird auch so zwischen S 15.000,-- und S 17.000,-- liegen.

Vizebürgermeister

Leopold Tatzreiter:

Es geht aber nicht um das Einkommen der einzelnen Personen hier herinnen, es geht um die Schulungsgelder.

Stadtrat

Roman Eichhübl:

Herr Kollege Vizebürgermeister Tatzreiter, ich sage nochmals, ich hätte nicht mit der Diskussion begonnen, aber ich lasse mir diese Unterstellungen in einer öffentlichen GR-Sitzung, auch vom Fraktionsvorsitzenden der stärksten Rathausfraktion, nicht sagen. Wie gesagt, du bist gerne eingeladen, dieselbe Vorgangsweise wie ich zu wählen. Ich hoffe, du wirst es dir in Zukunft überlegen, derartige Äußerungen in Richtung meiner Person zu machen.

Frau Kollegin Frech, sie erlauben mir, daß ich ihre vorbereitete Rede, die an sich sehr gut geklungen hat, doch etwas zerzause. Die Frisur möchte ich nicht zerzausen, weil sie sitzen so hübsch dort mir gegenüber. Aber ich darf ihnen doch eines sehr klar und deutlich sagen Frau Kollegin Frech. Ich bin nach wie vor auch derjenige, der größtes Verständnis für eine kleine Fraktion hat. Schließlich haben sie auch hier angeführt, daß ich alleine, so wie sie in diesem Gemeinderat, sechs Jahre tätig war und zwar von 1985 bis 1991, damals hat es keine Parteienfinanzierung gegeben. Die ist erst später eingeführt worden. Aber ich bin auch nicht derjenige, der in die Richtung geht, daß aus diesem Grunde, jetzt und in der Zukunft, kleine Fraktionen nicht finanziell unterstützt werden sollen, aber ich glaube, daß da doch das Augenmaß nicht verloren gehen sollte. Wenn sie meinen Frau Kollegin Frech, daß die freiheitliche GR-Fraktion den Wahrheitsbeweis antreten soll oder unser Herr Vizebürgermeister, im Bezug auf die jetzt von uns angestrebte Reduzierung, dann darf ich ihnen ebenfalls sagen, daß wir Freiheitliche bereits einen Abänderungsantrag in ähnlicher Form, vor einigen Jahren, hier in diesem Gemeinderat eingebracht haben. Der wurde ebenfalls abgelehnt. Wir, die freiheitliche GR-Fraktion, waren überhaupt die Ersten und Einzigen, die S 100.000,--, um den Betrag ist es nämlich gegangen, in eine Arbeitsstiftung eingebracht haben. Sie brauchen uns also nicht daran erinnern, daß wir den Wahrheitsbeweis antreten sollen. Ich glaube daher, daß auch sie unserem Antrag, aufgrund dieser Darstellung, durchaus beitreten könnten, was sie aber sicherlich nicht machen werden. Darüber bin ich mir völlig im Klaren. Ich danke ihnen.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

Vizebürgermeister

Leopold Tatzreiter:

Stadtrat Mayrhofer bitte.

Stadtrat

Gunter Mayrhofer:

Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren. Ich glaube, daß es besser wird, wenn wir wieder zum Ausgangspunkt zurückkommen. Im Ausgangspunkt geht es um den Antrag, wie werden Parteien finanziert. Ich muß hier dem Vzbgm. Dr. Pfeil wirklich widersprechen. Still und heimlich wurde nichts erhöht. Oder ist es vielleicht möglich, daß sie im Budget nicht bemerkt haben, daß diese Position erhöht wurde oder nicht sondern auf die ursprüngliche vereinbarte Höhe wieder angepasst wurde? Oder hängt es vielleicht damit zusammen, daß man gesagt hat, beschlossen wird es eh und wir spielen halt hier eine populistische Karte aus, holen uns eine Zeitungsmeldung heraus und hoffentlich bitte fallen die anderen nicht um, sodaß wir das Geld auch wirklich bekommen? Den Abänderungsantrag den sie vorgelegt haben, wenn sie wirklich Interesse gehabt hätten, daß die anderen Fraktionen zustimmen, dann glaube ich, hätten sie ihn vorher mit den anderen Parteien akkordiert. Die Ernsthaftigkeit dieses Abänderungsantrages sieht man daran, daß sie ihn jetzt

verteilen lassen haben.

Die Frau Kollegin Frech hat gesagt, daß eine Kürzung erfolgt ist. Ich möchte nochmals richtig stellen. Es hat eine Kreditsperre gegeben und nicht nur für diese Parteienfinanzierung sondern Sehrwohl quer durch das gesamte Budget. Das war notwendig und richtig, weil die finanzielle Situation der Stadt mehr als angespannt war. In den vergangenen zwei Jahren wurden schrittweise die Kreditsperren aufgehoben und als letzte Kreditsperre ist diese Parteienfinanzierung aufgehoben worden. Sie haben richtig gesagt, Demokratie kostet Geld. Wir bekennen uns dazu. Ich glaube, daß eine Finanzierung aus öffentlichen Mitteln mit Sicherheit der richtige Weg ist. Verdeckte Finanzierungen von Parteien über Interessensgruppierungen, über Wirtschaftsvereine, über Wohnungsgenossenschaften, ich glaube, diese Schlagzeilen haben wir im abgelaufenen Jahr genug mitbekommen. Ich möchte nicht, daß so etwas auflebt. Wir bekennen uns zu einer Finanzierung der Parteien aus öffentlichen Mitteln. Wir bekennen uns auch zu dieser Höhe. Wir werden bis auf den letzten Schilling nachweisen, was wir damit gemacht haben. Es steht jeder Fraktion bitte frei, diese Mittel in Anspruch zu nehmen oder nicht. Aber hier die Populismuskarte zu spielen, das finde ich sehr, sehr billig. Danke.

Vizebürgermeister

Leopold Tatzreiter:

Danke. Als nächste hat sich GR Koppensteiner gemeldet. Bitte.

Gemeinderätin

Maria Koppensteiner:

Wertes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen. Nach genauem Lesen dieses Abänderungsantrages der F kann ich dem nicht zustimmen, weil ich Verständnisschwierigkeiten haben. Entweder die F hat finanzielle Probleme, um bereits Anträge zedieren zu lassen, denn ich habe das Wort zedieren persönlich immer nur im Zusammenhang mit Banken, Geld zedieren lassen, vielleicht auch Immobilien, nicht aber mit Anträgen zedieren lassen und möglicherweise ist die letzte, also die im Jahre 1998 durchgeführte Rechtschreibreform, habe ich mitbekommen, vielleicht hat es eine neue Rechtschreibreform gegeben, genauso mit der Verwechslung aus dem in Verhandlung, glaube ich, machen wir aus dem 3. Fall einen 2. Danke.

Vizebürgermeister

Leopold Tatzreiter:

Danke schön. Weitere Wortmeldungen? GR Hauser.

Gemeinderat

Wilhelm Hauser:

Geschätztes Präsidium, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste und

Vertreter der Presse. Also, ich weiß nicht, ich habe mir immer eingebildet, daß ich den Antrag gelesen habe und es wird ständig von Parteienfinanzierung gesprochen und ich lese nur etwas von Schulungsgeldern und Geldern für Fraktionen die für die Aufgaben von Sekretariatstätigkeiten bzw. von Information verwendet werden sollen. Ich persönlich verwehre mich dagegen, daß wir von Parteienfinanzierung sprechen. Das zweite, was ich dazu sagen möchte ist, daß ich halt schon ein Anhänger des demokratischen Prinzips bin und mir es von Herzen wichtig ist, daß diese Tätigkeiten, die gerade hier angesprochen werden, für alle Fraktionen möglich sind. Egal wie groß sie sind. Daher kann ich einer Halbierung eines Grundbetrages oder Sockelbetrages, wie immer man den nennen will, absolut nicht zustimmen.

Dir, Roman, möchte ich schon eines dazu sagen. Wenn du z. B. von der Informationstätigkeit für die kleinen Fraktionen sprichst bzw., daß sozusagen die größeren Fraktionen mehr Arbeit haben und du sagst, ich habe es mir extra aufgeschrieben, daß die Grünen und das Liberale Forum weniger Informationstätigkeit hätten, für die paar Leute unter Führungszeichen, die sie gewählt haben, dann muß ich dir sagen, also, ich kann mich nicht erinnern, daß die SPÖ z. B. jemals etwas ausgeschickt hätte wo sie gesagt hätte, das dürfen nur die lesen, die sie gewählt haben. Das möchte ich auch hier sagen, daß es einfach nicht so geht, daß man sagt, man schickt nur denen oder informiert nur die, die sie gewählt haben. Im Gegenteil, alle nützen wir unser Recht dazu eine öffentliche und ordentliche Information zu tun.

Jetzt ist hier permanent gegengerechnet worden z. B. unter anderem sind hier die Dinge aufgeführt worden wie Gebührenerhöhung udgl. mehr bzw. Politikergehälter und weiß ich was. Wenn ich also hier ständig gegenrechne was hier sozusagen bestimmt, erhöht, nicht erhöht oder sonstiges wird, dann müßte ich theoretisch auch hergehen und konsequent z. B. die Haltung jener prüfen, die beim Budget nicht mitstimmen, weil die gehen nämlich auch hinaus und sagen, was haben wir denn nicht alles im abgelaufenen Jahr getan. Wenn sie mitgestimmt hätten, dann hätten sie es nämlich auch getan. So, bin ich der Meinung, daß sie eigentlich nur die Nutznießer derer waren, welche die Verantwortung in dieser Stadt übernommen haben, daß das Positive geschehen konnte und im Prinzip muß ich dazu sagen, alle, die beim Budget nicht mitgestimmt haben, dürften eigentlich auch nicht sagen, daß sie etwas getan haben. Danke.

Vizebürgermeister

Leopold Tatzreiter:

Danke. Weitere Wortmeldungen? Dr. Pfeil. Bitte sehr.

Vizebürgermeister

Dr. Leopold Pfeil:

Ich bedanke mich beim Kollegen Hauser für den ersten Teil seiner Wortmeldung. Ich hätte es am Abschluß dieser Diskussion natürlich auch noch gebracht. Es wird hier tatsächlich Parteienfinanzierung und Fraktionsfinanzierung verwechselt und die Sinnhaftigkeit bzw. der Hintergrund dieser Finanzierung von Fraktionen im Steyrer Gemeinderat. Da sollen keine Parteien sondern Fraktionen finanziert werden. Die Arbeit der Fraktionen der im Gemeinderat vertretenen Parteien soll hier ermöglicht werden. Eines möchte ich, Herr GR Hauser, hier nicht so im Raum stehen lassen über Verantwortung übernehmen und man kann nicht so sagen, weil es bei uns ja keine getrennte Abstimmungsmöglichkeit gibt. Ich kann nicht einen Persilschein für ein gesamtes Budget geben und dann sagen, ich übernehme politische Verantwortung, ansonsten kann ich überhaupt nichts mehr mitbestimmen in dieser Stadt. So kann es ja bitte schön nicht gehen. Ich bin schon sehr der

Meinung, daß man Punkt für Punkt auswählen soll, soll ich hier dem Antrag zustimmen oder nicht.

Warum ich mich aber zum Ende der Debatte nochmals zu Wort gemeldet habe ist, ich habe von niemanden, hier von den Debattenrednern, eine Antwort bekommen warum das nicht in irgendeiner Form, in irgendeinem Gremium vorab diskutiert worden wäre. Im Stadtsenat wurde sehrwohl darüber diskutiert, da lag ja der Antrag da, da haben wir auch eine dementsprechende Meinung dazu abgegeben, wir haben auch dementsprechend argumentiert, so wie wir heute argumentiert haben, das ist ja nichts Neues. D.h. unser Standpunkt war von der ersten offiziellen Besprechung ganz klar. Es gab aber keine Reaktion auf eine Einladung zu einem weiteren Gespräch oder zu einem Vorgespräch. D.h. da unterstelle ich schon, daß sich hier zwei Parteien zusammengetan haben, fahren wir über alle anderen darüber und sie werden die Kröte schon schlucken. Danke.

Vizebürgermeister

Leopold Tatzreiter:

Zu Wort gemeldet hat sich Frau GR Mag. Frech zum 2. Mal. Dann kommt die GR Großalber. Bitte.

Gemeinderätin

Mag. Michaela Frech:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Presse. Ja, ich glaube, der Herr StR Mayrhofer hat auch einen sehr guten Argumentationspunkt in die Debatte eingebracht, nämlich den Punkt, mir ist es immer noch lieber es gibt eine transparente Finanzierung der Fraktionen als sie erfolgt über irgendwelche Hinterkanäle, die zum Teil dann dubios werden, eben über Interessensvertretungen über Lobbying, wodurch dann Entscheidungen des Gemeinderates aufgrund von finanziellen Unterstützungen in Richtung Korruption, es geht im Endeffekt um nichts anderes, gelenkt werden. Dagegen möchte ich mich aussprechen. Demokratie kostet Geld. Das sollte uns allen bewußt werden. Alleinherrschaft wäre vielleicht auf den ersten Blick, zumindest was die Finanzierung von Fraktionen anbelangt, günstiger. In der Folge wahrscheinlich weniger, weil die Kontrolle durch die Opposition ganz einfach fehlt. Ja, ich tu mir in diesem Punkt wirklich sehr hart und ich möchte daher einen Abänderungsantrag zu diesem Tagesordnungspunkt bringen und zwar jenen, den Tagesordnungspunkt abzusetzen. Es ist im Endeffekt kein Abänderungsantrag sondern ein Antrag zur Geschäftsordnung gemäß § 8, Abs. 2 h) und j), nämlich die Absetzung dieses Tagesordnungspunktes aus der heutigen Sitzung und Zuweisung zur Vorberatung an den zuständigen Ausschuß bzw. an die Fraktionsobleutekonferenz. Sollte diesem Antrag nicht die Zustimmung erteilt werden, so werde ich es, zumindest für das Liberale Forum, so halten, über diesen zusätzlichen Betrag so zu entscheiden, daß er wieder dem Steuerzahler zugute kommt, in Form der Finanzierung von sozialen oder kulturellen Projekten und nicht für andere Tätigkeiten verwendet werden soll. Danke.

Vizebürgermeister

Leopold Tatzreiter:

Danke. GR Großalber bitte.

Diskussion verschiedener Mandatare wegen Antrag auf Absetzung des Tagesordnungspunktes 3).

Vizebürgermeister

Leopold Tatzreiter:

Wer hat jetzt eine Wortmeldung? Eine pro Fraktion. So ist es. SPÖ nicht. FPÖ? Gut.

Vizebürgermeister

Dr. Leopold Pfeil:

Nachdem wir uns jetzt über die Geschäftsordnung einig sind, § 8, steht ganz klar, daß der Redner nicht unterbrochen werden darf, sondern der nächste Redner muß warten, bis die Geschäftsordnungsgeschichte erledigt ist. Das ist eine Möglichkeit, von den Möglichkeiten, die auch ich angesprochen habe. D.h., man vertagt diesen Tagesordnungspunkt und ich sehe auch die Notwendigkeit nicht ein. Ist für mich ein gangbarer Weg und ist durchaus von uns unterstützbar. Aber ich möchte es zuerst mit unserer Fraktion besprechen und beantrage daher auch eine Sitzungsunterbrechung von einer ¼ Stunde.

Vizebürgermeister

Leopold Tatzreiter:

So, jetzt müssen wir aber zuerst den einen fertig machen.

Diskussion verschiedener Mandatare

Vizebürgermeister

Leopold Tatzreiter:

So. Wer hat zum Antrag der Sitzungsunterbrechung eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Dann darf ich darüber abstimmen. Wer dafür ist, daß die Sitzung eine ¼ Stunde unterbrochen wird, möge ein Zeichen mit der Hand geben. 8 (FPÖ). Wer ist dagegen? Das ist die Mehrheit. Damit wird die Sitzung fortgesetzt.

Wir sind jetzt erst bei der Wortmeldung der FPÖ gewesen. Jetzt geht es noch um die Wortmeldung der anderen Fraktionen zum Antrag der Frau Mag. Frech. So, das ist die richtige Reihenfolge. ÖVP? Keine Wortmeldung. GAL? Auch keine Wortmeldung. Damit kommen wir zur Abstimmung. Wer ist für den Antrag des Liberalen Forums? 9 (FPÖ + LIF). Wer ist gegen den Antrag? SPÖ, ÖVP, GAL. Stimmenthaltung? Keine. Danke.

So, jetzt geht die Debatte wieder weiter. Jetzt bis du dran, Roswitha.

Gemeinderätin

Grossalber Roswitha:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, geschätzte Presse, liebe Gäste. So wichtig ist meine Wortmeldung nicht, aber ganz unter den Tisch fallen lassen möchte ich sie auch nicht, weil ich mich vorher ein bißchen geärgert habe. Ich denke mir, jede Fraktion kann bitte selber bestimmen, wieviel Geld sie verbraucht. Da steht, die Finanzierung gelangt nur über Antrag der jeweiligen GR-Fraktion zur Auszahlung. Wenn wirklich einige so darauf aus sind, daß das zuviel Geld ist, wie das die Freiheitlichen und die Grünen meinen, dann brauchen sie ja nicht das ganze Geld aufbrauchen und nächstes Jahr hätten sie z. B., nur als Anregung, ja die Möglichkeit, daß sie eine Kreditübertragung von ihren Betrag auf irgendetwas, was sie sich für das nächste Budget wünschen, machen. Oder? Und dann würde ich mich freuen...

Diskussion verschiedener Mandatäre

Gemeinderätin

Roswitha Grossalber :

... wenn ich das in der Presse lese, was ihr Gutes um das Geld gemacht habt. Danke.

Vizebürgermeister

Leopold Tatzreiter:

Danke. Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Schlußwort Frau Referentin.

Vizebürgermeisterin

Friederike Mach:

Ja, meine Damen und Herren, ich muß eines sagen. Wenn man jetzt so zugehört hat, in der Löwinger Bühne hätten sie mit uns ihre Freude. Es setzt sich jeder in Szene. Jeder sagt, ich will das Geld eh nicht, aber im Grunde genommen will jeder das Geld. Ich meine, es ist leicht, weil dann sagen sie, zwei Parteien tun sich zusammen, die haben dann die Mehrheit und wir bekommen es im Endeffekt eh alle. Irgendwo ist das wirklich populistisch. Jeder setzt sich in Szene. Ich zeige, daß ich es nicht haben will, aber die bösen Anderen wollen es haben. Ich meine, wenn ich heute Geld zur Parteienfinanzierung haben will, dann muß ich mich dazu bekennen. Wenn ich heute mit dem Geld arbeite und alles Geld kostet und, daß wir alle mit dem Geld arbeiten müssen und wir es brauchen, zu dem muß sich auch jeder bekennen. Aber, im Endeffekt hat ja jeder noch die Möglichkeit, nach der Abstimmung, eine Verzichtserklärung abzugeben und kann sagen, ich verzichte auf S 300.000,--. Das

nehmen wir dann zur Kenntnis und werden den Betrag dann auch nicht auszahlen. So einfach ist das. Dann muß ich sagen, dann nimmt er es wirklich ernst. Aber nur große Worte und Töne schlagen und sagen, die zwei Parteien sollen es beschließen und ich bin der Nutznießer, also, das finde ich nicht richtig.

Die Kürzung wegen der Wahl, da möchte ich schon sagen, daß das für alle eine Kreditsperre war und das Geld war notwendig für alle, daß wir diese Kreditsperre gemacht haben. Nicht nur bei den Sportvereinen sondern bei allen Einrichtungen und Organisationen, die Subventionen ausbezahlt bekommen haben. Vor zwei Jahren ist überall diese Kreditsperre weggefallen. Wir haben sie aber belassen. Wenn sich jemand mit dem Budget befaßt hat, dann hat er gesehen, daß 1997 ein Betrag für die Finanzierung der Fraktionen drinnen war, der viel geringer war als 1998 und 1999. Da war eine Erhöhung um S 500.000,--. Damals, bei der Budgetdebatte, wo man über alles reden kann, da hätte jeder schon sagen können: „Hallo, warum ist denn da mehr drinnen, was machen wir denn mit dem Geld?“ Das hat aber keiner gemacht. Jeder hat die Zustimmung erteilt und gesagt, ich nehme es so zur Kenntnis. Jetzt wird der Betrag zugewiesen, auf einmal heißt es: „Da ist mit uns nicht gesprochen worden.“ Niemand von den kleinen Parteien hat es erst jetzt erfahren. Ich habe es vom Herrn Kupfer schon in der Zeitung gelesen.

Gemeinderat

Andreas Kupfer:

Müssen wir wirklich jede Stelle im Budget lesen, daß man darauf kommt? Wenn das zwischen Schwarz und Rot ausgemacht ist, warum erfahren wir das nicht bei den Budgetverhandlungen?

Vizebürgermeisterin

Friederike Mach:

Bleiben sie bei der Wahrheit.

Gemeinderat

Andreas Kupfer:

Der Herr Mayrhofer hat gesagt, daß er es gewußt hat.

Diskussion verschiedener Mandatäre

Stadtrat

Gunter Mayrhofer:

Herr Kupfer, bitte sind sie ein bißchen vorsichtiger.

Vizebürgermeisterin

Friederike Mach:

Herr Kupfer, wissen sie, was ich ihnen jetzt sagen. Der Herr Mayrhofer wird sich mit der Kostenstelle befaßt haben. Darum hat er es gewußt. Ich muß sagen, daß überhaupt nichts ausgemacht war. Überhaupt nichts. Da können sie ruhig recht lieb den Herrn Pfeil ansehen, aber es war nichts ausgemacht.

Gelächter

Vizebürgermeisterin

Friederike Mach:

Das ist eine Vermutung gewesen. Ich würde sagen, daß wir diesen Antrag zur Abstimmung bringen. Die ganzen Zusatzanträge sind meines Erachtens nicht richtig ernst zu nehmen, sondern man macht sie, weil man hat ja gewußt, die anderen zwei Parteien, wie es immer so schon heißt, stimmen eh dagegen. Das stimmt nicht. Es hat zwischen diesen beiden Parteien keine Abstimmung gegeben. Wir haben auch vorher nicht die Abänderungsanträge gekannt. Also müssen wir das jetzt so zur Kenntnis nehmen. Ich glaube, daß jeder dann freiwillig verzichten kann. Er kann dann gleich, wenn die Abstimmung war, mitteilen, auf was er verzichtet.

Ich bitte nun um Abstimmung.

Vizebürgermeister

Leopold Tatzreiter:

Danke für das Schlußwort. Wir kommen nun zu den zwei Abänderungsanträgen. Der weitreichendere Antrag ist der von den Grünen. Ich würde bitten, daß wir den zuerst behandeln. Ich darf die Frage stellen, wer dem Antrag die Zustimmung gibt, der möge bitte ein Zeichen mit der Hand geben. 2 (GAL). Wer ist dagegen? SPÖ, ÖVP. Stimmenthaltung? 9 (FPÖ + LIF). Danke. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen nun zum Abänderungsantrag der FPÖ. Wer dem die Zustimmung gibt möge ein Zeichen mit der Hand geben. 8 (FPÖ). Wer ist dagegen? SPÖ, ÖVP, GAL, LIF. Wer enthält sich der Stimme? Niemand. Auch dieser Antrag ist mit Mehrheit abgelehnt.

Damit bleibt uns nur mehr der Hauptantrag. Wer diesem die Zustimmung gibt, möge ein Zeichen mit der Hand geben. SPÖ, ÖVP. Wer ist dagegen? 2 (GAL). Wer enthält sich der Stimme? 9 (FPÖ + LIF).

Somit ist dieser Antrag mit Mehrheit beschlossen.

Wir haben noch einen Punkt und dann werden wir eine Pause machen. Bitte Frau Referentin.

Vizebürgermeisterin

Friederike Mach:

In meinem letzten Antrag, meine sehr geehrten Damen und Herren, obwohl sie alle schon sehr unruhig sind, weil dieser Antrag wird auch wieder länger dauern, geht es um das Projekt „Ein Zug für Steyr“.

Fin-3/99

Styria Hotelbetriebsges.m.b.H., Eisenstraße 18, 4400 Steyr; Projekt "Ein Zug für Steyr"; Förderung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Finanzen vom 7. Januar 1999, wird der Styria Hotelbetriebsges.m.b.H., Eisenstraße 18, 4400 Steyr, zu den Anschaffungskosten für einen Bummelzug samt zwei Anhängern in der Höhe von ca. S 2 Mio. (exkl. MWSt.) ein nicht rückzahlbarer Einmalzuschuß in der Höhe von S 500.000,-- gewährt.

Zu diesem Zweck wird eine Kreditübertragung in der Höhe von S 500.000,-- von VASSt. 5/782000/756000 (Wirtschaftspolitische Maßnahmen/laufende Transferzahlungen an sonstige Unternehmen) auf VASSt. 5/782000/776010 (Wirtschaftspolitische Maßnahmen /Kapitaltransferzahlungen an sonstige Unternehmen) für das Rechnungsjahr 1998 genehmigt und dieser Betrag gleichzeitig freigegeben.

Es gibt dazu eine Verfügung und die möchte ich auch dem Gemeinderat vorlesen:

Beschlußausfertigung dem GB II mit dem Hinweis übermittelt, daß in der Sitzung des StS vom 14. 1. 1999 angeordnet wurde, sich mit der weiteren Vorgangsweise zur Einführung eines Bummelzuges mit den Stadtwerken und dem GB IV abzusprechen. Z. B. Haltestellen dieses Zuges, Fahrtrouten, vertragliche Bindung auf 5 Jahre, wobei bei vorhergehender Kündigung des Vertrages durch die Styria Hotelbetriebsges.m.b.H. der anteilige Restbetrag der Subvention an die Stadt zurückbezahlt werden muß.

Ich ersuche das zusätzlich zur Kenntnis zu nehmen, weil wir ja im StS darüber gesprochen haben, daß es nicht richtig ist, wenn wir diesen Betrag auf einmal ausbezahlen, ohne Sicherstellung für die Gemeinde und nach einem Jahr wird vielleicht der Zug eingestellt, dann würde die Gemeinde 500.000,-- Schilling gegeben haben. Ansonsten wird es pro Jahr mit S 100.000,-- berechnet. Sollte es früher eingestellt werden, muß dieser Betrag an die Stadt refundiert werden. Das wird vertraglich festgehalten werden. Zum späteren Zeitpunkt wird auch die Route mit den zuständige Stellen abgesprochen, sprich Stadtwerke usw.

Ich ersuche um Debatte bzw. um Zustimmung.

Vizebürgermeister

Leopold Tatzreiter:

Danke. Vorerst einmal bitte ich um ein bißchen mehr Aufmerksamkeit, nicht immer so durcheinander zu sprechen, damit man auch das Protokoll dann richtig entnehmen kann.

Ich bitte nun Herrn Dr. Pfeil ans Rednerpult.

Vizebürgermeister

Dr. Leopold Pfeil:

Sehr geehrte Damen und Herren. Auch das ist ein Antrag der im Stadtsenat vorgelegen hat, ohne daß irgendwo, irgendwann einmal mit den entsprechenden Damen und Herren die da beteiligt sind oder beteiligt sein sollen, gesprochen worden ist. Es war lediglich ein Antrag an den Stadtsenat der, sagen wir einmal so, sehr oberflächlich gehalten worden ist. Es steht ja nur von entsprechenden Entgelten und Förderungsstellungnahme usw. und auch von S 500.000,--, die als wirtschaftspolitische Maßnahme kommen und rückwirkend für das Jahr 1998 verrechnet werden soll. Ich verstehe hier auch die Eile, weil wenn man es noch 1998 budgetieren will, dann muß man das heute im GR bringen, entbindet aber nicht den politisch Verantwortlichen, bei so einer sensiblen Materie, die den Stadtplatz betrifft, die den Verkehrsreferenten direkt betrifft und wo auch die Stadtwerke massiv davon betroffen sind, daß man hier vorab einmal politisch abklärt und auch mit den Beamten abklärt, ob das möglich ist oder nicht.

Wir haben uns diesbezüglich auch im Stadtsenat etwas über die Vertraulichkeit von Berichten im StS gewundert, weil wir haben uns an die Vereinbarung bzw. Verpflichtung gehalten, daß StS-Berichte, wo vertraulich darauf steht, mindestens bis zur Stadtsenatssitzung auch so behandelt werden.

Nur, grundsätzlich ist so ein Bummelzug durchaus sehr zu begrüßen. Es ist sicherlich eine Touristenattraktion für Steyr, wenn er nicht gerade zu kitschig gemacht wird. D. h., man muß mit den Farben aufpassen. Wir haben gehört, daß sich auch schon Herr Dr. Kaiser eingeschaltet hat, daß eine bestimmte Farbgebung in schwarz/weiß, Entschuldigung in schwarz/grün kommen soll, die in etwa in das Stadtbild paßt. Aber, man muß natürlich und hier werden wir sicherlich noch ...

Diskussion verschiedener Mandatare

Ordnungsruf

Vizebürgermeister

Dr. Leopold Pfeil:

... intensive Gespräche führen, wie sollen die Routen dann im Detail aussehen. Ich kann mir nicht vorstellen, daß am Stadtplatz mehr als eine Haltestelle gemacht wird. Ich kann mir nicht vorstellen, daß am Stadtplatz eine Aufstellung des Zuges gemacht wird, das kann nur eine Haltestelle mit wenigen Minuten sein. Ich kann mir nicht vorstellen, daß dieser Zug auf Hauptverkehrsrouten fährt. Dieser Zug soll ja genehmigt werden nach dem Veranstaltungsgesetz. D. h., er wird mit Schrittgeschwindigkeit unterwegs sein. Es wird dann möglich sein diesen Zug, ich hoffe möglich sein, auch an Donnerstagen und Samstagen durch die Enge zu führen. Da muß man diskutieren darüber, wenn man das will. Aber das will man. Und gerade durch die Enge, auch wenn man in Schrittgeschwindigkeit fährt, da gehören einfach begleitende Maßnahmen. Und, dann kommt eben das schwierige Stück, Zwischenbrücken bis Bahnhof, wo dieser Bummelzug auch in Kollisionskurs mit unseren Städtischen Bussen kommt. Auch hier müssen Übereinkommen getroffen werden, daß es hier zu einem reibungslosen Ablauf kommt. Über die weiteren Förderungsmaßnahmen haben wir

auch im StS diesbezüglich die Bemerkung und den Antrag eingebracht, daß diese Touristenattraktion auf mindestens 5 Jahre währen soll. Jede Verkürzung dieser 5 Jahre soll mit einer aliquoten Rückzahlung dieser Förderung verbunden sein. Unter diesen Voraussetzungen können wir uns eine Zustimmung vorstellen. Ich habe das von der StS-Sitzung genau mitprotokolliert, handschriftlich, diese Abverfügung, die dann gemacht wurde, ist in etwa das, was wir ausgemacht haben. Aber ich möchte das noch einmal bekräftigen, diesen Wunsch, der für mich schon bindend ist, daß hier der Verkehrsreferent, die Stadtwerke der Stadt und die Verkehrsbetriebe einbezogen werden und die Mindestbetriebszeit auf 5 Jahre eben tatsächlich auch in einem GR-Beschluß protokolliert, mit einem Abänderungsantrag verbunden sein soll. Ich erlaube mir deshalb auch einen Abänderungsantrag diesbezüglich noch einmal den Vorsitzenden zu übergeben, mit diesen drei Punkten. Ich wünsche uns allen, weil hier noch die Diskussion gefehlt hat, eine fruchtbare Diskussion über diesen Bummelzug. Ich wünsche ihm viel Erfolg und, daß die Touristen ihn benutzen und, daß wir verkehrsmäßig mit ihm zurande kommen. Danke schön.

Abänderungsantrag

zum vorliegenden Antrag Nr. 4) Fin-3/99, der Verhandlungsgegenstände des Gemeinderates vom 21.1.1999.

Gemäß § 42, Pkt. 8 des StS in Verbindung mit § 9 der Geschäftsordnung des Gemeinderates wird folgender Abänderungsantrag zum in Behandlung befindlichen Sachantrag Nr. 4 gestellt:

Der Antrag soll unter Beifügung eines dritten Absatzes wie folgt abgeändert werden:

Die Auszahlung der genannten S 500.000,-- ist an folgende Bedingungen gebunden:

Das Einvernehmen mit dem Verkehrsreferenten ist herzustellen.

Das Einvernehmen mit den Verkehrsbetrieben ist herzustellen.

Die Mindestbetriebszeit dieser Touristenaktion ist 5 Jahre. Falls vorher der Betrieb eingestellt wird, sind die Fördergelder aliquot zurückzuzahlen.

Vizebürgermeister

Leopold Tatzreiter:

Ich danke dem Vizebürgermeister Dr. Pfeil. Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Hack. Bitte sehr.

Gemeinderat

Ing. Wolfgang Hack:

Geschätztes Präsidium, sehr geehrte Mitglieder des Gemeinderates, sehr geehrte Presse. Das ist ein echtes Wachküssen, wie die FPÖ das schon einmal angekündigt hat. Ich bin wirklich dafür das zu unterstützen, nur, es gefällt mir nicht, der Herr Dr. Pfeil sagt dann wieder, ich kann mir das nicht vorstellen, das nicht vorstellen und das nicht vorstellen. Ich glaube, man muß das wirklich mit ganzer Kraft unterstützen, solche Bestrebungen, die ja wirklich größtenteils aus einer Privatinitiative, aus

privater Hand und auch aus privater Geldtasche kommen, daß solche Aktivitäten das Stadtzentrum beleben. Busse raus, Leute raus, Autos raus, alles raus aus dem Stadtplatz. So ist ja momentan fast die Tendenz, die ich glaube ich zu bemerken. Vor der möchte ich wirklich ganz heftig warnen. Es freut mich, wenn es vorher schon geheißen hat, es ist ja doch ein neues Konzept, es wird angedacht ein neues Konzept der Stadtwerke, überhaupt die Erschließung des Stadtplatzes, und ich zähle dazu auch so einen Bummelzug. Warum soll er nicht nur von Touristen sondern auch anderen Verkehrsteilnehmern, die in die Stadt herein wollen, benützt werden. Ein eigener Bus, den man über den Stadtplatz leiten würden kostet ungefähr 1,8 Mio. Schilling, laut Stadtwerke, und das wäre sicher zu viel. Ich möchte vor einem warnen, daß die Diskussion „Bummelzug“ nicht so ausartet, wie sie damals bei der Christkindlwelt war. Ich meine, an sich eine Sache, die sich im Nachhinein als tolle Geschichte herausgestellt hat und ein voller Erfolg war. Im heurigen Jahr war es ein toller Erfolg und ich glaube auch, daß dieser Bummelzug ein toller Erfolg werden wird und wird uns in der Innenstadt, bitte nicht nur der Stadtplatz sondern wird zur Erschließung und Aufschließung und weiteren Verbesserung des Angebotes in der Innenstadt beitragen und ich kann das nur unterstützen. Danke.

Vizebürgermeister

Leopold Tatzreiter:

Ich danke auch. Zu Wort gemeldet ist GR Mag. Michaela Frech.

Gemeinderätin

Mag. Michaela Frech:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, geschätzte Presse. Ja, irgendwo fällt mir zu diesem Thema und zu diesem ganzen Antrag ein Motto frei nach Nestroy ein, nämlich „Einen Jux will man sich machen!“

Zwischenruf: Wer?

Gemeinderätin

Mag. Michaela Frech:

Der Stadtsenat in diesem Fall, der ja diese S 500.000,-- in der letzten Sitzung beschlossen hat und sofern ich weiß auch mit den Stimmen der FPÖ, auch wenn sie sich jetzt da kritisch zu Wort gemeldet haben. Es gab dazu einen einstimmigen Beschluß durch SPÖ, ÖVP und Freiheitliche. An sich wäre nichts gegen eine Privatinvestition zu sagen. Sofern jemand nicht Rechte Dritter verletzt soll er privat investieren soviel er will. Es hat uns allerdings dann zu beschäftigen, wenn das Ersuchen an die Stadt Steyr ergeht, und was auch im letzten StS beschlossen worden ist, dafür aus Steuergeldern S 500.000,-- auszuschütten und über eine halbe Million sollten wir uns doch unterhalten. Wir haben uns bisher nicht darüber unterhalten, genauso wie beim letzten Tagesordnungspunkt. Diese S 500.000,-- waren kein Thema in einer Fraktionsvorsitzendenkonferenz, sie waren kein Thema in einem Ausschuß. Sie mögen vielleicht Thema im Stadtsenat gewesen sein, kann ich nicht beurteilen, weil Liberale und Grüne sind da nicht vertreten. Jetzt auf einmal muß das alles sehr schnell gehen. Aus

den Akten, die ich mir sehr genau angesehen habe, gibt es einen handschriftlichen Vermerk, daß es noch im November eine Entscheidung geben sollte. D.h., es gab scheinbar schon länger Vorgespräche dazu, aber die anderen sind halt, wie immer und überall, hier darüber nicht informiert worden. Ich muß sagen, wir haben ja noch Glück, weil wenn ich mir das ursprüngliche Subventionsvorhaben ansehe, dann war es ja so, daß eigentlich der private Investor, in diesem Fall, jährlich S 600.000,-- für den laufenden Betrieb haben wollte. S 600.000,-- jährlich für den laufenden Betrieb von der Stadt Steyr. Das bei jährlichen Gesamtkosten, wo die Abschreibung schon dabei ist und wo auch schon die Investitionskosten berücksichtigt werden von 1,2 Millionen Schilling. Exakt S 1,243.110,--. D.h., die Beteiligung der Stadt in diesem Fall, und darum ist das Ganze nicht mehr so privat und darum hat es uns zu interessieren, wären rund 50 % gewesen. Scheinbar hat man sich das dann, seitens der Stadt, doch nicht getraut S 600.000,-- als jährliche Einzelförderung da auszuspucken sondern hat gesagt, einen einmaligen Zuschuß für die Investition von S 500.000,--. Die Gesamtinvestition beträgt 2 Millionen. D.h., 25 % zahlt die Stadt dazu. Das ist für mich schon eine Frage, die ich nicht ganz beantworten kann. Aber vielleicht können sie mir die Frage beantworten. Im Bereich der Wirtschaftsförderung zahlen wir normalerweise einen Zuschuß zu den Zinsen für den Kredit so in der Höhe von 2 bis 3 % Zinszuschuß. Wir machen es aber im Regelfall nicht, daß wir 25 % einer Investition fördern, außer es gibt berechtigte Gründe, daß die Stadt davon profitiert. Jetzt ist die Frage, was ja auch als Argument in diesem Amtsbericht aufgetaucht ist, daß damit ein Shuttledienst für die Stadt verbunden ist. Und zwar zwischen 7.30 und 10.00 Uhr, zwischen 12.00 und 14.00 Uhr und 16.00 und 18.30 Uhr könnten die Steyrer damit vom Stadtplatz zum Bahnhof bzw. vom Bahnhof zum Stadtplatz gelangen. Also, das ist für mich keine Alternative zu einem öffentlichen Verkehrsmittel, wenn es auf einige wenige Stunden beschränkt ist. Dazu muß ich sagen, daß ich selbst am Stadtplatz wohne. Übergang Stadtplatz/Enge. Wenn ich mir das vorstelle. Genau in der Zeit zwischen 7.30 und 10.00 Uhr und zwischen 16.00 und 18.30 Uhr ist da nämlich Ladezeit, da können sie in die Enge hineinfahren. Und das passiert auch. Da steht meistens ein LKW nach dem anderen und keiner kann an dem anderen vorbei. Und da wollen sie einen Bummelzug durchschicken? Da bin ich schon gespannt, wie sie das auf die Reihe bekommen. Das kann ich mir nicht vorstellen.

Die andere Möglichkeit über das Neutor zu fahren, kann ich mir genauso wenig vorstellen, weil damit behindern sie den gesamten Verkehr der aus dem Stadtplatz hinausfährt. Ob das jetzt die Taxis oder die verbliebenen Busse sind. Das kann ich mir ebenfalls nicht vorstellen. Vor allem haben sie dann auf diesem Weg, Neuschönauer Brücke/Bahnhof hinauf, es mit einem der meist befahrenen Straßen zu tun und ich kann mir nicht vorstellen, daß dort ein Zug herumtuckert und den gesamten Verkehr hinter sich aufhält.

Also, weder die Art der Beförderung noch der eingeschränkte Zeitraum, in dem diese Beförderung stattfinden soll dient meines Erachtens dazu, den Bummelzug als öffentliches Verkehrsmittel zu verwenden. Das kann er nicht sein. Was er sein kann ist eine Touristenattraktion. Da gebe ich den Betreibern Recht. Nur, da denke ich mir, privates Investment, der Gewinn bleibt beim privaten Investor, er soll auch die Kosten tragen. Und Tourismus ist mir herinnen, das werden sie bemerkt haben, immer ein Thema. Nur ich verstehe nicht, daß wir auf der einen Seite beim Tourismusverband immer noch auf diesen 1,4 Millionen Schilling kleben, ein bißchen erhöht haben wir es im letzten Jahr, aber dafür muß der Tourismusverband wieder zusätzliche Leistungen abdecken, d.h., im Prinzip war es ein Nullsummenspiel. Da sagen wir nicht, für touristische Maßnahmen eine halbe Million. Da betonieren wir eher ein. Aber für so ein Investment, 25 % zahlen wir sofort locker dazu. Und das, obwohl es vom verkehrsmäßigen her, und das hat der Herr Dr. Pfeil auch schon angesprochen, eigentlich nicht machbar sein wird, ohne andere zu behindern. Na klar können sie dann zu den Stadtplatzkaufleuten oder zu den Kaufleuten am Grünmarkt sagen, es dürfen halt die Lieferanten um diese Zeit nicht mehr kommen. Aber da wünsche ich ihnen viel Spaß.

Also, wie gesagt, für ein öffentliches Verkehrsmittel taugt das Ganze nicht. Dazu kommt auch, da werden sie mir sicher Recht geben, daß sich ein Steyrer da sicher nicht hineinsetzen wird. Das ist etwas für Touristen. Aber sie werden sich nicht, wenn sie es eilig haben, in diesen Bummelzug hineinsetzen und damit am Bahnhof fahren. Das nächste ist, es steht ja auch im Amtsbericht dezidiert drinnen, daß dafür ein Entgelt verlangt wird. D.h., sie müssen dann ja doppelt zahlen. Sie zahlen

einmal für die Busfahrkarte, um überhaupt in die Stadt hineinzukommen oder z. B. zum Bahnhof zu kommen und dann zahlen sie noch einmal für den Bummelzug. Also, wie gesagt, Summa summarum, öffentlicher Verkehr ist das nicht. Dieses Argument um zu Subventionen zu kommen, halte ich für nicht tauglich.

Das zweite Argument, das habe ich auch schon angesprochen, ist das Verkehrshindernis. Egal ob der Bummelzug über die Neuschönauer Brücke oder über die Enge fährt. Wie gesagt, wer einen solchen Bummelzug betreiben will, der soll es tun. Da kann man sagen, das ist kitschig oder nicht, aber ich denke mir, das hat die Politik nicht unbedingt zu beurteilen. Allerdings unter der Auflage, daß damit keine verkehrsmäßigen Zusatzbelastungen oder Behinderungen stehen. Das ist mir schon wichtig. Aber dafür eine halbe Million aus Steuergeldern und damit ein $\frac{1}{4}$ der Investitionssumme als Einzelförderung auszuschütten, ist meines Erachtens nicht der Weg, den wir in Steyr gehen sollten. Und zugleich zeigt mir diese ungewöhnlich hohe Einzelförderung, und da bin ich ihnen ja fast dankbar, daß so eine wieder einmal auf den Tisch liegt, daß es eigentlich bis heute keine klaren Subventionsrichtlinien gibt, was ist uns förderungswert und was nicht. Auf einmal sind es eine halbe Million Schilling bei einer Investitionssumme von 2 Millionen. Da ist uns das wert. Also, wie gesagt, alles in allem habe ich, wie ich zum ersten Mal davon gehört habe, wirklich geglaubt, einen Jux will man sich machen. Ich wurde eines Besseren belehrt. Der Jux wird zur Realität und wenn ich mir das Abstimmungsergebnis im Stadtsenat ansehe, dann werde ich ja sehen, daß das Ganze zu einer Umsetzung kommt.

Was sie angesprochen haben, Herr Dr. Pfeil, man wird sich das mit der Routenführung ansehen müssen, wenn sie sich den Akt wirklich angesehen haben, dann müßten sie wissen, daß es diesen Plan bereits gibt, über welche Routen der Zug geführt werden soll. Nur als technische Detail am Rande, ich bin kein Techniker, aber es steht, daß die Steigungsmöglichkeit maximal 13 % umfaßt und trotzdem der Bummelzug zum Schnallentor hinauffahren will und zum Schloß usw. Ich bin gespannt, wie er das schafft, aber das ist nur ein technisches Detail am Rande. Was ich nicht verstehe ist, für mich wären diese S 500.000,-- möglicherweise kein Thema, wenn wir absolut im Reichtum schwelgen, und nicht mehr wissen wohin mit dem Geld. Aber wenn ich im letzten Jahr erlebt habe, und das macht mich eigentlich wütend, daß für viele Dinge kein Geld da ist, daß für soziale Bereiche oft gespart werden muß, daß wir im Kulturbereich oft um S 10.000,-- oder S 20.000,-- im Kulturausschuß streiten, wenn ich mir das dann betrachte und hier mit einem Handstrich eine Million ausgegeben wird, dann denke ich mir, da stimmt etwas nicht zusammen und das paßt mir schlichtweg nicht.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

Vizebürgermeister

Leopold Tatzreiter:

Danke. Weiters zu Wort gemeldet ist StR Eichhübl.

Stadtrat

Roman Eichhübl:

Ich darf vorausschicken, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, geschätztes

Präsidium, daß ich diesem Projekt, ein Zug für Steyr, durchaus positiv gegenüber stehe. Allerdings tun sich auch für mich einige Fragen auf, wobei ich ähnlicherweise argumentieren möchte wie vor mir Dr. Pfeil. Es wäre sicherlich günstiger und auch im Interesse des Betreibers gewesen, wenn man verschiedene Fragen vorher abgeklärt hätte, nämlich bevor dieser Antrag in den Stadtsenat gelangt ist und in weiterer Folge heute hier im Gemeinderat zur Behandlung ansteht. Einige dieser Fragen sind ja bereits angeschnitten worden, auf die ich auch eingehen möchte. Es ist die Frage aufgetaucht, ob dieser Bummelzug ein Ersatz für das öffentliche Verkehrsmittel sein kann oder soll. Dem ist sicherlich nicht so. Ich glaube, daß niemand ernsthaft annehmen wird, daß diese Einführung, ein Zug für Steyr, dieser Bummelzug tatsächlich ein Ersatz für einen Bus sein kann; aufgrund der Bequemlichkeit im Bus, aufgrund einiger anderer Umstände, wie die Fahrgeschwindigkeit, und mehr. Daher, die logische Schlußfolgerung, wird das auch keine Konkurrenz zu den städtischen Verkehrsbetrieben sein. Allerdings eine Anmerkung, Herr Kollege Hack, möchte ich schon machen. Sie haben richtigerweise gesagt, daß der von ihnen geforderte Shuttledienst, Bahnhof/Stadtplatz, etwa 1,7 Millionen Schilling, sie haben glaube ich gesagt 1,8 Millionen Schilling, kosten wird. Das ist durchaus richtig. In dieser Größenordnung würde sich eine derartige Einführung tatsächlich bewegen. Mit dem Shuttledienst hat es allerdings insofern ein Problem, denn die Stadtrundfahrten und Sonderfahrten können nach einer Gewerbeberechtigung durchaus durchgeführt werden. Allerdings ein Shuttledienst, da gibt es sicherlich rechtliche Probleme im Zusammenhang des Landeskraftfahr liniengesetzes. Bitte, aber das ist wirklich nicht mein Problem und ich sehe da auch jetzt keinen Grund dafür dagegen aufzutreten. Für mich entscheidend, als Referent der Stadtwerke, ist natürlich die Abklärung vor Inbetriebnahme dieser Anlage bezüglich einer evt. Behinderung der städtischen Busse. Diese kann natürlich nur im Einklang mit der neuen Linienführung ausgedacht und auch dann tatsächlich durchgeführt werden. Ich glaube, z. B. um ihnen nur vor Augen zu führen, die Linie 4 und die Linie 8 angedacht, wobei es da tatsächlich Probleme geben wird, wobei die Linie 4 bekanntlicherweise die Linie Bahnhof/Tabor sein wird und die Linie 8 Bahnhof/Schlüsselmayrsiedlung/Reichenschwall und zurück, wobei die Linie 4 im 15-Minuten-Takt fährt und die Linie 8 im Abstand von 30 Minuten dort ihren Betrieb aufnehmen soll. Aber ich glaube, daß wir das auch durchaus positiv erledigen können und bin daher bereit, im Sinne der Einfügung die im Stadtsenat ausgemacht wurde und im Sinne des Abänderungsantrages oder Zusatzantrages der freiheitlichen GR-Fraktion, diesem Antrag auf Förderung von S 500.000,-- für ein Projekt, ein Zug für Steyr, die Zustimmung zu geben.

Vizebürgermeister

Leopold Tatzreiter:

Danke. Weiters zu Wort gemeldet ist GR Apfelthaler. Bitte.

Gemeinderat

Kurt Apfelthaler:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren im Gemeinderat. Irgendwie spürt man es schon, daß wir jetzt in Steyr zu einer Christkindlstadt geworden sind. 365 Tage im Jahr Christkindl, das wirkt sich in irgendeiner Art und Weise aus. Da kann es natürlich bei den vielen Geschenken die sozusagen verteilt werden, in dieser Stadt natürlich passieren, daß das Christkindl noch ein Geschenk im Sackerl hat und dieses Geschenk ist jetzt anscheinend offenkundig geworden. Geschenk insofern, einerseits für die Steyrer die halt dann mit dieser Bahn fahren werden, mit diesem Bummelzug, wie es im Amtsbericht heißt. Also, ich glaube eher Bummerln sollten lieber zu Fuß gehen. Ich glaube, daß das wahrscheinlich Bummelzug heißt. Ich denke mir, dieses Geschenk, dieses ganz besonders große Geschenk, bezieht sich nicht auf die Bahn, das ist eh das Magnet sein, sondern nämlich auf die

Förderung, die für diesen Zug sozusagen lukriert werden kann. Jetzt frage ich mich, diese technischen Probleme die da angesprochen worden sind, der Herr StR hat es eh schon erwähnt und seine Vorredner und -rednerinnen auch, wie denn das sein wird, wenn man durch die Enge durch muß etc. Ich denke mir, es wird alles dann einmal sekundär behandelt werden müssen. Was mich in erster Linie bei diesem Antrag interessiert hat ist, wie schaut denn das mit dieser Förderung aus? Wenn wir es als Gewerbeförderung betrachten und als solches betrachte ich es, weil es handelt sich da um einen Gewerbebetrieb. Sehen wir es einmal als Gewerbeförderung. Dann sehen wir uns einmal die Szenerie in unserer Stadt an, wie denn bei uns Gewerbe gefördert wird. Das ist ja hoch interessant. Ich habe mir das im Jahr 1998 detailliert herausgeschrieben. Ich habe mir 10 Gewerbebetriebe in Steyr herausgesucht und bin darauf gekommen, daß es immer nach diesen Kriterien, Gesamtinvestitionssumme geht. Dann geht es um die Förderung die in dem Jahr sozusagen ausgeschüttet wird, um die Laufzeit geht es und um die gesamte Förderung natürlich. Dann geht es natürlich auch um die Arbeitsplätze die diese Firmen zusätzlich erzeugen und wie hoch der Prozentsatz der Förderung, die da ausgeschüttet wird, ist. Dann kommt man darauf, daß im Jahr 1998 ca. 80 Millionen Gesamtinvestment war, von 10 verschiedenen Firmen. 80 Millionen ca. Davon sind im Jahr 1998 ca. S 300.000,-- ausbezahlt worden. Im Durchschnitt läuft so eine Förderung 5 Jahre und die Gesamtförderung, nach Ablauf von 5 Jahren, für diese 10 Firmen, beträgt ca. 1,3 Millionen Schilling. Dann schaut man sich einmal an in welchem Prozentsatz und in welcher Höhe die Firmen gefördert werden und dann kommt man darauf, daß es ca. 2 bis 3 % sind, die sie von der Gesamtsumme an Förderung seitens der Stadt bekommen. Jetzt sehen wir noch einmal an, was denn die Betreiberfirma Styria-Hotel-Betriebsgesellschaft aufgrund dieses Amtsberichtes bekommen soll. Dann kommt man darauf, daß für zwei Millionen eine Förderung von S 500.000,-- etc. mit 25 % des Gesamt Invest gefördert werden soll. So, und jetzt vergleicht man einmal, daß mit einem Gesamt Invest von ca. 80 Millionen 46 Arbeitsplätze gefördert werden und mit einem Gesamt Invest von 2 Millionen 2 Arbeitsplätze. Das heißt, die ganzen 10 Firmen haben das 20-fache an Arbeitsplätzen zusätzlich dazu gewonnen und in diesem Fall nur zwei. Wenn man sich ansieht, daß mit dieser Summe für die 10 Firmen, die haben ungefähr das 2 ½-fache der Förderung von einer Firma bekommen, nämlich 1,3 Millionen und die S 500.000,--. Dann ist mir irgendwie unklar, wie das Christkind solche Geschenke verteilen kann. Dann ist mir das unklar, wie so etwas sein kann, wenn man Wettbewerb, Gleichheit hier in Steyr haben will, wenn man nicht die Firmen, die ungleich höher investieren in Steyr, nicht mit so etwas vergrämen will, weil ich will nicht hier unterscheiden, ob der eine oder andere im Tourismus mehr oder weniger Arbeit leistet. Das will ich nicht, weil wenn sie betrachten, das 20-fache an Arbeitsplätzen ist ja auch nicht gerade wenig. Oder? Gegenüber von 2 und davon 25 % Förderung. Jetzt gehen wir her, da kommt eine Firma und sagt, bitte schön ich habe jetzt ein Invest von 5 Millionen, könnten sie mich nicht unterstützen, ich habe drei zusätzliche Arbeitsplätze, dann bekommt er im Schnitt 3 % Förderung. In diesem Fall 25 % Förderung. Ich vergönne es ja unter Umständen der Firma, wenn sie versucht, hier soviel wie möglich an Förderung von der Stadt zu bekommen. Das ist ja ganz klar, jeder probiert es. Aber dann sollten wir nicht ungleich handeln, denke ich mir. Da sollten wir nicht jene, die Jahre und Jahrzehnte hier schon arbeiten, mit

3 % abspeisen und manche, auch wenn sie nette Projekte haben, die vielleicht für die Bevölkerung ganz interessant sind, mit 25 %. Also, das ist mir ziemlich unklar wie das funktionieren mag.

Darum habe ich, aufgrund dieser Zahlen, die ich für das Jahr 1998 herausgelesen habe, einen Abänderungsantrag gestellt, den ich hiemit überreiche.

Abänderungsantrag

gemäß § 9 der Geschäftsordnung des GR der Stadt Steyr wird folgender Abänderungsantrag zum Antrag „Styria Hotelbetriebsges.m.b.H., Projekt „Ein Zug für Steyr“ gestellt.

In Abänderung des Amtsberichtes beantragt die Fraktion der Grünen - GAL Steyr:

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB für Finanzen vom 07. Jänner 1998, wird der Styria Hotelbetriebsges.m.b.H., Eisenstraße 18, 4400 Steyr, zu den Anschaffungskosten für einen Bummelzug samt 2 Anhängern in der Höhe von ca. 2 Mio. (exkl. MWSt.) ein Zuschuß von 1,8 % der Gesamtinvestitionssumme gewährt. Dies bedeutet eine Gewerbeförderung von insgesamt ca. öS 36.000,-- verteilt auf 5 Jahre.

Dann haben wir genau die gleichen Voraussetzungen wie der Herr Huber, der Herr Mayr etc. Genau die gleiche Gewerbeförderung die wir anderen Gewerbebetrieben auch liefern.

Zu diesem Zweck werden bei VSt. 5/782000/756000 Mittel in der Höhe von öS 7.000,-- für das Rechnungsjahr 1998 freigegeben.

Der verbleibende Rest der oben angeführten Summe (464.000,-- öS) wird für die Aufstockung der für 1999 veranschlagten Mittel für „Wirtschaftspolitische Maßnahmen/Kapitaltransferzahlungen an sonstige Unternehmen“ (VSt. 5/782000/756000) verwendet.

Um hier auch eine Chancengleichheit darzustellen. Es mag schon sein, meine Damen und Herren, daß wir in den letzten Jahren gut abgeschlossen haben. Gott sei Dank muß ich sagen. Wir haben gut gewirtschaftet und es mag sein, daß wir von Fall zu Fall die Mittel nicht im vollen Umfange ausgeschöpft haben. Aber trotz einer guten Entwicklung die wir in den letzten Jahren gehabt haben, haben wir bitte nichts zu verschenken. Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

Vizebürgermeister

Leopold Tatzreiter:

Danke. StR Mayrhofer ist jetzt am Wort.

Stadtrat

Gunter Mayrhofer:

Sehr geehrtes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich bin sehr froh, daß wir in Steyr nicht nur eine Gewerbeförderung sondern auch eine Wirtschaftsförderung, die an Gewerbebetriebe, Handelsbetriebe und auch natürlich auch an Industrieunternehmungen ausgeschüttet wird, haben. Genauso aus dem Zusammenhang ist auch die Schilderung mit den verschiedenen Förderungen des Kollegen Apfelthalers. Bei diesem Projekt geht es um mehr als nur ein Unternehmen zu fördern. Die Idee, ein Transportmittel für Stadtführungen und Stadtbesichtigungen zu bekommen, gibt es schon sehr lange. Gerade ich, als Tourismusreferent, bin mit dieser Idee auch schon des Längeren beschäftigt. Gescheitert ist es bisher immer an der Finanzierung. Weil wer glaubt, daß man so einen

Bummelzug kostendeckend führen kann, der täuscht sich. Mit dieser Art von Unternehmen wird man bitte schön keine Gewinne einfahren. Die Vorstellung, auch der Firma Styria, war ursprünglich eine andere. Nämlich eine Kostenbeteiligung bei den laufenden Kosten des Magistrates. Das ist aber wegen der Unkalkulierbarkeit abgelehnt worden. Wir sind uns aber sehr wohl bewußt, daß damit nicht nur zwei Arbeitsplätze geschaffen werden, Kollege Apfelthaler, sondern, daß der Tourismus immer eine sehr hohe Umweltrentabilität hat. Wenn wir eingangs die Zahlen aus den letzten Jahren gesehen haben, mit 10,8 % Nächtigungsplus, das zeigt, daß Investitionen im Tourismus sehr wohl Sinn geben und auch sehr viele Arbeitsplätze schaffen. Arbeitsplätze, und das wissen wir genau, die wahrscheinlich in der Zukunft aus dem Produktionsbereich abgebaut werden. D.h., wir müssen uns nach neuen Wirtschaftszweigen umsehen und hier bietet vor allem der Tourismus eine Möglichkeit das sehr stark zu intensivieren. Diese Förderung bezieht sich ausschließlich auf die Touristenattraktion. Ich kenne den Vorpreis nicht und weiß nicht, ob es eine Aktion wird, aber es wird ausschließlich hier auf diese Stadtrundfahrten bezogen. Nicht angesprochen mit der Förderung wird ein evt. Shuttledienst. Ein Shuttledienst wird von der Stadt nicht subventioniert und nicht gefördert und es müssen auch erst die Genehmigungen eingeholt und geschaut werden, ob das überhaupt wirtschaftlich zu führen ist. Für touristische Zwecke begrüße ich wirklich ganz ausdrücklich diese Attraktion. Der von den Freiheitlichen eingebrachte Abänderungsantrag ist in Grundzügen gut zu heißen. Wir werden jedoch gemeinsam mit der SP einen Abänderungsantrag hier vorbringen. Ich glaube, wir sollten nicht jetzt mit Kleinkariertem Denken wieder einen Chance, in dem Fall für den Tourismus, vertun sondern wir sollten eine möglichst einheitliche Zustimmung für diese Attraktion machen. Ich und meine Fraktion werden selbstverständlich für die Unterstützung für diesen Bummelzug eintreten und natürlich auch mitstimmen.

Vizebürgermeister

Leopold Tatzreiter:

Danke. Gibt es weitere Wortmeldungen? So, zuerst StR Bremm, dann Dr. Pfeil, GR Kupfer und Kollegin Frech.

Stadtrat

Gerhard Bremm:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich glaube, grundsätzlich ist dieser Entwicklung nur positives abzugewinnen. Gerade im Hinblick dessen, daß wir als Stadt Steyr auch immer stärker versuchen für die Touristen attraktiver zu sein. Da müssen wir uns halt auch nicht nur unseren schönen historischen alten Gebäuden, die wir haben, anpassen sondern auch den neuen des Tourismus. So ist es heute, so ist der Zeitgeist. Ich glaube, daß gerade so ein „Bummelzug“ sicherlich für die Attraktion dazu beitragen kann. Jeder, der irgendwo einmal auf Urlaub war und eine Stadtbesichtigung gemacht hat, hat sicherlich das auch positiv gesehen. Also, insgesamt sehr positiv hier die Kritik der Grünen. Ich glaube, daß man nicht immer alles mit allem vergleichen kann. Uns geht es auch darum, die Gefahren, die möglicherweise sind, ich persönlich sehe sie ja nicht in dem Ausmaß, aber ich habe es noch im Ohr, wenn wir bei diversen Diskussionen jammern, der Stadtplatz blutet aus, wir haben keine Autos mehr, wir haben keine Leute mehr, der Stadtplatz ist zuwenig attraktiv. Wenn dann Initiativen ergriffen werden, dann jammern wir auch wieder, daß das Geld kostet. Ich glaube, daß sich das in einem Rahmen bewegt, der für uns auf alle Fälle vertretbar und akzeptabel ist. Ich möchte zu dem Abänderungsantrag der Freiheitlichen grundsätzlich „ja“ sagen, das haben wir auch im Stadtsenat so besprochen. Ich stelle hier nur den Antrag, daß wir von der Formulierung eine Abänderung machen. Und zwar unter Pkt. 1), daß es in Absprache mit der Bezirksverwaltungsbehörde gehen muß. Das ist auch das zuständige Amt die ja die Bewilligung

erteilen muß. Der zuständige Referent sind natürlich sie, Herr Dr. Pfeil. Ich will da sie als Referent gar nicht infrage stellen, das sind sie sowieso gemäß Stadtsenatsgeschäftsordnung. Also, in Absprache mit dem GB IV, Bezirksverwaltungsbehörde und dem Pkt. 2) auch in Absprache mit den Verkehrsbetrieben.

Es ist da schon ein feiner Unterschied zwischen Absprache und Einvernehmen. Juristisch ist da ein Unterschied. Es ist ein ganz feiner Unterschied, aber ein nicht unbedeutender Unterschied lieber Roman. Aber grundsätzlich, wenn hier diese Abänderung des Abänderungsantrages gemacht wird, dann werden wir auch als Sozialdemokraten diesen Antrag unterstützen.

Ich überreiche dem Vorsitzenden den Abänderungsantrag mit den notwendigen Unterschriften.

Abänderungsantrag

zum vorliegenden Antrag Nr. 4) Fin-3/99, der Verhandlungsgegenstände des Gemeinderates vom 21.1.1999.

Gemäß § 42, Pkt. 8 des StS in Verbindung mit § 9 der Geschäftsordnung des Gemeinderates wird folgender Abänderungsantrag zum in Behandlung befindlichen Sachantrag Nr. 4 gestellt:

Der Antrag soll unter Beifügung eines dritten Absatzes wie folgt abgeändert werden:

Die Auszahlung der genannten S 500.000,-- ist an folgende Bedingungen gebunden:

In Absprache mit der Bezirksverwaltungsbehörde und dem Verkehrsreferenten.

In Absprache mit den Verkehrsbetrieben.

Die Mindestbetriebszeit dieser Touristenaktion ist 5 Jahre. Falls vorher der Betrieb eingestellt wird, sind die Fördergelder aliquot zurückzuzahlen.

Vizebürgermeister

Leopold Tatzreiter:

Danke. Dr. Pfeil bitte.

Vizebürgermeister

Dr. Leopold Pfeil:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen. Warum dauert die Sitzung heute so lange, warum hängen wir bei einem Tagesordnungspunkt, wo man eigentlich bei einer guten Sitzungsvorbereitung, das in 5 Minuten abhandeln könnte? Weil man sich eben nicht der Mühe unterzieht, und das hat man bei dem vorhergehenden Tagesordnungspunkt gesehen, ein Vorgespräch mit den Verantwortlichen hier rechtzeitig zu haben. Dann kommt man natürlich in die Bedrängnis, in Stadtsenatsproblematiken, wo wir ganz eindeutig das auch so gesagt haben, was wir auch heute sagen, wo sie als Mehrheitsfraktionsvertreter und auch Vertreter der ÖVP, zugestimmt haben. Wir

wollen es noch einmal im GR mit einem Abänderungsantrag oder Zusatzantrag. Ich meine, ihr zwei seid Juristen, habe ich jetzt gerade herausgesehen. Ob jetzt das eine Wort so ausgelegt werden kann oder nicht, das weiß ich nicht. Ich bin kein Jurist. Ob sie das als Abänderungsantrag oder Zusatzantrag sehen, das ist mir wurscht. Nur eines ist mir nicht wurscht, meine sehr verehrten Damen und Herren, man kann nicht auf Beamtenebene diskutieren, wo ein Bummelzug fährt oder nicht. Das ist eine zutiefst verkehrspolitische Entscheidung. Hier nicht den Verkehrsreferenten, der ja dann auch gefragt wird, ob er die Verantwortung übernimmt, wenn es in der Enge oder Zwischenbrücken nicht funktioniert, hier wird man sehrwohl verkehrspolitisch überlegen müssen, wo lasse ich den Bummelzug fahren, weil sonst kommt der wirklich auf die Idee, das kann ja dann durchaus sein, im Verkehrsrecht steht ja sonst nichts dagegen, daß der im ganzen Stadtgebiet herumkurvt und uns die Taborkreuzung oder hier die Dukartstraße mit dem Bummelzug beehrt. So kann es nicht sein. Ich habe auch nichts dagegen, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Zeit ist günstig, daß wir das ausführlich, und dann haben wir keinen Zeitverzug, nächsten Donnerstag im Verkehrsausschuß verkehrspolitisch abhandeln und dort zu einem Rahmenbeschluß kommen wo und unter welchen Bedingungen soll der Zug fahren. Da habe ich kein Problem damit. Nur, gegen diesen Abänderungsantrag zum Abänderungsantrag von Herrn Bremm, kann ich mich nicht anschließen, weil man eben diese Verantwortung nicht auf Beamte abschieben kann. Und die Stadtwerke deshalb, weil die wären ja nur sekundär betroffen, die müßten dann sagen wann die Routen stehen. Dann kommen die Stadtwerke als Beamte dazu, daß man dann klärt unter welchen Bedingungen fährt der Zug mit oder gegen den Zug. Ich warne sie davor jetzt hier nicht um des Kaisers Bart zu streiten, sondern wenn wir wirklich eine breite Zustimmung für diesen Zug haben wollen, dann stimmen sie dem zu, so wie wir es im Stadtsenat ausgemacht haben. Dann stimmen sie unserem Abänderungsantrag zu, dann haben wir auch eine breite Mehrheit für diesen Zug. Ansonsten möchte ich das nicht auf Beamtenebene abschieben. Ich danke ihnen und bin gerne bereit, das im Verkehrsausschuß breit zu diskutieren.

Vizebürgermeister

Leopold Tatzreiter:

Danke. Zu Wort gemeldet hat sich GR Kupfer.

Gemeinderat

Andreas Kupfer:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Gäste. Ich sage es zu Beginn ganz ehrlich. Mir ist es ziemlich egal, ob dieser Zug jetzt durch Steyr fährt und wo er fährt. Ich denke mir, das ist eine technische Frage, die unter Umständen wirklich auch im Zuge des Behördenverfahrens gelöst werden kann. Das ist für mich keine technische Frage, das ist lösbar und es wird schon irgendwie funktionieren. Ich bin zwar von dieser Idee nicht begeistert und ich kann auch dieses Argument, „touristisches Highlight“, nicht wirklich teilen. Das ist für mich eine ziemlich übliche Angelegenheit, die nicht so außergewöhnlich ist, daß jetzt, ich weiß nicht, irrsinnig viele Touristen nur wegen dem Bummelzug nach Steyr kommen werden. Das ist auch höchstwahrscheinlich gar nicht so gemeint, aber touristisches Highlight ist es sicher nicht. Der Kollege Apfelthaler hat es schon angeführt, das Problem ist die Wirtschaftsförderung. Kollege Apfelthaler hat Gewerbeförderung gesagt, das ist ein bißchen auf Unmut der SPÖ gestoßen. Auch wenn wir Wirtschaftsförderung dazu sagen, bin ich höchst überrascht über die Stellungnahme der ÖVP, der so genannten Wirtschaftspartei, die sonst so gerne ihre Wirtschaftskompetenzen hervorkehrt. Höchst überrascht, da wir in unserem Büro selten so viele Anrufe bekommen haben, wie zu diesem Punkt und selten so viele Anrufe von Unternehmern in Steyr, oder auch persönlich angesprochen worden sind, die sich über diese Wirtschaftsförderung

beklagt haben. Es gibt mehrere Begründungen. Das erste war das „touristische Highlight“, das hast du Wolfgang angesprochen, das kann man einmal so hinstellen. Die zweite Begründung ist, so steht es auch im ursprünglichen Antrag noch drinnen, daß dieser Zug eine Shuttlebusverbindung zwischen dem Stadtplatz und dem Bahnhof herstellen soll. Also, das ist das Kurioseste was im öffentlichen Verkehr, oder in der Diskussion über den öffentlichen Verkehr in Steyr, was ich bisher gehört habe. Dieser Bummelzug ist max. eine Tourismuseinrichtung, hat aber Null öffentliche Verkehrswirksamkeit und, und hier wird es ganz interessant, ist eigentlich ein böses Ablenkungsmanöver von den tatsächlichen Problemen, die wir beim öffentlichen Verkehr haben. Das fördert ihr auch ganz bewußt. Ihr, die euch immer eingesetzt habt, daß wir eine bessere Verbindung an den Stadtplatz schaffen und jetzt, wie gesagt, haben wir eh den Bummelzug, haben wir eh eine Verbindung und alles andere ist null und nichtig. Das stellt jegliches ehrliches Engagement von euch für den öffentlichen Verkehr hinten an.

Gemeinderat

Ing. Wolfgang Hack:

Absolut nicht.

Gemeinderat

Andreas Kupfer:

Das ist kein öffentliches Verkehrsmittel und auch kein Steyrer wird bei diesen Kosten, die geplant sind, nämlich das soll so zwischen S 10,-- und S 20,-- kosten, so dumm sein und S 10,-- bezahlen, daß er da einmal hin und her fahren kann oder sogar nur in eine Richtung. Aber das Interessante ist ja die Wirtschaftsförderung. Der Kollege Apfelthaler hat es schon angesprochen. Hier zeigt sich wieder einmal ganz klar, wie die ÖVP wirtschaftet. Nach dem Gießkannenprinzip und nach Lobbyismus. Ich will nur zwei Beispiele anführen. Der Kollege Apfelthaler hat es ja ein bißchen in Zahlen umschmückt. Ich kann zwei Beispiele bringen, wo sich Unternehmer bei uns gemeldet haben und da habe ich wirklich nur so geschaut. Da ist ein Unternehmen, ein sehr zukunftssträchtiger Bereich, ein Medienbereich, die haben 4 Millionen Schilling investiert, haben zwei zusätzliche Lehrplätze geschaffen und haben sage und schreibe S 5.000,-- von der Stadt Förderung bekommen.

Ein zweites Unternehmen, ein Metallverarbeitendes Unternehmen, über 20 Mitarbeiter in der Stadt, hat 5 Millionen investiert, international tätig, hat auf 5 Jahre S 80.000,-- bekommen. Sehr geehrte Damen und Herren, unter diesen Voraussetzungen kann ich einer Wirtschaftsförderung von S 500.000,-- für so ein Projekt nicht zustimmen.

Vizebürgermeister

Leopold Tatzreiter:

Danke. Nochmals zu Wort gemeldet ist GR Mag. Frech. Bitte.

Gemeinderätin

Mag. Michaela Frech:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Eines hat sich in dieser Debatte sehr stark herauskristallisiert. Wir haben wieder einmal, wie so häufig, das Pferd von hinten aufgezäumt. Wir haben zuerst einen Antrag für eine Förderung von einer halben Million liegen und danach machen wir uns Gedanken, geht das überhaupt von der verkehrsmäßigen Seite her, können wir dafür eine Bewilligung hergeben oder kann die Behörde das dann tun oder nicht. Welche Auswirkung hat das. Wird das den Verkehr behindern oder nicht. Meine Damen und Herren, das müssen wir doch bitte vorher abklären. Das muß doch völlig selbstverständlich sein, daß diese Fragen vorher geklärt sind und wenn man dann weiß, das funktioniert, dann kann man einen Subventionsantrag stellen. Aber doch nicht vorher. Also, das ist etwas, was ich niemals begreifen werde. Dem Antragstellenden Unternehmer möchte ich gar nicht den Schwarzen Peter unterschieben sondern, ich denke mir, so wie es auch meine Kollegen Kupfer und Apfelthaler gesagt haben, es ist legitim. Man muß es probieren. Zuerst hat man halt probiert 50 % für die laufenden Kosten zu bekommen, sprich S 600.000,-- von laufenden 1,2 Millionen, und zwar jedes Jahr. Na ja, das war ein bißchen viel, das ist nicht durchgegangen. Jetzt sind wir halt bei 25 % ...

Frau GR Mag. Michaela Frech konnte den fehlenden Teil nicht mehr rekonstruieren!

... mit S 500.000,-- ausgießen würden. Ich habe jetzt bewußt nicht den Wirtschaftsbereich angesprochen, weil ich habe mir diese Daten auch angesehen, was andere bei uns bekommen. Nur, da bin ich in der blöden Situation, dann müßte ich Firmennamen nennen und ich möchte mich nicht dem Verdacht aussetzen, für einzelne Unternehmen Lobbying zu betreiben. Deshalb habe ich es auf andere Bereiche verlagert. Stellen sie sich einmal vor was man mit S 500.000,-- machen hätte können. Projekte, die im letzten Jahr durchaus diskutiert worden sind und die eigentlich sehr einstimmig sein könnten. Da gibt es einmal den Bereich der Kinder. Da haben wir immer wieder das Problem mit unseren Kinderspielflächen. Die sind zum Teil ziemlich veraltet. Auch im Bereich der Kinderbetreuung gibt es private Betreuungseinrichtungen, die immer wieder unter Geldmangel leiden. Dafür wären S 500.000,-- durchaus geeignet gewesen. Dann kann ich mich erinnern, das ist noch gar nicht lange her, noch immer in Diskussion, eine Jugendstudie für Steyr, wo sich eigentlich die meisten Fraktionen bisher positiv geäußert haben. Aber das würde ungefähr S 100.000,-- bis max. S 200.000,-- kosten. Das Geld haben wir nicht. Für Planung unserer Jugendarbeit, um überhaupt einmal zu erheben, welche Bedürfnisse haben die Jugendlichen, welche Wünsche haben sie. Wie können wir im Bereich der Prävention tätig werden. Die S 200.000,-- oder S 100.000,-- haben wir nicht. Wären drinnen gewesen. Was haben wir noch? Bereich Kultur. Wenn ich mir ansehe, daß wir nächste Woche, und ich bin schon sehr gespannt am Montag, Kulturausschuß haben, und das AKKU im Voranschlag wieder mit S 70.000,-- drinnen ist, dann hoffe ich zumindest, daß wir diesen zusätzlichen Budgettopf, der dazugekommen ist, von ungefähr S 600.000,--, zu einem großen Teil auf das AKKU aufteilen. Allerdings, bis jetzt weiß ich nichts davon. Mit S 70.000,-- stehen sie drinnen und es gibt noch andere Kulturvereine, für die das auch zutrifft. Dann fällt mir noch etwas Wichtiges ein. Das wäre etwas, was auch eine Umwegrentabilität hat, was auch etwas für das Image der Stadt Steyr ist. Das wäre ein Literaturpreis. Ich weiß schon, im Jahr 1996 hat es schon einen gegeben und es soll vielleicht auch wieder einer kommen.

Gemeinderätin

Mag. Michaela Frech:

Ich stelle mir vor, daß es beispielsweise einen großen Literaturpreis gibt. Nicht einen mit ein paar

tausend Schilling dotiert sondern wirklich etwas Großes. Z. B. „In Erinnerung an Marlen Haushofer“. Das wäre eine Idee, das könnte man machen.

Und dann, um die Frau Vzbgm. zu zitieren, ich finde es sehr positiv, daß es eine Seniorenberatung in Steyr gibt. Sie haben das letztens auch in ihrer Neujahrsrede angesprochen. Da werden die über 90jährigen zuhause besucht. Da wird erhoben, welche Betreuungsart sie brauchen, wie gut sie über die Möglichkeiten der Betreuung informiert sind. Nur, weil man eben derzeit nicht mehr Personal einsetzen kann, dazu braucht man eben Geld, kann man es nicht auf die über 80jährigen ausdehnen, beispielsweise. Ich glaube, daß würde sich jeder von uns wünschen. Um S 500.000,-- wäre beispielsweise ein Dienstposten frei. Mir ist schon klar, daß das manchen von ihnen so erscheinen mag, na, da verwechselt man Äpfel mit Birnen. Aber ich kann ihnen sagen, nach einem Jahr da herinnen, steigt mir wirklich die Grausbirne manchmal auf, wo ich immer hören muß, dafür haben wir kein Geld und dafür haben wir kein Geld. Mit einem Handstreich, ohne in einer Fraktionskonferenz, ohne in einem Ausschuß gewesen zu sein, machen wir eine halbe Million locker, dann ärgert mich das gewaltig. Aus diesem Grund möchte ich ihnen, die im Stadtsenat das so einstimmig beschlossen haben, diese Füllhörner überreichen. Als Vertretung der Frau Vizebürgermeisterin für die SPÖ, sie haben rote Kügelchen und für die FPÖ, ist leider niemand da, geben wir sie ...

Vizebürgermeister

Leopold Tatzreiter:

Ist eh der Obmann da.

Gelächter

Gemeinderätin

Mag. Michaela Frech:

Leider hat es keine schwarzen Kügelchen für die ÖVP gegeben. Nehmen wir Gold, das wertet es ein bißchen auf. Das goldene Füllhorn. Ich würde mir wirklich wünschen, daß wir uns in Zukunft genauer überlegen wofür wir Geld ausgeben, unter welchen Bedingungen und wirklich vorher diskutieren und nicht dann, mehr oder weniger in faschingshafter Art und Weise. Mein Beitrag ist deshalb ihrem Antrag angemessen.

Vizebürgermeister

Leopold Tatzreiter:

Nochmals zu Wort gemeldet hat sich StR Mayrhofer.

Stadtrat

Gunther Mayrhofer:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich gebe der Frau Kollegin Frech wirklich Recht. Nach so einem Jahr gemeinsam im Gemeinderat steigt einem wirklich manchmal die Grausbirne hoch. Nicht weniger wegen den Anträgen als vielmehr in der Art wie hier vorgegangen wird und es erinnert immer mehr an ein Kasperltheater. Dem kann ich mich nicht anschließen, vor allem dann nicht, wenn es wirklich um ein Thema geht, was nach meinem Befinden her, ein sehr wichtiges Thema ist. Ich habe es in meiner ersten Wortmeldung schon versucht darzustellen. Hier geht es nicht darum, daß man ein Unternehmen fördert, sondern wir wollen damit den Tourismus beleben. Und damit nicht nur für einen Betrieb, ein Hotel sondern für alle Gastronomiebetriebe, für alle Nächtigungsbetriebe hier eine Unterstützungsleistung machen. Darum auch mein Hinweis auf die Umwegrentabilität dieser Förderung. Sich hier jetzt auf die S 500.000,-- für die eine Firma zu konzentrieren ist einmal vollkommen unrichtig und auch falsch. Ich möchte aber, weil es hier wirklich, glaube ich, auch an der Tagesordnung sein müßte, nochmals darauf verweisen, daß über vertrauliche Berichte, die im Vorfeld schon der Öffentlichkeit bekanntgegeben werden, meines Erachtens auch Konsequenzen gezogen werden müssen. Ich glaube, daß das ein Thema der nächsten Fraktionsvorsitzendenkonferenz werden muß. Ich glaube, daß man nicht einfach darübergangen kann sondern das muß einfach geahndet werden. Wir haben ständig, in allen letzten Fraktionsvorsitzendenkonferenzen darauf hingewiesen, daß das nicht sein soll. Alle haben gesagt, nein, machen wir nicht mehr. Aber es geschieht immer wieder, aus Profilierungssucht, damit man vorher in der Zeitung ist, damit ich eine Geschichte liefern kann. So kann es einfach nicht gehen. Vor allem dann nicht, wenn hier ein Unternehmen, ohne daß sie die Möglichkeit hat sich zu rechtfertigen, durch den Kakao gezogen wird.

Wir haben uns auch mit der sozialistischen Fraktion abgesprochen. Wir haben kein Problem damit, den Abänderungsantrag auszudehnen. Selbstverständlich auf den Referenten, den Verkehrsreferenten Dr. Pfeil, wir werden das in die Formulierung hineinnehmen und hoffen, daß wir damit eine breite Zustimmung erzielen.

Vizebürgermeister

Leopold Tatzreiter:

Danke. StR Bremm bitte.

Stadtrat

Gerhard Bremm:

Darf ich das noch schnell einmal sagen. Unter Pkt. 1) in Absprache mit dem Verkehrsreferenten und der Bezirksverwaltungsbehörde. Und Pkt. 2) bleibt dann gleich.

Vizebürgermeister

Leopold Tatzreiter:

Das wird jetzt ein gemeinsamer Abänderungsantrag? Gut. Schaut einmal bei der Türe hinaus, wo die Leute alle sind.

Vizebürgermeister

Dr. Leopold Pfeil:

Die wollen nicht abstimmen.

Vizebürgermeister

Leopold Tatzreiter:

Das gibt es ja nicht. Da sind ja von uns auch welche dabei.

Gelächter

Vizebürgermeister

Leopold Tatzreiter:

So. Schlußwort bitte Frau Referentin.

Vizebürgermeisterin

Friederike Mach:

Ja liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich habe aber von Anfang an gewußt, daß wir bei diesem Antrag sehr lange brauchen werden. Ich möchte kein langes Schlußwort halten, aber eines möchte ich zur Frau Kollegin Frech schon sagen. Sie hat zuerst gesagt, das paßt mir einfach nicht und ist hinein gegangen. Auch mir paßt die Vorgangsweise nicht, weil wenn alle Gemeinderäte dasselbe machen würden wie sie, daß wir nur Geschenke austeilen und da Spielereien herlegen und das Ganze populistisch betreiben, wie sie es machen. Sie müssen sich vorstellen, wenn das alle 36 Mandatare machen würden. Dann würden wir nie eine Sitzung zusammenbringen, weil dann würden wir nur alle austeilen. Kugerl da und Kugerl da. Ich glaube, daß es notwendig ist, daß man das auch von der Wirtschaftsförderung sagt, daß das nicht eine reine Wirtschaftsförderung sondern für den Tourismus etwas ist. Ob wir mit dem Zug fahren oder nicht, das können wir jetzt noch nicht sagen. Das müssen wir einmal probieren. Ich war auch in der Christkindlwelt und bin schon gefahren und ich werde auch mit diesem Bummelzug fahren. Aber ich glaube, wenn die Touristen kommen und ich weiß es selbst, wenn man Kinder hat, vielleicht wissen sie das nicht, daß die Kinder ganz wild darauf sind, wenn sie so einen Zug sehen. Also, es ist wirklich eine Attraktion für den Tourismus und so sehe ich das auch. Und wenn es pro Jahr Hunderttausend Schilling Förderung bekommt, man kann das bitte nicht mit einer normalen Wirtschaftsförderung vergleichen. Der Zug ist jeden Tag unterwegs und trägt zum Tourismus etwas bei. So müssen wir das sehen und darum würde ich sie ersuchen, diesem Bummelzug, in der Form des gemeinsamen Abänderungsantrages, zuzustimmen. Ich glaube, es ist für unsere Stadt eine Attraktion. Wenn es um den Tourismus geht, dann sollte man auch etwas beitragen.

Ich würde den Vorsitzenden ersuchen, daß wir nach der Abstimmung eine Pause machen.

Vizebürgermeister

Leopold Tatzreiter:

Danke. Damit kommen wir zur Abstimmung. Es gibt einen Abänderungsantrag seitens der GAL. Wir stimmen zuerst darüber ab. Wer dem Abänderungsantrag der GAL die Zustimmung gibt, möge bitte ein Zeichen mit der Hand geben. 2 (GAL). Wer ist dagegen? SPÖ, FPÖ, ÖVP. Wer enthält sich der Stimme? 1 (LIF).

Damit kommen wir zum Hauptantrag bzw. mit dem Zusatz und Abänderungsantrag seitens der FPÖ und ergänzt durch die SPÖ und ÖVP. Ich darf fragen, wer dem Hauptantrag mit den Abänderungen die Zustimmung gibt? SPÖ, ÖVP. Wer ist dagegen? 3 (GAL und LIF). Damit mehrheitlich so beschlossen. Danke.

Jetzt machen wir 20 Minuten Pause und anschließend hast du wieder den Vorsitz.

Pause von 17.25 Uhr bis 18.00 Uhr

GR Hack verläßt um 18.00 Uhr die Sitzung.

Vizebürgermeisterin

Friederike Mach:

Meine Damen und Herren, wir nehmen die unterbrochene Sitzung wieder auf und ich ersuche den Berichterstatter Vzbgm. Dr. Pfeil um seine Berichte.

Be: Vizebürgermeister

Dr. Leopold Pfeil:

In meinem ersten meiner drei Berichte geht es um die Entsendung von Mitgliedern der Gemeinden in den Jagdausschuss.

Gemäß den Bestimmungen des OÖ Jagdgesetzes haben die Organe der genossenschaftlichen Jagd - der Obmann und der Jagdausschuss - alle den Jagdgenossen aus der Verwertung diese Jagdrechtes zufließenden Rechte wahrzunehmen. Ersparen sie mir die Vorlesung des ganzen Amtsberichtes. Ich komme nun zum Antrag, daß im stadträtlichem Jagdausschuss die Vertreter der im Stadtsenat vertretenen Parteien, SPÖ - Ing. Dietmar Spanring, Ersatzmitglied Friederike Mach, FPÖ - Leopold Pfeil, Ersatzmitglied Roman Eichhübl, ÖVP - Engelbert Lengauer, Ersatzmitglied Gunter Mayrhofer, entsandt wird. Ich ersuche um evt. Diskussion bzw. Zustimmung.

Jagdausschuß; Entsendung von Mitgliedern der Gemeinde

Der Gemeinderat möge beschließen:

In Entsprechung des im Amtsbericht des GB für Präsidial- und Rechtsangelegenheiten vom 30.11.1998 vorgenommenen Wahlvorschlages werden gem. § 16 Abs. 2 in Verbindung mit § 16 Abs. 4 des OÖ Jagdgesetzes vonseiten der Gemeindevertretung für die Dauer der laufenden Funktionsperiode nachstehende Mitglieder des Gemeinderates der Stadt Steyr als Mitglied und Ersatzmitglied in den Jagdausschuß entsandt:

Mitglieder:

StR Ing. Dietmar Spanring, Vzbgm. Dr. Leopold Pfeil, GR Dir. Engelbert Lengauer

Ersatzmitglieder:

Vzbgm. Friederike Mach, StR Roman Eichhübl, StR Gunter Mayrhofer.

Vizebürgermeisterin

Friederike Mach:

Danke. Wünscht dazu jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Ist jemand dagegen? Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Nächster Punkt bitte.

Vizebürgermeister

Dr. Leopold Pfeil:

Im nächsten Antrag geht es um eine geringfügige Adaptierung des Vertrages von der Stadt Steyr einerseits und dem Österreichischen Wachdienstes für die Überwachung der gebührenpflichtigen Kurzparkzonen im Kernbereich. Wie sie wissen ist am 28.11. die neue Verordnung bezügl. der gebührenpflichtigen Kurzparkzonen in Kraft getreten. Wesentlichste Änderung dabei war, daß ab Samstag 12.00 Uhr die Gebührenpflicht aufgehoben worden ist bzw. daß in der Mittagszeit wieder vergewährt wird. Deshalb ist eine Adaptierung des Vertrages notwendig. Das monatliche Pauschalentgelt von derzeit S 334.542,70 erhöht sich nun auf 343.508,09 exkl. USt. Ich ersuche auch hier um Diskussion bzw. Zustimmung.

Änderung des Vertrages mit dem Österr. Wachdienst, Chwoyka & Co KG, zur Überwachung der gebührenpflichtigen Kurzparkzonen.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Privatrechtsangelegenheiten vom 4. Dezember 1998 wird der Änderung des mit dem Österr. Wachdienst, Chwoyka & Co KG, abgeschlossenen Vertrages zur Überwachung der gebührenpflichtigen Kurzparkzonen in der Form genehmigt, daß aufgrund der geänderten Überwachungszeiten das monatliche Pauschalentgelt von derzeit S 334.542,70 auf S 343.508,09 exkl. USt. angehoben wird. Alle übrigen Vertragsbestimmungen des Überwachungsvertrages bleiben unverändert.

Gemäß § 47 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr 1992 wird der Magistrat Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Vizebürgermeisterin

Friederike mach:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme.

Vizebürgermeister

Dr. Leopold Pfeil:

Danke. In meinem letzten Antrag geht es eigentlich um zwei Anträge in einem Antrag. Umbau der VLSA Johannesgasse und Bahnhofstraße und Verlegung eines Koordinierungskabels bis zur Werndlstraße/Forumkreuzung, Auftragserweiterung. Dies ist ein Dringlichkeitsbeschluss. Sie wissen, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß die Ampel im Bereich der Bahnhofstraße geändert worden ist. Es ist das Steuergerät von der Johannesgasse, wo die Ampelanlage weggekommen ist, eingebaut worden. Wir haben hier ein moderneres Steuergerät, zum einen. Zum anderen ist eine Verbindung von der Eyblkreuzung zur Forumkreuzung geschaffen worden, daß hier eine Koordinierung des Abschnittes Forumkreuzung bis zur Klotzstraße über das Bahnhofsparkdeck möglich sein wird. Ich stehe nicht an, hier zwei Bemerkungen zu machen. Das eine ist die Eyblkreuzung. Wahrscheinlich werden wir im Frühjahr wieder eine Diskussion haben müssen, über eine Inbetriebnahme oder Nichtinbetriebnahme der Eyblkreuzung aus Verkehrssicherheitsgründen einerseits und auch aus Staugründen, weil eine Koordinierung ist nur dann möglich, wenn die zuführenden Äste eben auch koordiniert dazu kommen. Zwei Problemfälle haben wir. Das eine ist die Stadtplatzausfahrt. Wenn hier keine Rotphase bei der Ampel Eyblkreuzung eine Ausfahrt ermöglicht, so wird es immer schwieriger werden, aus dem Stadtplatz heraus zu kommen. Auf der anderen Seite die Eyblkreuzung direkt, die Einfahrt bzw. die Zufahrt von der Neuschönau. Hier werden wir uns Gedanken machen müssen. Das ist das eine. Das zweite ist, daß die Zukunft aller Verkehrskoordinierungen, Ampeln, wahrscheinlich in den Einbau von modernen Verkehrsrechneranlagen liegt. D.h., wir werden diese Koordinierungen auch dazu verwenden bzw. mit doch erheblichem finanziellen Aufwand optimieren müssen. In anderen Städten ist das schon der Fall. Das ist relativ finanziell aufwendig, aber, daß verkehrsabhängig diese Ampeln von einem Computer gesteuert werden. Das ist die Zukunft um das geht es hier nicht. Hier geht es heute nur, unter Anführungszeichen, um den Umbau der Anlage Johannesgasse und Bahnhofstraße und das Koordinierungskabel Werndlstraße. Bringen sie mich nicht in Verlegenheit, wenn sie heute hier dagegen stimmen. Das war ein Dringlichkeitsbeschluss und das ist bereits passiert.

Umbau VLSA Johannesgasse und Bahnhofstraße; Verlegung eines Koordinationskabels bis zur Werndlstraße; Auftragserweiterung; Dringlichkeitsbeschluß.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 21. Dezember 1998 wird der Vergabe der Auftragserweiterung für den Umbau der VLSA Johannesgasse und Bahnhofstraße an die Fa. ELIN EBG, Linz, in Höhe von S 271.000,-- zugestimmt.

Die im Voranschlag 1998 bei VSt. 5/640000/050000 (Sonderanlagen) S 500.000,-- vorgesehenen Mittel sind bereits aufgebraucht. Der Rest von S 271.000,-- ist durch eine Kreditübertragung von VSt. 5/640000/770000 (Kapitaltransferzahlungen an den Bund) auf VSt. 5/640000/050000 zu bewilligen und freizugeben. Durch diese Kreditübertragung bleiben ausreichende Mittel bei der VSt. 5/640000/770000 für die geplanten Bauvorhaben vorhanden.

Zur Finanzierung dieser Ausgabe ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von S 271.000,-- notwendig, die hiemit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom GB für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluß herbeigeführt.

Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 47 Abs. 5 StS 1992 zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Vizebürgermeisterin

Friederike mach:

Danke. Wünscht dazu jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag? Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Ich danke Herrn Vzbgm. Dr. Pfeil für seine Berichterstattung. Der nächste Berichterstatter ist Herr StR Bremm.

BE: Stadtrat

Gerhard Bremm:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen. In meinem Antrag geht es um die Erweiterung der Mülldeponie und zwar um die Durchführung der Untergrunderkundung mittels Aufschlußbohrungen und geoseismischen Messungen. Ich ersuche diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

Bau6-5062/92

Erweiterung der Mülldeponie der Stadt Steyr; Durchführung der Untergrunderkundung mittels Aufschlußbohrungen und Geoseismischen Messungen; Antrag auf Zustimmung zur Vergabe und Mittelfreigabe.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Reinhaltungsverbandes Steyr und Umgebung vom 15.12.1998 wird der Auftragsvergabe an die ARGE Reisinger u. Kuthy & Schober, Ennsdorf/Linz, in Höhe von S

2.010.349,20 exkl. USt. grundsätzlich zugestimmt.

Die Mittel werden wie folgt freigegeben:

Für das Rechnungsjahr 1998:

VSt. 5/8521/050100 S **1.300.000,--**

Übertragung von VSt. 5/8521/006000

auf VSt. 5/8521/050100 S 250.000,--

S 1.550.000,--

Für das Rechnungsjahr 1999:

Übertragung von VSt. 5/8521/050000

auf VSt. 5/8521/050100 S **150.000,--**

Übertragung von VSt. 5/8521/006000

auf VSt. 5/8521/050100 S 310.000,--

Gesamtauftragssumme S 460.000,--

Vizebürgermeisterin

Friederike Mach:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand dagegen? Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Ich danke StR Bremm. Nächster Berichterstatter ist StR Mayrhofer. Bitte sehr.

BE: Stadtrat

Gunter Mayrhofer:

Der erste Antrag bezieht sich auf die Errichtung der Kanalisation Löwengutsiedlung. Das ist die letzte größere Siedlung, die bis jetzt noch nicht an das Kanalnetz angeschlossen ist. Die Arbeiten sollen im heurigen Jahr beginnen. Es ist nach Ausschreibung an die Bestbieter der Vorschlag zu vergeben. Wir bringen die Mittel mit Nachtragsübertragung aus dem Vorjahr auf. Im heurigen Budgetjahr sind 1,3 Millionen vorgesehen und der Rest wird im Jahr 2000 finanziert. Die Arbeiten sollen allerdings im heurigen Jahr abgeschlossen werden.

Es ergeht daher folgender Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat:

Errichtung Kanalisation Löwengutsiedlung BA 07; Vergabe der Tiefbauarbeiten sowie maschinellen und elektrotechnischen Ausrüstungen.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 8. Jänner 1999 werden die Erd-, Baumeister- und Rohrverlegungsarbeiten zur Errichtung der Kanalisation Löwengutsiedlung an die Fa. FM-Team Bau, Bäckergrasse 1, 4470 Enns, zum Preis von S 4,734.384,50 exkl. MWSt. übertragen. Weiters wird der Auftrag zur elektrotechnischen Ausrüstung der Pumpstation Löwengutsiedlung an die Fa. Siemens, Wolfgang-Pauli-Straße 2, 4020 Linz, zum Preis von S 479.710,-- exkl. MWSt. und zur maschinellen Einrichtung an die Fa. Forstenlechner, Kramelsbergstraße 11, 4320 Perg, zum Preis von S 113.148,-- exkl. MWSt. vergeben.

Die erforderlichen Mittel in Höhe von S 5,328.000,-- für die Abwicklung der Kanalisierung der Löwengutsiedlung, sind teilweise im Nachtragsvoranschlag 1998 mit S 2,134.000,-- exkl. MWSt. und Budget 1999 mit S 1,300.000,-- bei der VSt. 5/851000/004160 (Kan. Löwengutsiedlung) vorgesehen. Die restlichen erforderlichen Mittel in Höhe von S 1.894.000,-- exkl. MWSt. sind über das Budget 2000 zu finanzieren.

Der Beschluß gilt vorbehaltlich der Zustimmung der Vergabekommission des UWF beim Amt der OÖ. Landesregierung.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von insgesamt S 5,328.000,-- exkl. MWSt. notwendig, die hiemit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom GB für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluß herbeigeführt.

Ich bitte um Diskussion bzw. Abstimmung.

Vizebürgermeisterin

Friederike Mach:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme.

Stadtrat

gunter Mayrhofer:

Der nächste Antrag bezieht sich auf Maßnahmen zur Ortsbildpflege. Hier ein Objekt in der Nähe des FAZAT, worüber wir sehr froh waren, daß das vor der Eröffnung des FAZAT noch vor sich gegangen ist, Fabrikstraße 3. Herr Grossauer hat um eine Förderung angesucht und aufgrund der Förderungsrichtlinien ist ihm eine Förderung von S 300.000,-- zugesagt worden. Ich ersuche um Freigabe dieser Mittel bei der VA-Stelle Innere Stadt und Ennsdorf, Steyrdorf.

Maßnahmen zur Ortsbildpflege 1998 - 3. Teil „Innere Stadt“ und „Ennsdorf“ - „Steyrdorf“ und „Wehrgrabengebiet“.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III vom 7. Dezember 1998 werden für die Subventionierung von Maßnahmen zur Ortsbildpflege Mittel wie folgt freigegeben:

Lfd. Nr. Objekt

1 Fabrikstraße 3

(Grossauer Manfred)

Gesamtsanierung

Herst. Kosten: Fördw. Kosten:

S 2.163.086,40 S 2.163.086,40

Subvention:

S 650.000,--

Teil

S 300.000,--

Summe:

S 2.163.086,40 S 2.163.086,40

S 300.000,--

Zum genannten Zweck werden für „Innere Stadt“ und „Ennsdorf“, „Steyrdorf“ und „Wehrgrabengebiet“ bei der VA-Stelle 5/363000/778000 S 300.000,-- freigegeben.

Vizebürgermeisterin

Friederike Mach:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand dagegen? Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme.

Stadtrat

Gunter mayrhofer:

Der nächste Antrag bezieht sich auf kirchliche Ensembles in Steyr. Es geht hier um die Pfarre Christkindl, Loretto-Kapelle, Brunnenstube, um die Gesamtsanierung der Pfarre Tabor, Schwerpunkt Kirchendachsanie rung und die Marienkirche, die Renovierung der Schmerzenskapelle. Für diese drei Maßnahmen sind Mittel in Höhe von S 799.700,-- notwendig, die unter der VA-Stelle Kirchliche Ensembles in Steyr vorgesehen sind. Dieser Antrag ist ein Dringlichkeitsantrag. Ich ersuche um Zustimmung.

BauH-203/96

Fin-59/98

Fin-60/98

Kirchliche Ensembles in Steyr; Pfarre Christkindl, Loretto-Kapelle, Brunnenstube, Gesamtsanierung Pfarre Tabor, Kirchendachsanie rung, Marienkirche, Schmerzenskapelle, Renovierung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III vom 7. Dezember 1998 wird einer Förderung in Höhe von insgesamt S 799.700,-- für die Sanierungsmaßnahmen an kirchlichen Ensembles zugestimmt.

Zum genannten Zweck werden für „Kirchliche Ensembles in Steyr“ bei der VA-Stelle 5/363000/777100 S 799.700,-- freigegeben.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 47 (5) des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug des Beschlusses ermächtigt.

Vizebürgermeisterin

Friederike Mach:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung. Das ist nicht der Fall. Ist jemand dagegen? Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme.

Stadtrat

Gunter mayrhofer:

Der nächste Punkt bezieht sich auf den Ankauf eines neuen Dienstfahrzeuges. Ich darf sie beruhigen, es geht nicht um ein Dienstfahrzeug für mich sondern um die Beamtenschaft, um ein Fahrzeug der Marke Renault Kangoo Expresß der Firma Sonnleitner. Diese Neuanschaffung ist notwendig gewesen, weil wir aufgrund der gesetzlichen Richtlinien unsere Mitarbeiter die in die Kanalschächte einsteigen, absichern müssen. Der wird mit einem Schwenkkran versehen. Dafür sind Mittel in Höhe von S 135.000,-- notwendig. Diese Mittel werden von der VA-Stelle Kanalisation Knoglergründe genommen und auf die VA-Stelle Fahrzeuge übertragen.

Ich ersuche um Zustimmung.

GHJ2-82/98

Ankauf eines neuen Dienstfahrzeuges.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 26. Nov. 1998 wird dem Ankauf des Dienstfahrzeuges der Marke Renault Kangoo Expres Kasten, der Fa. Sonnleitner, Steyr, sowie die Durchführung der erforderlichen Aufbauarbeiten zum Einbau des Höhengsicherungsgerätes, der Fa. Obermayr, Garsten, zugestimmt.

Die dafür erforderlichen Mittel in Höhe von S 135.000,-- sind von der VSt. 5/851000/004300 (Kanalisation Knoglergründe) zu VSt. 5/851000/040000 (Fahrzeuge) zu übertragen.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von S 135.000,-- notwendig, die hiemit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird, auf Basis einer vom GB für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung, noch ein gesonderter Beschluß herbeigeführt werden.

Vizebürgermeisterin

Friederike Mach:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wer dem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Ist jemand dagegen? Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme.

Stadtrat

Gunter mayrhofer:

Der nächste Antrag bezieht sich auf die Verkehrsdrehscheibe Bahnhof. Hier geht es um zusätzliche Straßenbauten, um die Vergabe der Arbeiten. Das sind Maßnahmen vor den Steyr-Werken, die Kreuzung Schönauerknoten/Klotzstraße und es wurden auch einige zusätzliche Arbeiten am Dukartberg gemacht, in der Höhe der Jet-Tankstelle, eine Querungshilfe und es wurde auch ein Gehsteig weitergezogen um ein gefahrloses Überqueren vom Bahnhofsparkdeck Richtung Stadtzentrum zu ermöglichen.

Es ergeht daher der Antrag an den Gemeinderat:

BauStr-10/98

Verkehrsdrehscheibe Bahnhof; zusätzliche Straßenbauten; Vergabe der Arbeiten:

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 28. Dezember 1998 wird der Auftrag zur Durchführung der Zusatzarbeiten (Kreuzung Schönauerstraße - Damberggasse, Dukartstraße -

Querungshilfe und Gehsteigverlängerung sowie Eybl-Knoten - Abfräsung und Verschleißschichte) an die Fa. Ilbau BaugesmbH, Linz, zu den Gesamtkosten von S 536.000,-- inkl. MWSt. übertragen.

Der Betrag von S 467.000,-- ist bei VSt. 5/640000/77000 (Transferzahlungen an den Bund) freizugeben und der Rest von S 69.000,-- ist durch eine Kreditübertragung von VSt. 5/612000/002510 (Straßenbau Dachsbergweg) zur VSt. 5/640000/770000 zu finanzieren.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von S 536.000,-- notwendig die hiemit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom GB für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluß herbeigeführt.

Vizebürgermeisterin

Friederike Mach:

Danke. Zu Wort gemeldet ist Herr Vzbgm. Dr. Pfeil. Ich erteile es ihm.

Vizebürgermeister

Dr. Leopold Pfeil:

Meine sehr geschätzten Damen und Herren. Zwei Punkte zu diesem Tagesordnungspunkt. Das eine ist, ich erinnere sie, Herr StR Mayrhofer, an ein Versprechen, datiert von ihrem Vorgänger StR Schloßgangl, wir haben auch schon öfters bei diesem Tagesordnungspunkt diskutiert, das Bahnhofsparkdeck und die Umfahrung ist fertig, wir warten auf die Schlußrechnung. Schlußrechnung einschließlich aller Nebenkosten wie Grundstückskosten, Aufschließungskosten. Wir warten darauf. Wir haben es nicht vergessen.

Das zweite ist ein verkehrspolitisches Thema. Das Bahnhofsparkdeck ist jetzt seit November in Betrieb. Wir haben mehrere Begehungen gemacht, nicht nur wegen der Flüssigkeit des Verkehrs insbesondere auch wegen der Sicherheit. Ich war selbst bei einigen anwesend. Meiner Information nach, ich habe diese Information gestern bekommen, hat sich auch das Kontrollamt Gedanken über die Verkehrstauglichkeit oder -flüssigkeit des Parkdecks gemacht. Nachdem wir auf verschiedenen Wünschen, und ich habe dafür sehr großes Verständnis, daß der Verkehrsausschuß nächste Woche darüber befindet und vielleicht Änderungen oder Informationen austauscht, wollte ich mir heute diesen Bericht ansehen. Das ist ja nichts Tragisches, es soll auch nichts Tragisches drinnen stehen. Ich rufe im Kontrollamt an und ich bekomme die Auskunft, Dr. Gottlieb-Zimmermann war nicht da, der Herr Magistratsdirektor hätte untersagt, daß der Verkehrsreferent diesen Bericht bekommt. Das ist nichts Vertrauliches. Ich frage mich wirklich: „Wie kann jemand in dieser Stadt Verantwortung übernehmen, wenn er die Unterlagen nicht bekommt?“ Weil ich bin auch der Meinung, wenn sich jemand und das Kontrollamt das ansieht, dann gehören natürlich die Betroffenen, wenn der Bericht fertig ist, einbezogen. Ich möchte diesen Bericht im nächsten Verkehrsausschuß auch mitdiskutieren können. Der ist weder vertraulich noch sonst irgendetwas. Das soll ja nichts Böses drinnen stehen sagen mir die Beamten, die ihn haben. Nur die Vorgangsweise ist schon sehr interessant bzw. ist absolut abzulehnen.

Vizebürgermeisterin

Friederike Mach:

Danke. Wünscht noch jemand das Wort? Schlußwort bitte.

Stadtrat

Gunter Mayrhofer:

Gut. Zum ersten Punkt, gebe ich ihnen vollkommen Recht. Es ist versprochen worden eine Schluß- bzw. Endrechnung zu stellen. Wie der Name schon sagt, eine Endrechnung kann erst am Ende gemacht werden. Wir sind noch nicht ganz am Ende. Sie sehen es selbst im Amtsbericht, daß auch die Abfräsungen noch gemacht werden müssen. Wenn dieses Projekt zur Gänze abgerechnet wird, wird eine endgültige Endabrechnung vorgelegt und selbstverständlich auch ihnen zugänglich gemacht werden.

Zum zweiten Punkt fehlt mir die Information. Ich möchte nur anmerken, daß natürlich ein Kontrollamtsbericht sehrwohl ein vertraulicher Bericht ist. Was sonst? Wahrscheinlich wird man ihn über den Prüfungsausschuß einsehen können. Nähere Auskünfte, würde ich ersuchen, daß man sie wirklich beim Magistratsdirektor einholt. Das entzieht sich meiner Kenntnis.

Vizebürgermeisterin

Friederike Mach:

Danke. Herr Magistratsdirektor möchtest du dazu Stellung nehmen? Zuerst in den Prüfungsausschuß und dann kann man Akteneinsicht nehmen.

Vizebürgermeister

Dr. Leopold Pfeil:

Und wann ist der Prüfungsausschuß? Im Mai oder wann? Ich meine, so macht man Politik?

Vizebürgermeisterin

Friederike Mach:

Am 8. März ist der Prüfungsausschuß. Also in gut 1 1/2 Monaten. Danke.

Wir kommen nun zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Ist jemand dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Letzter Punkt bitte.

Stadtrat

Gunter Mayrhofer:

Der letzte Tagesordnungspunkt meines Bereiches bezieht sich auf den Busbahnhof Hessenplatz. Wir haben schon mehrfach darüber gesprochen. Um keine Zeit zu verlieren erfolgt dieser Antrag heute, vorbehaltlich einer rechtlichen Klärung der Eigentumsverhältnisse und einer vertraglichen Regelung über die Benutzung der Grundfläche. D.h. natürlich auch, daß die Aufträge erst vergeben werden, wenn tatsächlich diese rechtliche Einigung getroffen wurde. Zur Finanzierung der Umbaumaßnahmen beim Busbahnhof Hessenplatz sind Mittel in Höhe von S 1.469.500,-- notwendig und ich ersuche um Zustimmung zu diesem Antrag.

BauStr-15/98

Busbahnhof Hessenplatz; Vergabe der Arbeiten.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 21. Dezember 1998 wird der Auftrag zur Durchführung der Baumeisterarbeiten für den neuen Bussteig Hessenplatz (städt. Linienbusse) an die Fa. Zwettler BaugesmbH., Steyr, zu den Gesamtkosten von S 1.763.374,08 inkl. MWSt. übertragen

Die erforderlichen Mittel von S 1.469.478,40 exkl. MWSt. sollen an die Versorgungsbetriebe Verbund, Gas und Verkehr auf VSt. 5/879000/779000 wie folgt übertragen werden:

Von VSt. 5/612000/728000 Gemeindestraßen (Entgelt für sonst. Leistungen) S 370.000,--.

Von VSt. 5/879000/050000 Stadtwerke (Sonderanlagen) S 136.000,-- und der Rest von S 963.500,-- soll bei VSt. 5/612000/002320 (Busbahnhof Hessenplatz) im Jahr 1999 finanziert und ebenfalls auf VSt. 5/879000/779000 übertragen werden.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von S 1.469.500,-- notwendig, die hiemit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom GB für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluß herbeigeführt.

Vizebürgermeisterin

Friederike Mach:

Danke. Zu Wort gemeldet hat sich StR Eichhübl. Ich erteile es ihm.

Stadtrat

Roman Eichhübl:

Zusätzlich zur Problematik, meine Damen und Herren des Gemeinderates, geschätztes Präsidium, daß es bedauerlicherweise im Zuge der Realisierung Verkehrsdrehscheibe am Bahnhof nicht gelungen ist den öffentlichen Verkehr auf einer Ebene zusammenzuführen, sie wissen ja, daß die Regionalbusse sich bereits in der ersten Etage befinden und in Zukunft soll ja die zentrale Busumsteigstelle für die städt. Verkehrsmittel zu ebener Erde installiert werden, gibt es bei eben dieser Errichtung der zentralen Umsteigstelle offensichtlich weitere Verzögerungen. Ich darf nur in Erinnerung rufen, daß

im Stadtsenat am 25.6.1998 damals der Beschluß gefaßt wurde, S 322.350,-- für die Planung auszugeben und in diesem Amtsbericht war auch eine erfreuliche Terminplanung drinnen, daß nämlich diese Businsel, nach der mit 1. November vorgesehenen Übersiedlung der Regionalbusse auf die Verkehrsdrehscheibe, und wenn es die Witterung erlaubt, noch heuer errichtet werden wird. Dem ist nicht so gewesen. Ich beziehe mich jetzt auf diesen heutigen Antrag, Herr Kollege StR Mayrhofer hat ja bereits darauf hingewiesen, daß es nach wie vor nicht möglich war, eine Regelung mit der ÖBB unter Dach und Fach zu bringen, was die Grundstücksinanspruchnahme für diesen Busbahnhof betrifft. Ich werde natürlich, und das habe ich auch im StS so zum Ausdruck gebracht, diesem Antrag die Zustimmung geben, der ist allerdings mit der Hoffnung verbunden, daß es nicht noch weitere Verzögerungen gibt, denn die Terminierung, die letzte war ja an sich mit 1. Mai, diese Busumsteigstelle in Betrieb zu setzen. Wenn man jetzt berücksichtigt, daß, wie gesagt, eine rechtliche Regelung mit der ÖBB noch immer aussteht, die Bauzeit etwa 3,5 bis 4 Monate dauern wird, dann sehe ich also diesen Termin infrage gestellt. Ich hoffe wirklich, daß das trotzdem so rasch als möglich gehen wird, was eben diese vertragliche Vereinbarung betrifft, denn eines wird ja sicherlich nicht möglich sein, daß man wohl planen kann, wobei ja das auch schon mit großen Fragezeichen versehen ist, wenn es um eine Planung auf einem fremden Grundstück geht, aber eines wird sicher nicht möglich sein, daß wir auf einem fremden Grundstück Bautätigkeiten machen. Daher, wie gesagt nochmals, hoffe ich auf eine rasche Erledigung dieser anstehenden Regelung mit der ÖBB.

Vizebürgermeisterin

Friederike Mach:

Wird auch gemacht werden. Als nächste zu Wort gemeldet hat sich Frau Mag. Frech. Bitte sehr.

Gemeinderätin

Mag. Michaela Frech:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Presse. Ja, auch mir ist es schön langsam ein Rätsel. Wir gehen immer weiter in unseren Planungen, über etwas, was uns gar nicht gehört. Der Herr StR Eichhübl hat es schon angesprochen, als Stadtsenatsbeschluß vom 25.6. wo wir die Teilvergabe der architektonischen Arbeiten hatten. Wir haben dann das Thema am 29. 10. im GR noch einmal gehabt und da ist ebenfalls im Amtsbericht gestanden, die rechtliche Regelung mit den ÖBB über die Grundinanspruchnahme steht noch aus. Zusatz: Die letzten Gespräche mit den ÖBB lassen allerdings eine baldige Klärung erwarten. Das war am 29. 10. Jetzt haben wir den 21. Jänner und müssen wieder im Amtsbericht lesen, die rechtliche Regelung mit den ÖBB steht aus. Meiner Information nach sollen aber die Bauarbeiten bereits Anfang Februar beginnen. Jetzt ist meine Frage an sie, Frau Vizebürgermeisterin, in Vertretung des Herrn Bürgermeisters, wann wird es jetzt wirklich zu dieser Regelung kommen bzw. was ist der jetzige Verhandlungsstand, weil ich kann mir nicht vorstellen, daß man innerhalb von den nächsten 10 Tagen das erreicht, jetzt endlich eine Regelung zu treffen. Ich habe schon ein bißchen Angst davor, daß wir uns jetzt lässig in die Geiselhaft der ÖBB begeben, weil wir können ja gar nicht mehr groß anders auf sämtliche Bedingungen sonst einzugehen, je weiter wir bereits geplant haben. Ich denke mir, da zieht sich ein Planungsfehler ziemlich lange hin. Ich würde sie bitten Frau Vizebürgermeisterin uns zu sagen ...

Vizebürgermeisterin

Friederike Mach:

Ich möchte dazu sagen, daß wir schon ein paar Mal urgiert haben. Wir werden das jetzt noch einmal machen und man kann natürlich bei der ÖBB nur abwarten bis sie uns Bescheid geben. Der Druck von unserer Seite ist vorhanden.

Gemeinderätin

Mag. Michaela Frech:

Aber es gibt noch keine Einigung?

Vizebürgermeisterin

Friederike Mach:

Es gibt noch keine schriftliche Zusage. Wünscht noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Schlußwort bitte.

Stadtrat

Gunter Mayrhofer:

Die Vorhaltungen des Kollegen Eichhübl sind natürlich zu Recht, keine Frage. Wir versuchen alles zu machen, aus unserem Bereich, damit wir nicht noch weiter Zeit verlieren. Wir werden das nächste Mal auch einen Antrag vorlegen zur Vergabe von Stahlbauarbeiten, daß wir auch hier dann friktionsfrei, so schnell wie möglich, das Baulos durchziehen können. Ich darf die Ausführung nur insofern korrigieren, es wird nicht unbedingt notwendig sein den Grund zu kaufen. Wir brauchen aber auf jeden Fall einen Vertrag über die Nutzung des Grundes. Der ist unbedingt, vor irgendeiner Investition die getätigt wird, herzustellen. Ich bitte um Zustimmung.

Vizebürgermeisterin

Friederike Mach:

Danke. Wir kommen nun zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Stimmenthaltung? 1 (LIF). Gegenstimmen? Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen. Ich danke Herrn StR Mayrhofer und bitte den nächsten Berichterstatter, Herrn StR Ing. Spanring, um seine Berichte.

BE: Stadtrat

Ing. Dietmar Spanring:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates. In meinem ersten Antrag geht es um das Jugend-Kulturhaus Steyr, um die Fertigstellung und die, zu dieser Fertigstellung notwendige Förderung, für die angesucht wurde.

Fin-136/95

Jugend-Kulturhaus Steyr; Fertigstellung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA Kulturangelegenheiten vom 5.1.1999 wird dem Trägerverein für das Jugend- Kulturhaus Steyr, vertreten durch dessen Obmann Herrn Mike Glück, Gaswerksgasse 2, 4400 Steyr, für die Fertigstellung des Jugend-Kulturhauses eine Förderung in der Höhe von

S 500.000,--

(Schilling fünfhunderttausend)

zuerkannt und der erforderliche Betrag bei der VA 5/259000/777000 freigegeben.

Ich ersuche um Zustimmung.

Vizebürgermeisterin

Friederike Mach:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand dagegen? Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Danke. Der nächste Punkt bitte.

Stadtrat

Ing. Dietmar Spanring:

In meinem zweiten Antrag geht es um eine im Budget 1998 zwar vorgesehene, aus nicht mehr nachvollziehbaren Gründen in diesem Jahr aber nicht behandelte Projektförderung zur Kostendeckung der Einrichtung „Zeitgeschichte Werkstätte Steyr“. Um nun doch noch diese, besonders für Schulen aus ganz Österreich, wertvolle zeitgeschichtliche Informationsplattform einerseits und Veranstaltungseinrichtung für Projekt und Workshoparbeit andererseits, zu fördern und zu unterstützen und dafür den angesprochenen Budgetposten aus 1998 freizubekommen, darf ich folgenden Antrag, mit der Bitte um Zustimmung, stellen.

Fin-128/98

Museum Industrielle Arbeitswelt; Projektförderung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA Kulturangelegenheiten vom 15. 12. 1998 wird dem Museum

Industrielle Arbeitswelt, Verein Museum Arbeitswelt, vertreten durch die Geschäftsführerin Gabriele Heger, 4400 Steyr, Wehrgrabengasse 7, eine Förderung zur Kostendeckung der Aktion „Zeitwerkstatt Steyr“ in der Höhe von

S 390.000,--

(Schilling dreihundertneunzigtausend)

zuerkannt und der erforderliche Betrag bei der VA 1/360000/757000 (laufende Transferzahlungen an private Institutionen ohne Erwerbscharakter) freigegeben.

Ich ersuche auch in diesem Fall um ihre Zustimmung.

Vizebürgermeisterin

Friederike Mach:

Danke. Zu Wort gemeldet hat sich Herr Vzbgm. Dr. Pfeil. Ich erteile es ihm.

Vizebürgermeister

Dr. Leopold Pfeil:

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen. Alle Jahre wieder kann man diese Diskussion nennen. Wir haben uns alle einstimmig zu einer Grundförderung in der Höhe von S 950.000,-- für das Museum Arbeitswelt bekannt. Umstritten ist dann immer die weitere Förderung, die so genannte Projektförderung, wo es auch im GR schon unterschiedliche Diskussionen gab. Aber wenn es eine umstrittene Förderung gibt, dann ist es vornehme Aufgabe, daß das im zuständigen Ausschuß, im Kulturausschuss, vor beraten wird. Auch das ist hier nicht geschehen sondern es ist einfach, ohne irgendeine weitere Diskussion, dieser Antrag in den Stadtsenat und jetzt im GR gekommen. Das hat übrigens auch für den letzten Antrag gegolten. Ich habe es deshalb nicht angesprochen, weil eben dieser Punkt außer Streit gestellt worden ist. Nur frage ich mich schön langsam, was der Kulturausschuss, in dieser Form, überhaupt noch soll. Wenn man sich die Einladung für den nächsten Kulturausschuss ansieht, dann sind nur mehr Förderungen im Minimalbereich im wesentlichen auf der Tagesordnung und was man nicht diskutieren will, das gibt man einfach nicht auf die Tagesordnung. Grundsätzliche kulturpolitische Gedanken werden im Kulturausschuss überhaupt nicht mehr beraten, wie wir auch heute schon gehört haben. Es war auch im Stadtsenat nicht möglich eine Auskunft zu bekommen, wieviel das Museum Arbeitswelt im letzten Jahr an Gesamtförderungen bekommen hat. Ich hoffe, der Herr StR ist heute in der Lage, das im GR mitzuteilen. Wir haben ja vor einigen Jahren sogar einen Kulturausschuß, eben wegen dieser finanziellen hohen Aufwände, sogar im Museum Arbeitswelt gehabt und haben Verbesserungsvorschläge gemacht. Nur leider, es ist nicht billiger sondern eher teurer geworden. Wir werden uns ja beim nächsten Tagesordnungspunkt auch noch einmal diskutieren sehen. Bei diesem Antrag kann ich nicht die Zustimmung geben.

Vizebürgermeisterin

Friederike Mach:

Danke. Wer wünscht noch das Wort? Frau Mag. Frech.

Gemeinderätin

Mag. Michaela Frech:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Im Zusammenhang mit diesem Antrag sind bei mir zwei Fragen aufgetaucht. Das eine ist, das Ansuchen der Projektförderung lautet auf eine Höhe von 0,5 Millionen Schilling, also S 500.000,--. Im Antrag heute sind wir bei S 390.000,--. Was ich auch bemängle ist, daß dieser Antrag vorher nirgendwo behandelt worden ist. Ich frage mich jetzt, Frage 1: „Wo ist die Differenz hin verschwunden, diese S 110.000,--? Aus welchen Gründen ist man von der halben Million auf die S 390.000,-- gekommen? Das ist für mich nicht nachvollziehbar.

Der zweite Punkt ist, so sehr ich die Notwendigkeit des Museums Industrielle Arbeitswelt außer Zweifel ziehe, bin ich für eine Gleichbehandlung aller Kulturinitiativen, aller Sozialinitiativen. Obwohl ich mich darum bemüht habe, und ich habe auch in den Akt Einsicht genommen, es ist kein Schreiben aus dem wirklich eine Aufstellung hervorgeht, warum genau um diesen Betrag von 0,5 Millionen Schilling angesucht wird. Wenn ich mir oft ansehe was andere Vereine bringen müssen, um eine Subvention von S 500.000,-- zu bekommen, 10, 20 Seiten Bericht, dann finde ich eigentlich gar nichts außer nur einen Satz in einem Schreiben vom 18. 11. 1998: „Wir haben um eine Projektförderung von einer halben Million Schilling für die Realisierung der Zeitwerkstatt angesucht und haben bisher aber noch keine Zusage erhalten.“ Dann ist mir das etwas zu wenig. Wenn dieses Schreiben vom 18. 11. 1998 ist, dann denke ich mir, hätte es ja irgendwann noch Zeit gegeben das in ein Gremium zu bringen und vorher darüber zu beraten. Noch einmal, um nicht mißverstanden zu werden. Ich habe nichts gegen eine Förderung für das Museum Arbeitswelt, aber ich habe sehr viel dafür, daß alle gleich behandelt werden, daß aus dem Antrag hervorgeht, wofür wird das wirklich verwendet und wie kommt es auch hier zu diesen Diskrepanzen zwischen diesen S 390.000,-- und der halben Million. Wer hat das letztlich entschieden und aus welchen Gründen?

Vizebürgermeisterin

Friederike Mach:

Danke. Als nächster zu Wort gemeldet hat sich GR Lengauer. Bitte.

Gemeinderat

Engelbert Lengauer:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrte Herrn Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates, sehr geehrte Presse. In zwei Dingen stimme ich meinen Vorrednern überein, Herrn Dr. Pfeil dort, daß wir diese Dinge im Kulturausschuß sehrwohl bereden hätten müssen und zweitens der Frau Kollegin Frech, daß wir auch hier einen Finanzierungsplan bekommen hätten müssen. Ich denke aber, im Budget 1998 ist der Betrag vorgesehen und es wäre einfach aus der Sicht für die Zeitwerkstatt und an und für sich sinnhafte und sinnvolle Arbeit der Zeitwerkstatt, aus

meiner Sicht, einfach ungeschickt, diesen Budgetposten verschwinden zu lassen. Wenn ich mir denke, daß seit dem Bestehen, seit 1. Mai 1998, 7.500 Personen diese Zeitwerkstatt durchgegangen sind und davon 90 % oder 95 % Schüler waren, dann glaube ich, war das sehrwohl eine wesentliche, wichtige Bildungsarbeit, nicht nur für Steyr sondern für ganz Österreich. Daher denke ich, wäre es ungeschickt, wenn wir gegen diesen Antrag wären und bitte daher den Gemeinderat diesem Antrag zuzustimmen, wobei ich aber betonen möchte, die zwei Vorwürfe bestehen zu Recht.

Vizebürgermeisterin

Friederike Mach:

Danke. Gibt es noch eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Schlußwort bitte.

Stadtrat

ing. Dietmar spanring:

An sich ist den Vorwürfen, daß dieser Antrag im Kulturausschuß nicht behandelt worden ist, Recht zu geben. Aus welchen Gründen auch immer das passiert ist, ist jetzt schwer nachvollziehbar. Wie ich schon gesagt habe, daß im Stadtsenat nicht bekannt gegeben worden ist, wieviel das Museum Arbeitswelt heuer bekommen hat, das stimmt schlichtweg einfach nicht, sondern ich habe ganz klar gesagt, daß die S 950.000,-- bekommen haben.

Vizebürgermeister

Dr. Leopold Pfeil:

Bund und Land. Ich habe gesagt Gesamtförderung. Da haben sie keine Auskunft gegeben.

Stadtrat

Ing. Dietmar Spanring:

Nachdem sie im Vorstand dort sitzen, nehme ich an, daß sie das wahrscheinlich eh wissen.

Vizebürgermeister

Dr. Leopold Pfeil:

Es wäre aber für die Gemeinderatsmitglieder auch interessant.

Stadtrat

Ing. Dietmar Spanring:

Warum es S 390.000,-- jetzt sind. Es sind nicht S 110.000,-- irgendwo hin verschwunden sondern S 10.000,--. Es waren im Budget 1998 S 400.000,-- auf diesem Posten für die Projektförderung vorgesehen.

Vizebürgermeisterin

Friederike Mach:

Ich möchte auch dazu sagen, im StS hat es geheißen, wieviel haben die Förderung bekommen. Ich habe mir dazu geschrieben, 1998 von der Stadt S 950.000,--. Das war die Antwort. Ich habe nicht gehört, daß wir gefragt haben von Bund oder Land sondern rein von der Stadt Steyr. Gut. Wir wissen jetzt, was wir an Förderung weitergegeben haben und kommen zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Wer ist dagegen? 1 (FPÖ - GR Hans Payrleithner). Wer übt Stimmenthaltung? 7 (6 FPÖ, 1 LIF). Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen. Nächster Punkt bitte.

Stadtrat

Ing. Dietmar Spanring:

In meinem dritten Antrag geht es darum den, in den vergangenen Jahren, begonnenen Aktivierungsprozeß des Museums Arbeitswelt erfolgreich weiter zu führen. Das Haus war und ist stets bemüht, sich vom Museum im traditionellen Sinn abzuheben. Darum hat das Museum Industrielle Arbeitswelt nicht den enzyklopädischen Sammlungs- und Bewahrungsauftrag in den Mittelpunkt seiner Tätigkeit gestellt, sondern immer die inszenierte Vermittlung von gesellschaftlich relevanten Themen zu seinem Hauptanliegen gemacht. So wurden einerseits bei allen Ausstellungen gegenwärtige und zukünftige Entwicklungen in Konzeption und Präsentation mit einbezogen. Ein Ansatz, der mit dazu beigetragen hat, daß heute Schüler aus ganz Österreich die Ausstellungen besuchen und die Angebote der museumspädagogischen Abteilung in Anspruch nehmen. Die Leistungen der museumspädagogischen Abteilung, sind als in Österreich führend, anerkannt. Alle Ausstellungen und zahlreiche Aktivitäten wurden und werden in Bund- und Landeserlassen der Schulbehörden zum Besuch empfohlen. Andererseits - und ich bin davon überzeugt, überlebensnotwendig - ist es dem Museum, seiner Leistung, gelungen, neben dem Ausstellungsbetrieb eine rege Kultur und Veranstaltungstätigkeit zu verwirklichen. Themisch spezifische Kongresse, Symposien, Vorträge und Diskussionen aber auch Theateraufführungen, Konzerte, Lesungen, Feste und die im Museum etablierte Galerie für zeitgenössische Kunst finden Zuspruch des interessierten Publikums. Diese Entwicklung zu einem multifunktionalen Veranstaltungszentrum in unmittelbarer Nähe zum FAZAT, zur Fachhochschule, zum Fernstudienzentrum Steyr, zum internationalen Forschungsinstitut Profactor usw. veranlaßte, ja zwang die Verantwortlichen ein Ausbau- und Umbauprojekt zu entwickeln. Es gab eine Reihe denkwürdiger Gemeinderatssitzungen. Eine davon war sicher die, am 22. Jänner 1998, in der diese Projekt, Bauvorhaben Museum Arbeitswelt, erstmals behandelt wurde. Denkwürdig, weil sich damals einmal mehr dieses Gremium, dieser Gemeinderat, sie, meine Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen, auszeichneten, die Qualität dieses Gemeinderates unter Beweis stellten, keine Quatschbude, keine ferngesteuerte Armhebergruppe zu sein, sondern eine intensiv arbeitendes Plenum, daß nach harten, sachlichen Diskussionen und auch Auseinandersetzungen schlußendlich zu einem tragfähigen Beschluß, sich an den Gesamtkosten zu beteiligen, kam. Aus den nun eingelangten Förderansuchen geht einerseits hervor, daß das endgültige Investitionsvolumen 25 Mio. Schilling ausmachen soll, andererseits, daß die 1. Bauetappe mit S 8.030.000,-- budgetiert, nun mit einem Kostenaufwand von S

7.150.000,- abgeschlossen wurde, das einer Einsparung von S 88.000,-- oder 11 Prozent entspricht, und dokumentiert, daß dort wirklich kostenbewußt gearbeitet wird.

Bevor ich nun zum Antrag selbst komme, lassen sie mir an jene Damen und Herren, die im Vorstand des Museums Arbeitswelt tätig sind, den dringenden Appell richten, das vorliegende Förderansuchen sowie Umbau und Investitionsprojekt so rasch wie möglich in diesem zu behandeln und anschließend, und rechtzeitig, dem entsprechenden Gremium, Kulturausschuß, Stadtsenat und Gemeinderat, zur entsprechenden Bearbeitung und Beschlußfassung zuzuführen und damit endlich zu einem geregelten Ablauf zu kommen. Nun zum Antrag selbst.

Fin-14/97

Museum Industrielle Arbeitswelt; Bauvorhaben; Gewährung einer außerordentlichen Subvention.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA Kulturangelegenheiten vom 12. 1. 1999 wird dem Verein Museum Industrielle Arbeitswelt für die derzeit durchgeführten Bauprojekte eine Förderung von

S 500.000,--

(Schilling fünfhunderttausend)

in Form einer einmaligen, a.o. Subvention aus der VA 1/360000/777000 gewährt (Budgetjahr 1998).

Zu diesem Zweck wird eine Kreditüberschreitung aus der VA 1/360000/777000 bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

Ich ersuche um Diskussion und Zustimmung.

Vizebürgermeisterin

Friederike Mach:

Danke. Zu Wort gemeldet hat sich Kollegin Höller-Feller.

Gemeinderätin

Helga Höller-Feller:

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, geschätzte Presse. Es ist auch zu vorgerückter Stunde symptomatisch für diese Sitzung, daß wir uns immer wieder mit Anträgen auseinandersetzen, die eine halbe Million Schilling betragen. Das tut auch der vorliegende Antrag. Aber haben sie keine Angst, ich will nicht wieder die Tagesordnung mit dem Bummelzug aufwärmen. Ich möchte sie aber daran erinnern, daß im Zuge dieser Debatte von der einen oder anderen Seite ein paar Mal die Kritik gefallen ist, es würden Fördermittel im Ausmaß von 25 % des Projektes angesprochen. Hier in diesem Fall handelt es sich

wieder um eine halbe Million Schilling allerdings um ein Gesamtprojekt, der Herr StR hat es bereits erwähnt, von 25 Millionen Schilling, also eine völlig andere Relation. Es geht wieder um ein Ansuchen an die Stadt, um finanzielle Unterstützung und es ist in der vorigen Debatte zur Projektförderung schon einiges gefallen. Aber trotzdem lassen sie mich kurz einmal erinnern. Als das Museum Arbeitswelt vor mittlerweile mehr als 10 Jahren seine Pforten geöffnet hat, im Rahmen einer Landesausstellung, das auch vorher wieder Ort einer Landesausstellung war, da war das Konzept in die Richtung, hier ein Museum und Ausstellungszentrum zu errichten. Zwischenzeitlich hat sich für die Stadt Steyr gezeigt, Gott sei Dank wie ich meine, daß dieses Haus viel mehr ist als ein Museum oder ein Ausstellungsgebäude. Es ist ein lebendiges Kulturzentrum, ein Veranstaltungszentrum geworden. In unterschiedlichsten Räumlichkeiten können eben Seminare, Tagungen, Messen, Kongresse und auch Feste abgehalten werden. In den letzten Jahren waren es etwa 150 derartige Veranstaltungen. Zum Thema Feste möchte ich ihnen im Hinblick auf dieses Umbauprojekt ganz kurz etwas erzählen. Der eine oder andere von ihnen oder die eine oder andere, war vielleicht am vergangenen Samstag am Ball der Freiwilligen Feuerwehr im Museum Arbeitswelt. Es ist ein, wie ich glaube, sehr großes gesellschaftliches Ereignis in Steyr und dieser Ball erfreut sich, entgegen dem Trend, einer sehr großen Beliebtheit. Ich glaube, gerade weil er im Ambiente des Museums Arbeitswelt abgehalten wird. Der Ball war, wie in den letzten Jahren, ausverkauft. D.h., es tummeln sich 700, 800 Besucherinnen und Besucher. Die tanzen, die unterhalten sich, die konsumieren etwas. Das heißt für mich mindestens, übertrieben, überspitzt formuliert, 800 Mal auch menschliche Bedürfnisse. Da beginnt genau die Katastrophe, daß die Infrastruktur derzeit im Veranstaltungszentrum katastrophal ist. Das Haus ist derzeit nicht in der Lage eine derartige Veranstaltung abwickeln zu können, ohne daß es Anlaß gibt für berechtigte Kritik, wie ich meine, bei den Besucherinnen und Besuchern. D. h., in diesem Umbauprojekt, und ich halte den Punkt nicht für lächerlich sondern ich halte ihn für das Wohlbefinden bei der Veranstaltung auch einen ganz maßgeblichen Punkt, sind eben Dinge mitkonzipiert wie eine neue Heizungsanlage, eine neue Toilettenanlage, ein separat begehbare Café etc. Ich glaube, es wäre nicht im Sinne einer verantwortungsvollen Politik, wenn wir jetzt wieder beginnen würden, über diese Zuerkennung einer halben Million Schilling zu diskutieren. Ich möchte sie nur abschließend darauf hinweisen, es handelt sich bei dieser Förderung heute, um die es hier geht, um ein Ausmaß von 2 % und nicht um 25 %. Ich glaube, wir können alle sehr froh sein, dieses kulturelle Kleinod in Steyr beheimatet zu haben. Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

Vizebürgermeisterin

Friederike Mach:

Danke. Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Vizebürgermeister Dr. Pfeil.

Vizebürgermeister

Dr. Leopold Pfeil:

Meine Damen und Herren. Ich gebe ihnen ja in einigen Punkten, Frau Feller-Höller, durchaus Recht. Das Museum Arbeitswelt hat sich in den über 10 Jahren Tätigkeit in Steyr einen guten Ruf, einen Standplatz erarbeitet und wir wollen das Museum Arbeitswelt nicht mehr missen. Aber wir wollen auch, daß alle Kulturinitiativen und ähnliche Projekte gleichermaßen behandelt werden. Da fällt mir halt auch wieder auf, daß mir bei diesem Antrag einfach der Antrag und die ganze Vorgangsweise dahingeschludert vorkommt. Dahingeschludert. Wenn wir schon vor einem Jahr grundsätzlich

übereingekommen sind, daß man über gewisse Verbesserungen im Bereich Museum Arbeitswelt durchaus diskutieren muß. Ich gebe ihnen völlig Recht, daß die sanitären Einrichtungen umgebaut, renoviert werden müssen. Aber man wird sehrwohl diskutieren müssen, ob es notwendig ist, daß der Eingang zum dritten Mal in den letzten Jahren um sehr viel Millionen Geld umgebaut werden muß. Da wird man wohl diskutieren dürfen. Oder, ob eine Bodenheizung eingebaut werden muß. Das war ja bei dem ersten Projekt dabei und das erste Projekt hat auf 40 Millionen Schilling gelaftet. Da ist es schon sehr wichtig, daß man das im zuständigen Gremium, das ist eben der Kulturausschuß, meine sehr verehrten Damen und Herren, diskutiert. Da appelliere ich schon an die Verantwortlichen, insbesondere an den Ausschußvorsitzenden, daß er die Tagesordnung dahingehend macht, daß alle Kulturbelange der Stadt Steyr hier besprochen werden und, daß es nicht geht, so wie hier bei diesem Antrag, daß hier im Nachhinein, weil wir reden ja vom Budgetjahr 1998, eine Kreditüberschreitung für das Budgetjahr 1998 jetzt noch rasch, in der letzten Sitzung wo es möglich ist, beschließen. So kann es ja nicht gehen. Auf der anderen Seite vermisste ich schmerzhaft die Diskussion über ein anderes Projekt, auch aus der Ausstellung vom letzten Jahr. Das Reithofferareal. Hier gibt es nur großblumige Ankündigungen, daß am 1. Mai wieder eröffnet wird. Aber wenn man mit dem jetzt ehemaligen Geschäftsführer spricht, der sieht nicht nur, nur seine Fälle sondern auch seine Ausstellungsobjekte davonschwimmen. Niemand hat eine Ahnung, wie es dort weitergeht. Die Kulturverantwortlichen dieser Stadt sitzen in der zweiten Reihe und schauen so, als ob sie das Ganze nicht tangieren würde. Das wäre zumindest ein Tagesordnungspunkt im Kulturausschuß, weil wir es im Herbst auch schon angesprochen haben nach dem Schluß der Landesausstellung, daß man hier einmal eine Diskussion in Gang bringt. Mit der Änderung im Vorstand alleine ist es ja nicht getan. Auch die Stadt muß sich hier einbringen und auch finanzielle Mittel, meine sehr verehrten Damen und Herren, sind hier nicht vorgesehen. Ich bin schon sehr gespannt ob ihre Bereitschaft einer Kreditüberschreitung oder -übertragung bezüglich Reithoffer dann auch so großzügig sein wird wie jetzt beim Museum Arbeitswelt, weil ansonsten laufen wir schon Gefahr, weil diese Länderausstellung oder Landesausstellung im Reithofferareal, wenn wir sie nicht weiterführen, daß die vom Land ausbezahlten Förderungen sogar zurückbezahlt werden müssen. Klare Aussage vom Altlandeshauptmann Ratzenböck in einer Diskussion, weil es den Richtlinien für Landesausstellungen widerspricht. Also, wir müssen uns wirklich auch bezüglich 1. Mai Wiedereröffnung der Reithofferausstellung oder was auch immer dort jetzt passiert, weil das ganze Ausstellungskonzept jetzt kaputt ist. Das ist kaputt und niemand macht sich Gedanken, wie es dort weitergehen soll. Ich kann mir deshalb eine Zustimmung zu diesem wirklich dahingeschluderten Antrag, wo nur steht wichtige Bauprojekte im Bereich MAW. Ein bißchen genauer und expliziter gehört so etwas schon angeführt. Und, meine Herrschaften, gehen sie in die Gremien.

Vizebürgermeisterin

Friederike Mach:

Danke. Als nächste zu Wort gemeldet ist Frau Mag. Frech.

Gemeinderätin

Mag. Michaela Frech:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Medienvertreter. Es gilt hier prinzipielle Ähnliches wie zum vorhergehenden Antrag der Projektförderung. Für mich ist es auch unverständlich, daß man nicht in dem zuständigen Gremium diskutiert. Es geht ja nicht nur, wie sie gemeint haben Frau Kollegin Feller-Höller, um S 500.000,-- sondern es geht im Endeffekt um 4 Millionen Schilling. Und zwar deshalb, weil in dem Ansuchen vom 11. Jänner des Museums das Vorhaben durch die Stadt Steyr mit 4 Millionen unterstützt wird und zwar in einem Förderzeitraum

von 1998 bis 2001. Ich denke mir, um 4 Millionen Schilling sollten wir uns eigentlich schon unterhalten. Das sehe ich als verantwortungsbewußte Politik an. Ich glaube, das Ganze ist ja auch nicht überraschend hereingekommen, deshalb ist für mich, wie gesagt, unverständlich, daß wir im Kulturausschuß nicht diskutiert haben. Was ich auch ganz einfach als Ungleichbehandlung anderen gegenüber empfinde das ist, da gebe ich ihnen nicht Recht Herr Dr. Pfeil, daß es keine Unterlagen gäbe. Es gibt einen genauen Plan über Umbau und Investitionen. Man kann sich den Akt besorgen, man kann Einsicht nehmen. Also, die Unterlagen gibt es. Nur sind die hereingekommen mit einem Schreiben, zugleich mit dem Ansuchen, vom 12. 1. Heute haben wir den 21. 1. Ich denke mir, ich kenne kaum andere Vereine, wo das so flott geht. Das würde ich mir bei den anderen auch wünschen, daß ein Schreiben am 12. 1. eintrudelt und am 21. 1. bereits im Gemeinderat behandelt wird. Das ist, glaube ich, neuer Rekord. Wenn es bei allen anderen auch so wäre, dann bin ich absolut dafür, nur ich weiß, daß es nicht so ist. Man kann sich darüber streiten, brauchen die eine Heizung oder nicht, wie schaut es aus mit dem Eingang oder nicht. Ich möchte das als Politiker gar nicht groß beurteilen. Was mir schon wichtig wäre, das ist ein anderer Punkt und das ist eine grundsätzliche Frage. Wenn sie sich die Argumentation ansehen, ich nehme an, einige von ihnen kennen das zum Umbau und den Investitionen, dann stoßen sie darauf, daß man eigentlich einen neuen Weg geht seitens des Museums Industrielle Arbeitswelt. Einen, der sich in den letzten Jahren abgezeichnet hat, der aber verstärkt werden soll in Richtung Veranstaltungszentrum. Mehr weg vom Museum mehr hin zum Veranstaltungszentrum. Das kann man gut finden, das kann man weniger gut finden wenn man sagt, ich möchte, daß das mehr Museum ist und weniger Veranstaltungsortlichkeit, das kann ich für positiv befinden. Aber wir sollten darüber in einem Gremium diskutieren. Wollen wir das als Positionierung? Wie sieht es mit dem Jugend-Kulturhaus aus, das gleich um die Ecke ist, das ja auch ein Veranstaltungszentrum ist? Wie kann man beides zusammen verbinden? Dann hat man unlängst erst den Medien entnehmen können, auch nicht den Gremien, daß ja das Stadtkino umgebaut werden soll und dort auch Tagungsräumlichkeiten entstehen sollen. Jetzt sollen im Museum Arbeitswelt ebenfalls Tagungsräumlichkeiten entstehen. Ich denke mir, da geht es einmal darum zu koordinieren und zu schauen, was wollen wir überhaupt als Stadt Steyr fördern. Diese Grundsatzdiskussion fehlt mir bei diesem Thema absolut. Wir haben uns kein einziges Mal hingesetzt und gesagt, da soll es hingehen. Das fördern wir oder in dem Bereich ist uns das wichtig. Wir erfahren immer erst alles in letzter Sekunde und kurz vor einer Gemeinderatssitzung. Ich denke mir, die Mehrheitsfraktionen würden sich viel Ärger und viel Zeit bei einer GR-Sitzung ersparen, wenn sie zeitgerecht Anträge in die jeweiligen Gremien hineingeben wo man dann wirklich vernünftig diskutieren kann und nicht immer so 5 Minuten vor 12.

Vizebürgermeisterin

Friederike Mach:

Das glaube ich nicht, weil das ist eigentlich schon am 18. 12. 1997 in die Gremien hineingekommen und es ist eine große Bauetappe schon abgeschlossen. Also ist ja das nicht ein Neuland, sondern es ist da unten ja bereits viel passiert.

Als nächster zu Wort gemeldet hat sich GR Lengauer. Bitte.

Gemeinderat

Engelbert Lengauer:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrte Herrn Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren. Zuerst eine Vorbemerkung. Die Ausstellung IndustrieForum ist nicht auf der Tagesordnung des Kulturausschusses gestanden, weil zur Zeit der Abfassung der Einladung überhaupt noch keine

Klarheit bestanden hat, wie das weitergehen soll. Da waren erst die Gespräche und darum haben wir es nicht auf der Tagesordnung gehabt, weil wir einfach nicht über Dinge, die wir nicht wissen, von denen wir nichts haben, reden. Damit wird das einfach ein Gerede und das hat keinen Sinn. Zuerst wollen wir wissen, wie sich der neue Vorstand zusammensetzt, was die sich vorstellen und dann, glaube ich, behandeln wir das. Darum haben wir es nicht daraufgesetzt. Das zur Vorbemerkung.

Zum Antrag selbst. Ich glaube, es geht nicht um die Bedeutung und es geht auch nicht um die Aufgabe, die Beachtung, die große Wichtigkeit und Wertigkeit, die Qualität und die Anerkennung des Museums Arbeitswelt auch als Tagungsstätte, was sich ja in den letzten drei Jahren gezeigt hat und auch sehr bewährt hat, es geht bei diesem Antrag letztlich doch um die abgeschlossene 1. Bauetappe. Unsere Fraktion hat sich im Stadtsenat gegen diesen Antrag ausgesprochen. Wir haben dann aber in der Folgezeit sehr viel diskutiert, überlegt, durchgesprochen und angesehen und haben letztlich gefunden, dem Antrag die Zustimmung zu geben, weil es um die abgeschlossene Bauetappe geht, aber genau mit dem Zusatz, es muß dieser klare Auftrag gegeben werden, daß die Art der Investition, die Umbaupläne erstens einmal im Vereinsvorstand besprochen gehören und dann neubesprochen und neuüberdacht werden müssen, weil da einige Dinge drinnen sind, die einfach nicht passen und zweitens dann sehrwohl noch den politischen Gremien und den politisch Verantwortlichen vorgelegt werden. Mit dieser Auflage können wir, weil es um die abgeschlossene Bauetappe geht, diesem Antrag zustimmen. Ein dritter Gedanke ist, glaube ich, auch noch wichtig. Wir wären sehr ungeschickt, wenn wir die Zuschüsse und den Fluß des Landes, den wir vom finanziellen her bekommen, mit einem „nein“ nun einfach abstoppen und zustopfen würden. Daher haben wir uns also nach langer Beratung das überlegt und doch gesagt, zum Abschluß der ersten Bauetappe „ja“. Aber bitte, ganz, ganz wichtig und ein ganz, ganz vehementer Auftrag, neu zu bearbeiten und neu zu überdenken im Vereinsvorstand und Vorlage an die politischen Gremien.

Vizebürgermeisterin

Friederike Mach:

Danke. Wünscht noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Schlußwort bitte.

Stadtrat

Ing. Dietmar Spanring:

Jetzt ist er nicht da, das ist natürlich schlimm. Ich brauche ansich nichts sagen, weil die paar Sachen sind sowieso gesagt worden. Zu ihnen Frau Mag. Frech. Warum nicht im Kulturausschuß behandelt, jetzt so schnell, weil es am 12. Jänner hereingekommen ist und wir behandeln das schon. Es handelt sich um Budgetmittel aus dem Jahre 1998. Wenn ich die am 25. Jänner im Kulturausschuß behandle und im Februar oder März, wenn der nächste Gemeinderat ist, werde ich die Mittel nicht mehr in Anspruch nehmen können, gleichzeitig aber auch die Mittel vom Land aus dem Jahre 1998 die für die Gesamtabdeckung dieser 8 Millionen Schilling notwendig sind, auch nicht mehr in Anspruch nehmen können. Das heißt, im Grunde genommen ist das einfach ein Nachziehen des Verlaufes. Ich habe in meiner ersten Ausführung ganz klar und deutlich auf das hingewiesen, daß die Weiterfortführung des Projektes im Vereinsvorstand so schnell wie möglich durch die Leute, die im Vereinsvorstand sitzen, durch die, die auch da herinnen sitzen, das sind nämlich die selben Leute, behandelt werden muß, um eben dann wirklich, endlich einmal eine Ordnung in den ganzen Ablauf, was diese Projekte dort unten betrifft, hineinzubekommen. Ich hoffe, daß bei dieser Sitzung des Vereinsvorstandes tatsächlich auch alle entsandten Delegierten dann dort sind und dort entsprechend diskutieren, weil es geht an sich nur dort, weil die Protokolle, die diese Personen zugeschickt bekommen, wandern vielleicht in Rundordner. Ich weiß es nicht, weil normal müßte man dann anhand dieser Protokolle reagieren,

wenn einem etwas nicht ganz gepaßt hat. Ich hoffe wirklich und ich appelliere noch einmal, daß sich der Vorstand dieses Museums zusammensetzt, dieses Projekt entsprechend behandelt, die Mittel, die vom Land zugesagt sind, entsprechend abwägt und mit unseren Mitteln dann in Konsens bringt und eben dann den entsprechenden Gremien, Kulturausschuß, Stadtsenat und Gemeinderat, wie der normal logische Ablauf in diesem Haus sein soll, durchgeführt wird, damit wir uns schlußendlich diese Diskussion sparen können, die wir jetzt in der letzten Zeit immer geführt haben.

Gemeinderätin

Mag. Michaela Frech:

Nur ein kurzer Zwischenruf. Das Liberale Forum ist nicht im Vorstand des Museums Arbeitswelt.

Stadtrat

Ing. Dietmar Spanring:

Ich habe sie auch nicht persönlich angesprochen.

Vizebürgermeisterin

Friederike Mach:

Es ist allgemein gesprochen worden, daß ein Teil, der hier herinnen ist, auch im Vorstand ist.

Gemeinderätin

Mag. Michaela Frech:

Der Herr Stadtrat hat mich persönlich angesprochen.

Stadtrat

Ing. Dietmar Spanring:

Ich habe sie angesehen.

Vizebürgermeisterin

Friederike Mach:

Wenn der Vorstand tagt, dann sollen auch alle pünktlich erscheinen, daß sie an der Diskussion und

Debatte teilnehmen können und überall Bescheid wissen. Das ist natürlich auch wichtig.

So, meine Damen und Herren wir kommen jetzt zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Wer ist dagegen? 8 (FPÖ). Übt jemand Stimmenthaltung? Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen. Danke. Nächster Punkt bitte.

Stadtrat

Ing. Dietmar Spanring:

Im nächsten Antrag geht es um den Mitgliedsbeitrag für den Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung für das Finanzjahr 1999; Akontozahlungen.

Fin-282/98

Mitgliedsbeitrag für den Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung für das Finanzjahr 1999; Akontozahlungen.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB für Finanzen vom 4. Dezember 1998 wird den vierteljährlichen Akontozahlungen in Höhe von S 3.556.300,-- (exkl. USt.), also insgesamt S 14.225.200,-- (exkl. USt.), an den Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung für den Mitgliedsbeitrag 1999 zugestimmt.

Zu diesem Zweck wird die Freigabe eines Betrages in Höhe von S 14.225.200,-- bei der VAST. 1/851000/754000 für das Rechnungsjahr 1999 genehmigt.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch hinzufügen, daß der Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung für das Jahr 1998 wieder den Umweltpreis des Landes Oberösterreich erhalten hat.

Ich ersuche um Zustimmung.

Vizebürgermeisterin

Friederike Mach:

Danke. Wünscht dazu jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Ist jemand dagegen? Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Letzter Punkt bitte.

Stadtrat

Ing. Dietmar Spanring:

In meinem nächsten Punkt geht es um die Nachtdienstzulage für die Buslenker der Stadtwerke. Die Buslenker der städtischen Verkehrsbetriebe erhalten für geleistete Nachtdienststunden zwischen 22.00 und 6.00 Uhr aufgrund des Gemeinderatsbeschlusses vom 29.10.1954 eine Nachtdienstzulage in der Höhe von derzeit S 6,65. Nun hat die Personalvertretung, mit Schreiben vom 20. 10. 1998, einen Antrag auf Erhöhung der Nachtdienstzulage gestellt. Dieser wurde in der Sitzung des

Personalbeitrates vom 14. Dezember 1998 genehmigt. Ich möchte nun den Antrag stellen.

Päs-719/98

Nachtdienstzulage für die Buslenker der Stadtwerke.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA Personalverwaltung wird in sinngemäßer Anwendung des § 30 (3) Statutargemeinden-Beamtenengesetz, LGBL. 37/156 i.d.g.F., die Nachtdienstzulage für die Buslenker der Städt. Verkehrsbetriebe bei den Stadtwerken auf S 14,-- erhöht. Die gen. Zulage ist in die für die Nebengebühren geltende Automatik einzubeziehen und kaufmännisch auf Schilling zu runden sowie mit der innegehaltenen Dienststellung und Tätigkeit verbunden und jederzeit - sowohl dem Grunde als auch der Höhe nach - widerrufbar.

Die Verordnung tritt mit Ablauf des Tages der Kundmachung in Kraft. Die Kundmachung erfolgt gem. § 65 (1) StS 1992 i.d.g.F. durch zweiwöchigen Anschlag an den Amtstafeln der Stadt Steyr.

Ich ersuche um Zustimmung.

Vizebürgermeisterin

Friederike Mach:

Danke. Wünscht dazu jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Ist jemand dagegen? Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Ich danke Herrn StR Ing. Spanring für die Berichterstattung.

Meine Damen und Herren, der Tagesordnungspunkt 5) ist erschöpft. Wir haben heute Beschlüsse über S 70.757.100,-- gefaßt. Ich darf fragen ob es zur „Aktuellen Stunde“ ein Thema gibt. SPÖ? Nein. FPÖ?

Vizebürgermeister

Dr. Leopold Pfeil:

Ja. Herr GR Payrleithner.

Gemeinderat

HANS Payrleithner:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Ich möchte am Ende unserer heutigen Tagesordnung in „der Aktuellen Stunde“ noch ein paar Bemerkungen über ein Thema machen, daß uns eigentlich schon am Anfang der heutigen GR-Sitzung beschäftigt hat und die Frau Vizebürgermeisterin hat es bereits kurz angeschnitten, nämlich die drohende Kündigung von 100 Mitarbeitern im ehem. Steyr-Daimler-Puch, jetzt dem Herrn Stronach gehörenden Magna-Konzern. Ich glaube, daß uns das Schicksal von 100 Menschen doch auch in der Gemeinde

beschäftigen sollte, wenn auch die Politik selbstverständlich weder Arbeitsplätze schaffen kann und auch wahrscheinlich den Abbau dort nicht verhindern kann. Wenn ich gestern gelesen habe, daß in der Stadt Steyr die höchsten Löhne bezahlt werden, dann ist das sehr erfreulich. Für die, die dort jetzt davon betroffen sind, daß sie ihre Existenz verlieren, denen wird das allerdings wie Hohn in den Ohren klingen. Hohn und Zynismus ist auch, wenn der Vertreter dieser Firma verlangt oder ihnen ins Haus stellt, daß sie ja gerne nach Graz übersiedeln können, wenn sie Arbeitsplätze brauchen. Also, derartige Äußerungen muß man sich auch einmal vorstellen. Ich hoffe nicht, daß damit der Beginn und das letzte Kapitel in der traditionsreichen Firmengeschichte der Steyr-Daimler-Puch aufgeschlagen wird. Anzeichen dafür sind allerdings vorhanden. Wir haben uns bei der Übernahme des Steyr-Daimler-Puch-Konzerns an Magna zurückgehalten und nicht an den Jubelmeldungen beteiligt, weil wir skeptisch waren und abwarten wollten, wie die Entwicklung wird und eigentlich haben die Skeptiker letztlich Recht gehabt. Die Befürchtungen, die wir damals schon gehabt haben, sind teilweise eingetreten. Nämlich, daß dieser Konzern, was den Steyreranteil betrifft, offensichtlich vom Herrn Stronach nur gekauft wurde, um den Gesamtkonzern zu erhalten, als Zuschlag, und vor allem die für ihn so interessanten Steyrer Immobilien. Allein die Steyrer Wohnungen und Immobilien, Grundstücke und Reithofferareal, Schwimmschule und vieles mehr, sind mehr als das wert, was er an Preis für den Gesamtkonzern bezahlt hat und jetzt sieht es aus, als ob er sich von diesem Steyrer-Teil vollkommen trennen möchte. Er ist ja nach wie vor leider defizitär. Man muß aber auch sagen, daß er nie gesagt hat, was er hier vorhat, warum er woanders investiert, teilweise in sehr großen Beträgen, und nicht in Steyr. Das Ganze hat sich schon abgespielt vor einem sehr starken politischem Hintergrund. Man darf nicht vergessen, daß sowohl die Käufer und Verkäufer hochrangige Politiker waren, der Herr Vranitzky, der Herr Streicher usw. Jetzt will keiner mehr etwas von dem Ganzen wissen und offensichtlich berührt auch das Schicksal des verbliebenen Teils in Steyr in der Politik niemanden mehr. Man hat wirklich den Eindruck, als ob alle zusehen, wie das den Bach runtergeht. Es wäre schon interessant, was diese Leute, die damals diesen Verkauf eingefädelt haben, in der damals schon von gewisser Seite kritisiert wurde. Zu Recht, wie sich jetzt herausstellt. Es wäre interessant, was die heute dazu sagen. Noch einmal, wir werden das nicht verhindern können, aber ich glaube, sollte es überhaupt noch einen Einfluß von politischer Seite geben, dann sollte rasch alles daran gesetzt werden. Der Herr Stronach ist ja nicht irgendwer. Er kommt immer wieder nach Österreich, tritt groß im Fernsehen auf, er versteht ja das herrlich, führt uns an der Nase herum, erzählt uns, was er alles macht. Aber die wesentlichen Dinge und vor allem, was die Menschen halt wirklich interessiert, was er nämlich mit diesem Betrieb noch vorhat, das sagt er nicht. Er baut eine Kugel dort und investiert da und er möchte in Ebersdorf großartig investieren. Er hat nie gesagt, was er in Steyr macht. Wenn man so ein bißchen zurücksieht, es ist ja nicht lange her, es ist erst ein Jahr her, seit das über die Bühne gegangen ist, was der Herr Stronach alles versprochen hat, was er machen wird und wenn man heute schaut, was wirklich eingetreten ist, dann ist das wirklich eine sehr armselige Angelegenheit. Man muß feststellen, daß leider die schlimmen Befürchtungen eingetreten sind.

Vizebürgermeisterin

Friederike Mach:

Wir haben aber eh nicht gejubelt.

Wer wünscht noch das Wort? Gerhard bitte.

Stadtrat

Gerhard Bremm:

Ja meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen. In Wirklichkeit ist das noch einmal eine tragische Entwicklung, die sich über mehr als ein Jahrzehnt dahinzieht. Wenn man sich noch einmal in Erinnerung ruft, am 1. Jänner vor 15 Jahren, nämlich am 1. Jänner 1984, ist eigentlich der Startschuß für diese tragische Entwicklung der Steyr-Daimler-Puch gestartet worden. Nur haben wir es damals noch nicht geglaubt, als Generaldirektor Malzacher sagte, 900 Leute in Steyr werden gekündigt. Wir haben zwischenzeitlich nur mehr ein kurzes Hoch gehabt, das war ein Auftrag für China. Dann 1987/88 ist diese Entwicklung fortgesetzt worden. Es ist tragisch für die Beschäftigten, für den Betrieb SAT, für die Kolleginnen und Kollegen die dort beschäftigt sind. Gerade Kollege Tatzreiter, Kollege Spanring und meine Wenigkeit, die dort schon noch immer ein bißchen Insider sind, die beiden Kollegen mehr wie ich, aber nachdem wir in dem Betrieb ein sehr Nahverhältnis haben, weiß ich auch noch Bescheid. Wir waren sehr skeptisch und unsere Euphorie hat sich wirklich äußerst in Grenzen gehalten, als dieser Verkauf angekündigt wurde. Wir haben gesagt, nach dem Motto nach Karl Fakasch, schauen sie sich das an, was dort herauskommt, weil auch für uns dort die Konzeption gefehlt hat, in Richtung Standort Steyr. Du hast vollkommen Recht mit deinen Ausführungen und Betrachtungen, was den Stronach und das Unternehmen Magna anbelangt. Aber ich möchte hier auch die Gelegenheit schon nützen um nochmals in Erinnerung zu rufen, wo sind jene, nicht nur, wenn du fragst, wo sind jene, die den Verkauf der Steyr-Werke betrieben haben, und auch dann realisiert und umgesetzt haben. Es sind nicht nur die Vranitzkys und Randas sondern es sind auch die CA's die dort gesessen sind und so manche andere auch. Aber ich frage heute und hier auch, wo sind jene Verantwortlichen in dieser Republik, die geschrien haben, lange Jahre geschrien haben, weniger Staat mehr Privat, die hier massiv verlangt haben, daß die VÖST privatisiert wird, daß die VÖST zerschlagen wird, daß die Steyr-Daimler-Puch zerschlagen wird. Hier hat es viele Jahre heiße politische Diskussionen gegeben. Hier ist eine Stimmung in der Allgemeinheit, in der Öffentlichkeit gemacht worden, wo es dann auch möglich geworden ist, diese Schritte umzusetzen und zu realisieren. Da muß ich schon einen kleinen Seitenhieb in Richtung deiner Partei, lieber Kollege Payrleithner, nicht in deine sondern deiner Vertreter, die auf Bundesebene sind, geben. Auch sie waren jene, die gesagt haben, wenn das Unternehmen nicht wirtschaftlich ist, dann gehört es privatisiert oder gehört die Bude zugesperrt. So waren damals die Aussagen. Ich glaube, hier ist schon sehr viel auch mit der Änderung in der Wirtschaftspolitik in Österreich geschehen. Das sind natürlich auch noch Auswirkungen, Ausflüsse da hin. Ich glaube auch, dazu hat ja unsere Frau Vizebürgermeisterin in Vertretung des Bürgermeisters und in Vertretung des Stadtsenates und Gemeinderates heute eine Aussage gemacht und hat hier schon sehr vehement auch den Eigentümer aufgefordert, diesen Schritt noch einmal zu überdenken, zu überlegen, die Kündigungen zurückzunehmen und Konzeption für den Standort Steyr der SAT hier vorzulegen und auch einmal eine Absicherung dieses Standortes zu gewährleisten. Insgesamt, glaube ich, können wir als verantwortliche Mandatäre dieser Stadt, gegen diese Vorgangsweise nur protestieren. Es wird uns die rechtliche Handhabe fehlen, das, wenn der Eigentümer diesen Schritt durchzieht, aufzuhalten. Nicht einmal als Betriebsrat hat man die Möglichkeit letztendlich das zu verhindern. Wo nämlich nichts ist, hat der Kaiser das Recht verloren. Das ist ein altes Sprichwort. Wenn in einem Unternehmen nicht die notwendige Arbeit hintransferiert wird, dann ist halt dort auch die Möglichkeit etwas zu verhindern nicht gegeben. Aber ich glaube, es ist richtig, daß wir hier auch unseren Protest und Unmut in Richtung dieser Vorgangsweise zum Ausdruck bringen.

Vizebürgermeisterin

Friederike Mach:

Danke. Wünscht von den Freiheitlichen jemand das Wort? Herr Vizebürgermeister Dr. Pfeil. Bitte

Vizebürgermeister

Dr. Leopold Pfeil:

Es ist genau 1 Jahr her, als dieser Deal, so sagt man ja offensichtlich zu diesem Geschäft, zustande gekommen ist. Es ist schon sehr interessant, was unsere Betriebsräte und auch Politiker, die heute hier im Hause sitzen, damals gesagt haben und was sie heute dazu sagen. Ich habe hier nur einen kleinen Presseauszug von den damaligen Aussagen, vom Jänner 1998, den ich ihnen nicht vorenthalten möchte. Zuerst ist einmal, seitens von Magna, gesagt worden: „Wir übernehmen ein erfolgreiches, profitables Unternehmen und wollen mit den Mitarbeitern die Erfolge festigen. Magna sei zudem für dezentrale Strukturen bekannt“; sagt Winkler, also Magna-Sprecher, auf die Frage nach der Sicherheit des Standortes Steyr. LR Leitl hofft auf neue Jobs. Heute bietet Leitl, hat man gestern gehört, auch Soziallandesrat Ackerl, Sozialpläne dafür an, vergißt aber dabei, daß das Angebot seitens der Firma eine 10 - 15 %ige Lohnkürzung und die Abwanderung oder Absiedlung nach Graz bedeuten würde. Dann kommt noch dazu, daß Magna auf einem Schlag Großgrundbesitzer in Steyr geworden ist. Das ist ja bei dieser ganzen Überlegung immer im Hintergrund. Es hat sich auch auf Anfrage und Intervention vom Bürgermeister und auch von meiner Seite her, niemand darum gekümmert und es gibt auch hier keine Absichten, was für die Stadt unter Umständen sehr gefährlich sein kann, die uns bekannt sind: „Was haben denn die guten Leute damit vor?“ Ich möchte nicht, daß in wenigen Jahren die ehemaligen Steyr-Daimler-Puch Werke zu einer Wohnungsgesellschaft verkommen sind. Das kann durchaus, wenn das so weiter geht, in aller Bälde sein, wenn nicht diese Wohnungen auch noch einzeln verkauft werden, weil hier scheint schon das amerikanische Prinzip zu herrschen, alles was verkaufbar ist, wird verkauft. Der Angestellten-Betriebsrat, Dietmar Spanring, hat zu Recht damals gesagt, es stehen Investitionen an. Wer den Betrieb kennt oder wer sich informiert hat, weiß, daß hier im letzten Jahr nichts investiert worden ist. Das bedeutet natürlich eine Frustration aller Mitarbeiter in diesem Bereich. Vom Arbeiter über den Angestellten bis zum Vorstand. Das muß man auch sagen und das färbt natürlich auf die Regionen, auf die Stadt ab. Auch eine Aussage von Spanring: „Wie will man Magna klar machen, daß die Entwicklung der S-Matic 240 Millionen Schilling gekostet hat?“ Das fragt sich Dietmar Spanring. „Die Früchte, so die Befürchtung, wird jemand anderer ernten.“ Im Gespräch ist der Deutsche Getriebebauer Z. F. Friedrichshafen. Nicht einmal so weit ist es gekommen, daß man mit einem anderen Anbieter verhandelt hätte oder zumindest hier eine gemeinsame Entwicklung oder Produktion weiterfährt. Bürgermeister Hermann Leithenmayr, das ist alles vor einem Jahr, sagt: „Und dies könne sehr positiv sein.“ Also die Entwicklung, die hier eingetreten ist. Das Gleiche meint auch StR ...

Stadtrat

Gerhard Bremm:

Könne!

Vizebürgermeister

Dr. Leopold Pfeil:

Könne. Das ist richtig. Könne sehr positiv sein. Das Gleiche meint auch StR und Wirtschaftskammerobmann Gunter Mayrhofer, der sagt: „Man soll das Positive sehen und nicht, wie es die Österreichermentalität ist, immer nur das Negative. Stronach sei ein erfolgreicher Unternehmer, wo wahrscheinlich die Betonung auf Unternehmer liegt, und die Steyrer Werke mit ihrem now-how anerkannt. Diese Kombination sei viel versprechend, und Mayrhofer glaubt auch nicht, daß der Austrokanadier die Firma filetiert sondern investiert, sprich, nicht Graz behält und Steyr verkauft. Das Gegenteil wird wahrscheinlich eintreten oder ist bereits eingetreten. Hingegen Vizebürgermeister Pfeil: „Ich sehe Doppelgleisigkeiten zwischen den Steyr-Werken und Stronachs Magna-Konzern, und

parallele Produktionen wird Stronach vermutlich nicht fahren. Die Steyr-Werke wurden wie ein parteieigener Betrieb geführt.“ Eine letzte Anmerkung noch. Dietmar Spanring: „Mit der entsprechenden Arbeit und Leistung ist es Wurscht, welcher Eigentümer uns besitzt.“ Das sagt SAT-Angestellten-Betriebsrat Dietmar Spanring. Die Leistung, da bin ich durchaus der Meinung, daß sie paßt in diesem Bereich, daß hier ein hervorragendes Produkt entwickelt wurde. Nur, diese Entwicklung ist abgerissen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Bewußt abgerissen und ein Jahr ist es ausgesessen worden dieses Problem. Und jetzt stehen wir vor einem wirklichen Problem. Ein Sozialplan wird es wahrscheinlich nicht sein, der uns aus dieser Phase heraushilft.

Vizebürgermeisterin

Friederike Mach:

Gut. ÖVP? Herr StR Mayrhofer bitte.

Stadtrat

Gunter Mayrhofer:

Ja, ich gebe ihnen natürlich zum Teil Recht. Die ganze Entwicklung ist eine sehr Betrübliche. Wir haben uns, glaube ich, alle gewünscht, so wie wir heute da herinnen sitzen in diesem Raum, daß es eine positive Entscheidung gewesen ist. Die Meldung, die uns gestern erreicht hat, hat gezeigt, daß unsere Einschätzung leider Gottes nicht so eintrifft sondern, daß wir uns eigentlich auf Schlimmes vorbereiten müssen. Ich gebe ihnen vollkommen Recht, daß man das mit Sozialplänen nicht abfedern kann sondern unser volles Augenmerk muß eigentlich jetzt darauf gerichtet werden, was kann ich machen um neue Arbeitsplätze anzubieten. Auch die Probleme, welche die Steyr-Werke seit 10 Jahren haben, haben sich ja nicht alleine mit Krisenplänen oder Hilfestellungen im Arbeitsmarktservice lösen lassen. Das Entscheidende war, daß wir neue Betriebe nach Steyr bekommen haben. Und auch jetzt, bitte, haben wir permanente Anfragen von Firmen, die sich in Steyr ansiedeln können. Ich glaube, jetzt müßten wir wirklich zusammenstehen und unser möglichstes tun um so schnell als möglich das Gewerbegebiet in Dornach tatsächlich hier auf die Füße zu stellen, ohne in schöngeistiger Manier zu glauben, entscheidend ist eine schöne Architektur und entscheidend ist, daß ich möglichst hochwertige Arbeitsplätze schaffe. Natürlich ist das auch wichtig aber ganz entscheidend für unsere Region ist, daß Arbeitsplätze geschaffen werden, daß ich also Möglichkeiten biete, daß Unternehmen, die sich hier ansiedeln wollen, die hier Arbeitsplätze schaffen, auch die Möglichkeit bekommen. Ich glaube, das hilft mittelfristig, langfristig jenen Leuten, die jetzt vielleicht einen blauen Brief bekommen haben, mehr als nur Schuldzuweisungen und zu sagen, ich habe es eh gewußt, daß das schief geht. Ich appelliere wirklich an alle hier, in diesem Raum, versuchen wir so schnell wie möglich dieses Gewerbegebiet in Dornach umzusetzen und schauen wir, daß wir so schnell wie möglich Betriebsansiedlungen her bringen um das abzufedern, was jetzt schon avisiert wurde, und zu befürchten ist auch noch, daß noch mehr Kündigungen womöglich kommen. Danke.

Vizebürgermeisterin

Friederike Mach:

Danke. Wünscht von den Grünen jemand das Wort?

Gemeinderat

Kurt Apfelthaler:

Wertes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren im Gemeinderat. Jetzt hat es sich wieder gezeigt, daß die jahrhundertelange Tradition in Steyr, diese Abhängigkeit von einem großen Betrieb und die Abhängigkeit der Arbeitenden in diesem großen Betrieb, ständigen Schwankungen unterworfen sein kann. Wir reden heute über 100. Wir haben schon einmal über 1000 gesprochen. In den vergangenen Jahrzehnten waren es auch über 1000 die einmal kommen und einmal gehen durften, je nachdem wie die wirtschaftliche Lage war. Was mir gut gefallen hat war die Wortmeldung des Herrn Vizebürgermeister Tatzreiter zu diesem Thema und zum Thema Stronach, wie er gesagt hat, es wäre ganz gut, wenn sich der Herr nicht nur für Fußball sondern auch für unsere Arbeiter hier in Steyr interessieren täte. Ich denke mir, er hat auch sehr gut hier zum Ausdruck gebracht, daß in den wechselnden Strömungen, die manche Leute zu Geld bringen und manche Leute Geld verlieren, der Arbeiter irgendwo dazwischen steht, daß er kaum, auch wenn es Gewerkschaften gibt, einen Einfluß haben kann sondern, je nach Windrichtung, Luftdruck und ideologischer Ausrichtung, hier über die Köpfe von Hunderten wenn nicht sogar Tausenden einfach entschieden wird. Was hier die Gemeinde machen kann ist ein relativ geringer Beitrag. Es ist der Beitrag vielleicht, daß man hier Solidaritätssprüche ausspricht aber ich denke, daß derlei Dinge mit dieser Tragweite wahrscheinlich nur auf Bundesebene abgehandelt werden können. Es war ja schon interessant zu Beginn der Verhandlungen, wie da einige Stellungnahmen abgegeben worden sind, z. B. in Richtung Aktionäre. Der Arbeiter ist jetzt selbst Aktionär etc. Das hat mich schon ein bißchen irritiert. Denn wenn man genau bedenkt, jetzt vereinfacht gesagt, wenn der Arbeiter jetzt selbst Aktionär seiner Firma ist, dann müßte er ja in erster Linie schauen, daß diese Firma lukrativ arbeitet. D.h., daß hier die ganzen Kosten so gering als möglich gehalten werden und wie man sieht, hält man ja die Kosten in Grenzen indem man weiterhin entläßt. Also ist der Arbeiter in Zukunft selber interessiert, daß Arbeiter entlassen werden. Aber bitte, so kann es doch nicht sein. Oder? Auch wenn es recht nett klingt und vielleicht leistungsfördernd für den Unternehmer ist, wenn er den Arbeitern einredet, sie sollen selbst Aktionäre spielen. Also, das ist auch etwas, was mich unheimlich gestört hat. Ich denke mir, es gäbe schon Ansätze hier in Österreich, wenn man versucht, nachhaltig auch Arbeitsplätze zu schaffen. Nur, da streiten sich die Leute herum. Leider Gottes haben wir es bislang noch nicht geschafft, obwohl die Arbeitslosenzahlen in Österreich ja schon seit einiger Zeit eine Sprache sprechen, die nicht nur jetzt die Regierung alarmieren sollte sondern diese Entwicklung. Wir sind ja keine Insel, wir haben ja ein rundherum und in Österreich ist es genauso zu betrachten. Nur, es ist halt nicht so, daß die Armut, die daraus entsteht, ohne weiteres sichtbar ist. Nicht? Weil das soziale Netz in Österreich noch sehr gut hält, daß dieses Ausmaß an Arbeitslosigkeit, das wir zwischen den Weltkriegen und nachher gehabt haben, nicht so in dieser Form stattfindet. Aber die Mobilität die durch die ständig wechselnden Situationen in den Industrien und auch in den Klein- und Mittelbetrieben entstanden ist, ist ja auch, glaube ich, nicht gerade sozialfreundlich oder familienfreundlich. Aber, es gehört zu einem Lebenszweck dazu. Man könnte sich ja einmal überlegen, und man hat es wahrscheinlich schon getan nur noch nicht durchgesetzt, eine 35-Stunden-Woche einzuführen, um diese Arbeit, die vorhanden ist, auf mehrere Leute aufzuteilen. Es soll auch seitens der Unternehmen nicht so sein, indem sie sagen: „Ich kann mir keinen neuen Arbeiter leisten, aber dafür machst du deine Überstunden.“ Oder wo steht den auch geschrieben, in den Konzepten, und das ist auch heute zur Sprache gekommen, daß unbedingt die Forschung etc. jetzt die Lösung ad hoc bringen soll. Sicher sind wir in Österreich in der Forschung ziemlich weit hinten gegenüber den Staaten in der internationalen Gemeinschaft, dort hineinzuinvestieren ist durchaus positiv, bringt aber kurzfristig kaum Lösungen, weil sich das in der Wirtschaft wahrscheinlich erst mittel- bis langfristig niederschlägt. Darum sage ich, wäre es gut, und der Kollege StR Mayrhofer hat es hier auch schon erwähnt, wenn die Stadt für ihren Teil dafür sorgen würde, daß hier Betriebe herkommen. Betriebe, die auf Nachhaltigkeit abzielen und deren Projekte hoffen lassen, daß sie, zumindest in den nächsten 5 bis 10 Jahren halten oder sich weiter entwickeln könnten, und damit wäre auch gebeten darum, daß man gerade in dem Förderszenario, über dieses Thema haben wir auch schon gesprochen, so sensibel wie möglich umgeht, weil es kann auch nicht

sein, daß wir mit der Gießkanne den einen oder anderen besonders hervorheben und die, die sich ganz normal an diesem Prozeß beteiligen, dann vielleicht mit ein paar Prozenten abtun. Wie gesagt, daß ist vielleicht der kleine Weg einer Gemeinde, der für uns vielleicht groß erscheint. Ob es jetzt für die 100 Entlassenen dort oben zu einer Perspektive wird, glaube ich, kann man nicht sagen. Das bezweifle ich. Es bleibt uns ja die Hoffnung unbenommen, daß die Entwicklung wieder einmal auf eine andere Seite, auf die positive Seite, dreht. Danke.

Vizebürgermeisterin

Friederike Mach:

Danke. Frau Mag. Frech?

Gemeinderätin

Mag. Michaela Frech:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Medienvertreter. Ja, ich glaube, aus dieser gestrigen Nachricht, daß 100 Arbeitsplätze in Steyr gefährdet sind, soll die Politik, glaube ich, auch ihre Lehren ziehen. Und zwar die Lehren insoweit, wenn man sich jetzt wirklich wieder auf Steyr begrenzt, ich möchte nicht auf die Bundespolitik eingehen, die ist da sicherlich sehr stark gefördert, wenn es darum geht Rahmenbedingungen zu machen, die wirklich Arbeitsplätze schaffen, indem es mehr Selbständige gibt, indem es mehr Unternehmen gibt, aber wir in Steyr sind gefordert, verstärkt auf die kleineren und mittleren Unternehmen auch zu setzten, weil einfach das Problem, und das haben auch einige meiner Vorredner angesprochen, ist, wenn man sich auf ein paar Großbetriebe verläßt, dann ist man halt vielleicht irgendwann einmal wirklich verlassen. Wir müssen schauen, daß wir verstärkt Arbeitsplätze schaffen. Das kann nicht die Politik, aber das können wir durch Rahmenbedingungen, durch gezielte Betriebsansiedlung und indem wir z. B. auch mehr an Förderungen für kleinere und mittlere Unternehmungen durchsetzen. Allerdings nach klaren Richtlinien, die für alle gleich sind. Was ich in der Debatte oder in der kurzen Diskussion hier sehr störend empfunden habe, möchte ich schon sagen. Herr Kollege Payrleithner, sich herauszustellen und zu sagen, die ganzen Politiker tun da nichts und keiner kümmert sich darum, also, ich glaube schon, wenn man so das letzte Jahr betrachtet hat, gehe ich sowohl davon aus, daß der Kollege Tatzreiter als auch der Kollege Spanring sehrwohl sich in diesem Bereich sehr stark engagieren, ohne vielleicht große, starke Töne zu spucken. Das empfinde ich dann schon sehr unfair den betreffenden Personen gegenüber, denen ich auch durchaus abnehme, daß sie da sehr mitzittern und mitleiden. Sich hinzustellen, keiner kümmert sich wenn jetzt nicht die F eine Aktuelle Stunde dazu macht, also, das halte ich auch nicht für besonders geschickt. Ich denke mir, das hilft auch nicht den Betroffenen. Ich glaube aber auch, daß wir uns klar sein sollten, klar ist es auf den ersten Blick immer total schrecklich, es ist auch schrecklich für die Betroffenen, aber vor allem geht es um 100 Arbeitsplätze, aber ich glaube, daß sollte uns nicht den Blick trüben, daß wir ja auch trotzdem viele Arbeitslose haben, die nicht so sichtbar sind, die nicht so auffallen, weil es ja nicht gleich auf einen Schlag 100 betrifft, die halt irgendwann in kleineren, in mittleren Unternehmen abgebaut werden. Um die müssen wir uns mindestens genauso kümmern und die sollten wir auch vielleicht öfter in unser Bewußtsein hineinrücken. Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

Vizebürgermeisterin

Friederike Mach:

Danke. Ich möchte nur mitteilen, der Herr Vzbgm. Tatzreiter hat heute ein Gespräch mit dem Herrn Koch gehabt. Ich weiß, daß pro Fraktion nur ein Redner sein darf, aber wenn das Interesse des Gemeinderates besteht, würde ich ihn ersuchen, daß er uns vielleicht das Gespräch noch mitteilt.

Vizebürgermeister

Leopold Tatzreiter:

Ja meine Damen und Herren des Gemeinderates, werte Presse. Ich und die Belegschaft sind genauso erschüttert wie sie alle da herinnen, als mit Beginn des vergangenen Jahres, nämlich zeitgleich zum ersten Monat im Jahr, im Jänner 1998, der Beschluß gefallen ist, daß Steyr-Daimler-Puch verkauft ist. Wir sind ja alle damit überrascht worden. Selbst Streicher ist zu diesen Gesprächen nicht eingeladen gewesen und ist selbst damit überfahren worden. Die Dinge sind so abgelaufen, daß auf höchster Ebene die Magna zum geeigneten Zeitpunkt zugegriffen hat. Noch dazu zu einem Preis, wo wir alle gesagt haben, der ist eigentlich eine Sensation, nämlich an Gemeinheiten, daß man so etwas so billig verkauft. Wir wissen ja was die Steyr-Daimler-Puch an Größenordnungen hat, und das ist schon erwähnt worden, daß halb Steyr sozusagen der Steyr-Daimler-Puch gehört, daß das jetzt Eigentum des Stronach ist und Stronach sozusagen der Mehrheitseigentümer von Magna ist, zumindest der Entscheidenste. Er ist ja mit etwa 16 Milliarden Privatkapital eingeschätzt. So sehen die Dinge aus. D.h., er entscheidet. Wir brauchen ja nur die Äußerungen verfolgen. Ich bin ja nicht einer, der den Dingen gerne nachhängt. Wenn sie sich vielleicht erinnern, habe ich damals gesagt, wir werden uns noch wundern, nämlich immer von Privatisierungen zu sprechen. Das werden wir noch erleben, was auf uns zukommt. Heute hat mich ein Wirtschaftsjournalist per Telefon angesprochen und gesagt, ich muß wirklich mit ihnen reden, weil sie haben vorausgeahnt was auf euch zukommt. Ich bewundere ihren Weitblick, hat er gesagt. Habe ich gesagt, das ist keine Verwunderung ich habe das so kommen gesehen. Der hat ja nur gekauft, weil von ihm aus das Kapital vorhanden ist und für ihn der Preis gestimmt hat. D.h., alles was er jetzt verkauft, ist für ihn ein Gewinn. Er sagt ja auch nicht bei den Sportvereinen, und das ärgert mich ja so sehr, daß er sich großzügigst bei den Sportvereinen landauf, landab ansehen läßt und, daß er eigentlich die Betriebe, die er verkauft, denen versprochen hat, daß zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden und, er hat nämlich immer gesagt, die Menschen muß man fair behandeln, mit Arbeit ausstatten und sie brauchen nicht um ihre Arbeitsplätze zittern, dann sind sie auch beweglich, dann sind sie auch flexibel. Nicht, so spricht er ja. In dem Zusammenhang ist das für mich gar nicht so überraschend gekommen, was da jetzt passiert ist, weil er ausschließlich auf gut florierende Betriebe, und wir denken ja daran, was Steyr-Daimler-Puch konzernweit für Graz investiert hat. Alle die, die bei Steyr-Daimler-Puch beschäftigt waren oder sind wissen was dort für Geld hingeflossen ist. In Graz hat man sozusagen die ganze Fachwelt zusammengefangen und dort drücken sich die Experten und auch die Unternehmer die Türschnallen gegenseitig in die Hand und in Graz ist natürlich ein Riesenbetrieb aufgeblüht, wenn ich das so sagen darf und Steyr hat man in diesem Zusammenhang vernachlässigt, weil man lange Zeit ausschließlich großen Spekulationen in Richtung der Waffe gehabt hat, nämlich Panzerfertigung. Das Spiel ist dann, wie wir alle miteinander wissen, eingebrochen. Da können wir jetzt diskutieren wie wir es brauchen, im Zusammenhang dessen ist Steyr vernachlässigt worden und damit ist es dem Baum angegangen. So, das zum Rückblick.

Ich habe heut mit dem Koch gesprochen, er ist ja der Vorstandssprecher, er hat mir natürlich erklärt, daß er es bedauert, daß diese Meldung auf diese Art an die Belegschaft gegangen ist, aber auch in die Öffentlichkeit, hat er gesagt, so etwas hätte er eigentlich nicht getan. Es war sein Amtskollege,

Vorstandskollege, der uns telefonisch mitgeteilt hat, zuerst mir oder vielleicht dem Kollegen Spanring, das weiß ich nicht, das kann ich nicht genau sagen, aber auf jeden Fall hat er uns mitgeteilt, daß die wirtschaftlichen Schwierigkeiten leider in den vergangenen vierzehn Tagen oder von mir aus drei, vier Wochen, die wir ja jetzt noch nützen hätten sollen, weil wir haben ja eine Vereinbarung getroffen, auch in dem Zusammenhang, das dem Unternehmen gut getan hat, gegen den Willen der Belegschaft, ich sage das auch, ich bin aber dazu gestanden, habe mich prügeln lassen, wie schon so oft über irgendetwas, weil ich glaube, daß man dem Unternehmen auch zur Hand gehen muß, wenn es Probleme gibt. Die Belegschaft versteht es letztendlich, wenn es funktioniert. Nur, die Manager versagen von einer Ebene auf die andere. Ganz egal wer da herkommt. Sie sind alle aus dem gleichen Holz geschnitzt und wenn es nur zwei, drei sind, die da ergänzt werden, dann werden sie für die anderen verseucht, ich sage das einmal so, von der Grundidee her. Daß man merkt, wenn einer da neu herkommt hat er momentan gute Ideen, unverbraucht, hat einen Weitblick und auf einmal ist die Sache eingeschränkt und es geht nichts mehr. So, das sind die Dinge. In diesem Zusammenhang habe ich heute dem Koch erklärt, daß wir mit der Vorgehensweise, wie das da passiert, nicht einverstanden sind, weil wir eine Vereinbarung getroffen haben, daß wir 14 Tage lang auf Gebührenurlaub, während und zwischen der Feiertage, die Produktionen einstellen, mit dem Vermerk, daß wir das erste Quartal ohne Personaldiskussion darüber bringen. Weil ich meine, daß vielleicht sogar die Konjunktur in der Nachfrage in der Landtechnik, am Markt draußen, vielleicht wieder der Traktor gebraucht wird und vielleicht die Möglichkeiten bestehen und auch Entwicklungsaufgaben bei uns anstehen, die sich natürlich etwas ziehen, wenn ich das so sagen darf, in dem Zusammenhang möglich wird, daß wir wieder mehr Arbeit bekommen. Das war gemeint, daß wir das 1. Quartal so darüber bringen. Wir versuchen schon quartalsmäßig, daß wir die Runden bekommen. Das macht der Betriebsrat gemeinsam mit der Belegschaft. Fast nicht immer übereinstimmend mit der Belegschaft, weil es die Belegschaft schon gar nicht mehr will. Ich sage das einmal so. D.h. aber auch, daß die Situation sehr ernsthaft und die Belegschaft natürlich stinksauer ist, weil die Vereinbarung, dieses Übereinkommen nicht ganz funktionsgerecht wird, wie es eigentlich gedacht war. Jetzt sagt der Koch, wir haben ja vorige Woche gesprochen, ich bin nach Amerika geflogen und der Kollege Aita hat das übernommen, daß er mit ihnen redet. Nicht wahr. Und der ist gekommen und hat gesagt 100 Kündigungen, 70 Arbeiter und 30 Angestellte. Und im Übrigen, hat er gesagt, so per Telefon, die Verhandlungen führt auf der Betriebsebenen, also am Standort, der Herr Mayr, das ist der jetzige Generalmanager und der Personalchef, Dr. Wawra, mit euch. Aus, Ende, Wiedersehen. Ich habe das ganz lapidar hingenommen. Ich habe darauf gesagt: „Wissen sie, das ist eine ganz gute Meldung, aber sie können mich nicht schrecken, ich kann ja sagen, das habe ich nie gehört! Nur das sie es wissen!“ Zack, und ich habe aufgelegt. Was dann passiert ist, daß er seine Mitarbeiter aufgeschaukelt hat, daß die hinausgegangen sind, seine engsten Mitarbeiter, und die haben dann die Meldung abgesetzt. Damit ist das dann in Umlauf gekommen, schon bevor wir überhaupt genau wissen, welche, wo und was überhaupt sein wird. Wir haben noch überhaupt nicht verhandelt. Wir haben noch gar nichts gemacht. In diesem Zusammenhang ist es eine Unart, wie das abläuft. Ich bin gestern darauf gekommen, wieviel Medien es überhaupt gibt. Gott sei Dank. Was mich am meisten freut ist, daß sich die meisten Medien erinnern haben, daß ich damals gesagt habe, wir haben keine Freude mit der Veränderung, nämlich den Besitzerwechsel, aber wir können uns als Belegschaft und Betriebsräte, auch als Gewerkschaft, nicht aussuchen, wer der nächste Eigentümer sein wird. Wir hoffen, daß es gutgehen wird. Das war unsere Voraussetzung. Wir haben gesagt, wir sind einfach dazu da, daß wir bei jedem Eigentümer unser Bestes geben werden. Leider hat sich herausgestellt, daß die Interessen nicht auf Seiten der Betriebe oder Standorte liegen, schon gar nicht, wenn es Probleme gibt, sondern, daß Geld nur eingesetzt wurde, um möglicherweise sozusagen, wieder ein großes Areal gekauft zu haben. Und wie ich feststelle, und da habe ich auch recherchiert, das können sie mir abnehmen meine Damen und Herren, daß wir auch ein bißchen hinterfragt haben, wie die Betriebe überhaupt, wie das Unternehmen Magna, so groß geworden ist, unter welchen Umständen das auch passiert ist. Es sind lauter solche Zukäufe gewesen. D. h., von einem zum anderen sind die Betriebe gekauft worden und damit ist er groß geworden. D.h., wir haben uns damit zu beschäftigen, was mit den 100 Menschen passieren wird, die uns jetzt vorgeschlagen sind und der Koch sagt, wir werden das nicht von heute auf morgen machen, weil Aita hat ja das schon vorgegeben, daß das mit Ende Jänner sozusagen an das AMS vermittelt bzw. angemeldet wird und dann haben wir ja, wie wir die Gesetze kennen, mit der 30-Tage-Frist den Lauf. In dem Zusammenhang hat mir heute Koch bestätigt, daß das nicht so sei,

daß zuerst jetzt einmal noch recherchiert wird, die haben noch ein Hearing heute, morgen und am Montag, und in dem Zusammenhang werden sie versuchen, auch die Möglichkeiten noch einmal auszuloten, was sein muß und sein wird. Eines wird mit Sicherheit sein, die Verluste sind im Unternehmen. Die Auftragssituation ist eine schwierige, eine äußerst schwierige Situation und ich vermerke immer wieder, daß nicht die Mitarbeiter die Schuld bei solchen Dingen tragen sondern immer wieder das Management. Davon kann man ausgehen, weil die Mitarbeiter bereit sind, jederzeit die Leistungen zu erbringen, wenn die Aufträge da sind. In dem Zusammenhang werden wir uns auseinanderzusetzen haben wie wir das Schlimmste verhindern bzw. wollen wir auf jeden Fall den Standort nicht in Gefahr bringen. Die Gefahr ist aber sehr groß, weil mit jeder Leistung, die da drinnen weniger erbracht wird, wird auch der Umsatz schwinden und in dem Zusammenhang natürlich die Fixkosten exorbitant explodieren. In dem Zusammenhang, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, darf ich sie bitten uns zu unterstützen. Wir haben wirklich, bei Gott, kein Leichtes. Ich möchte das wirklich sagen und ich wünsche das niemanden, daß man Vereinbarungen trifft, die nicht einmal ganze drei Wochen halten. In dem Zusammenhang, da bin ich ganz ehrlich, hätte ich lieber mit den bisherigen Eigentümer verhandelt, noch dazu, wenn es eine verstaatlichte Bank gewesen wäre. Danke sehr.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

Vizebürgermeisterin

Friederike Mach:

Ich danke Herrn Vizebürgermeister Tatzreiter für die Aufklärung.

Meine Damen und Herren, wir kommen zum nächsten Punkt. Hat die ÖVP ein aktuelles Thema? Die GAL? LIF? Nicht. Gut, dann sind wir am Schluß der heutigen Sitzung angelangt. Ich danke allen für die Mitwirkung und schließe die Sitzung.

Ende der Sitzung: 19.43 Uhr

Die Vorsitzende:

Vizebürgermeisterin Friederike Mach

Die Protokollführer: die Protokollprüfer:

OAR Anton Obrist GR Ingrid Weixlberger, Gabriele Obermair GR Engelbert Lengauer